

**Die landständische Verfassung  
und reichsritterschaftliche Bewegung im  
Kurstaate Trier,  
vornehmlich im XVI. Jahrhundert.**

Von

**Dr. Gustav Knetsch.**

---

**Berlin 1909  
Verlag von Emil Ebering**

DD  
3  
.H68  
no. 75

**Meinen Eltern.**





## Inhaltsübersicht.

	Seite
<b>I. Die trierischen Landstände.</b>	
1. Die Subsidien des Klerus bis zu seiner Vereinigung mit den Ständen	15
2. Die weltlichen Stände bis zum Jahre 1501 . . . . .	26
<b>II. Organisation der Stände im XVI. Jahrhundert.</b>	
1. Das Domkapitel . . . . .	44
2. Die geistliche Kurie . . . . .	46
3. Die Adelskurie . . . . .	48
4. Städte u. Landschaft, Vertretung des Landmanns, Amtleute .	54
<b>III. Der Landtag.</b>	
1. Berufung etc: Ausschuß, keine besondere Heimlichkeit, Landtagskosten, Ort . . . . .	57
2. Gegenstand der Verhandlungen, Wollordnung, Judenfrage . .	62
<b>IV. Die ständischen Steuern.</b>	
1. Matrikularumlage und gemeiner Pfennig . . . . .	70
2. Die trierischen Stände und der gemeine Pfennig . . . . .	75
3. Die Stände und die Matrikularumlage . . . . .	79
4. Die Ritterschaft und die Landsteuern. Das Beedeedikt . . .	81
5. Besteuerung der Landschaft. Die Akzise . . . . .	92
6. Besteuerung der Geistlichkeit, Landschaftskasse . . . . .	97
7. Anhang. Repartitionslisten . . . . .	101
<b>V. Die reichsritterschaftliche Bewegung.</b>	
1. Der niedere Adel und die Territorialherrschaft . . . . .	104
2. Die Opposition des südwestdeutschen niederen Adels gegen die Reichsreform und den gemeinen Pfennig, Sickingen und der Tag zu Landau. Beginnende Hinwendung zum Kaiser und zur Reichsunmittelbarkeit im Anschluß an den gemeinen Pfennig von 1532 bzhw. 42 . . . . .	115
<b>VI. Der rheinische Ritterkreis.</b>	
1. Sein Umfang . . . . .	127
2. Organisation . . . . .	128

	Seite
3. Die Charitativsubsidiën . . . . .	131
4. Verhältnis zur Landesherrschaft und Entwicklung der genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit . . . . .	138
<b>VII. Die reichsritterschaftliche Bewegung in Kur-Trier.</b>	
1. Untergang der alten Reichsministerialen . . . . .	149
2. Ritterschaft und Hofgericht . . . . .	152
3. Zur Bedeutung der ländlichen Gerichtsverfassung für die reichsritterschaftliche Bewegung . . . . .	158
4. Der Prozeß mit Landesherrn und Ständen, verschiedene Vergleichsversuche . . . . .	163
5. Neubelebung des Streites zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts und Vergleich von 1729 . . . . .	172

#### Berichtigungen.

Seite 19 Zeile 6 liess: *commissionem* — 24, 29: oder statt der — 38, 26: stattfinden, damit — 46, 19: Landsteuern — 56 Anm. 33 Leibschatz — 60 Anm. 13: Eucharis — 74, 10: von statt rein — 77, 11: anhero statt anho — 85 Anm. 49 Z. 9: ingang statt Zugang — 97, 9: incons. — 102, 8: Kaisersesch — 103, 25: Schönberg, Kempenich statt Schöneck . . . — 104, 21: Mittelalter — 107, 11: staufischen statt ständischen — 131 Anm. 7: im Prozess — 134, 20: 1565 statt 1665.

## Verzeichnis der häufiger zitierten Literatur.

---

- v. Below, Territorium und Stadt, 1900.  
— Die landständische Verfassung in Jülich und Berg bis zum Jahre 1511, 1885—91.  
— Die Landtagsakten von Jülich u. Berg 1401—1610, 1895.  
Bodmann, Rheingauische Altertümer 2 B. 1819.  
Burgermeister, Codex diplomaticus equestris.  
Fellner, Die fränkische Ritterschaft 1495—1524, Historische Studien, Heft 50, Berlin, Ebering.  
Goerz, Regesten der Erzbischöfe zu Trier 1859.  
— Mittelrheinische Regesten 1876—86.  
Günther, Codex diplomaticus Rheno-Mosellanus 1822 f.  
Hontheim, Historia Trevirensis diplomatica et pragmatica 1750,  
— Prodromus historiae Trevirensis 1757.  
Kerner, Staatsrecht der unmittelbaren freien Reichsritterschaft 1786—89.  
Lager, Johann II. v. Baden, im trierischen Archiv, Ergänzungsheft IV, 1905.  
Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter.  
Lünig, Reichsarchiv 1710—22.  
Marx, Geschichte des Erzstifts Trier 1858 f.  
Moser, Staatsrecht des kurfürstlichen Erzstifts Trier 1740.  
Neue und vollständige Sammlung der Reichsabschiede 1747.  
Riezler, Geschichte Bayerns 1878.  
Roth v. Schreckenstein, Geschichte der ehemaligen freien Reichsritterschaft.  
Sauerland, Trierische Taxen und Trinkgelder an der päpstlichen Kurie, während des späteren Mittelalters. Westdeutsche Zeitschrift XVI, 1897.  
Scotti, Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem vormaligen Kurfürtentum Trier etc. ergangen sind. 1832.  
Stälin, Württembergische Geschichte 1841 f.  
Ulmann, Franz v. Sickingen 1872.  
Wolf, Aus Kur-Köln im XVI. Jahrhundert. Historische Studien 51. Berlin, Ebering.  
Wytttenbach, Gesta Trevirorum 1836.
-



## Vorbemerkungen.

---

Die vorliegende Arbeit sollte ursprünglich nur die Entstehung der landständischen Verfassung in Kur-Trier behandeln. Es zeigte sich bald, daß für das ausgehende Mittelalter die Ausbeute, welche die bekannte Landeiningung von 1456 zu versprechen schien, ausblieb. Der Schwerpunkt mußte sich daher auf das 16. Jahrhundert verlegen und hier wurde es notwendig, in umfassenderer Weise, als die spezifisch landständischen Quellen es zuließen, die Lösung des Adels von der Landstandschaft und die Entstehung der Reichsritterschaft zu behandeln.

Für die Geschichte der Landstände erstrebt die Arbeit bis zum Jahre 1576, dem Beginn des Prozesses mit der Ritterschaft, Vollständigkeit, auch die Quellen bis 1600 und darüber hinaus sind eingehend nachgeprüft worden.

Bis zum Ausgang des Mittelalters reichen mit einigen Ausnahmen (zu bemerken sind namentlich die wenigen erhaltenen Protokollbücher des Domkapitels im Koblenzer Staatsarchiv), die gedruckten Quellen aus, deren Originale sich durchweg im Koblenzer Staatsarchiv befinden.

Die große Masse der Landtagsakten lagert ebenda unter dem Titel „Trierer Landstände“ (t. l. zitiert). Recht wertvolles Material auch für die Geschichte der Landstände findet sich ferner in ziemlicher Menge zerstreut unter dem Wust der reichsritterschaftlichen Akten (Reichsritterschaft, Kanton Niederrhein, R. R. zitiert), namentlich auch den beiden „tomus attestatum“ (R. R. VIII, 1 und 2), deren erster ein systematisch angelegtes Verhör der kurfürstlichen Zeugen,

der zweite ein wildes Konvolut von ritterschaftlichen Beweismaterialien bildet.

Einiges bietet sowohl zu den landständischen wie zu den reichsritterschaftlichen Akten die Stadtbibliothek Trier.

Zum Schluß bleibt mir noch die angenehme Pflicht, allen Herren Beamten des Koblenzer Staatsarchivs sowie Herrn Stadtbibliothekar Dr. Kentenich zu Trier herzlich zu danken für das lebenswürdige Entgegenkommen, mit dem sie meine archivalischen Studien unterstützt haben.

---

### I. Die trierischen Landstände.

Seit dem hohen Mittelalter ist in der Entwicklung der geistlichen Staaten in Deutschland ein Stillstand eingetreten; sie haben seit dieser Zeit keine erheblichen Verschiebungen ihrer Grenzen mehr erlebt; ihr politischer Einfluß tritt allmählich gegenüber den zwar sprunghaft und vereinzelt, aber unaufhaltsam vorstrebenden weltlichen Territorien zurück. Eine ausgreifende Vergrößerungs- und Eroberungspolitik, wozu den weltlichen Dynastien verwandtschaftliche Beziehungen, namentlich auch Erbverträge, einen erwünschten Rechtsgrund herliehen, war bei ihnen naturgemäß ausgeschlossen, allerdings auch die Kehrseite dieser Erscheinung, die Zersplitterung der zusammenge rafften Gebiete durch Erbteilungen. Es stand dafür in den geistlichen Staaten eine andere Gefahr zu befürchten, daß die Bischöfe, die vielfach aus fürstlichen Häusern stammten, das Kirchengut zugunsten ihrer Familie verschleuderten. Versuche dazu lassen sich vereinzelt nachweisen, aber es bildete sich dazu frühzeitig ein Gegengewicht in den Domkapiteln. Als bereits kurz nach dem Wormser Konkordat diese sich das alleinige Wahlrecht des Bischofs angeeignet hatten<sup>1</sup>, folgten sie zwar auch dem alle mittelalterlichen Wahlkorporationen charakterisierenden Zug, sich dabei möglichst viel persönliche Vorrechte, wie Steuer, Testierfreiheit, eigene Gerichtsbarkeit und dergleichen mehr, und einen möglichst großen dauernden Einfluß auf den Gewählten zu sichern, aber es läßt sich nicht

---

1. cf. G. v. Below, Die Entstehung des ausschliesslichen Wahlrechts des Domkapitels 1883, Leipzig, historische Studien, Bd. 11.

leugnen, daß die Wahlkapitulationen, in denen seit dem XIII. Jahrhundert das gegenseitige Verhältnis zwischen Kapitel und Bischof festgelegt wurde, auch in erheblichem Maße das Interesse und Wohl des ganzen Landes vertraten. Die Form, in der sich die Kapitel ihre Mitwirkung an den Geschäften des Gewählten vorbehielten, war das Konsensrecht. Eine Bestimmung nun, die in allen rheinischen Kapitulationen, in Mainz, Trier, Köln, Lüttich, wiederkehrt, besagt, daß der Bischof bei Veräußerung von Land an die Einwilligung seines Kapitels gebunden ist. Damit übt dieses eine Beschränkung des Landesherrn aus, wie es hier und da auch kräftig und frühzeitig entwickelte Landstände vermögen. Doch nehmen die Kapitel, wenigstens in den erwähnten vier Stiften, eine Mittelstellung zwischen Territorialherren und Ständen ein. Jenen gegenüber vertreten sie die Interessen des Landes und der Stände, von diesen lassen sie sich als Erblandes- und Grundherren bezeichnen. In Mainz fand dies Verhältnis seinen lebendigen Ausdruck dadurch, daß seit dem Ausgang des XIV. Jahrhunderts die Stände des Rheingaus bei der Huldigung des neuen Kurfürsten auch dem Domkapitel die Erbhuldigung leisteten, ihm gelobten, treu und gewärtig zu sein, wenn der Erzbischof in Gefangenschaft geriete oder stürbe, dem Kapitel gegen den Landesherrn beizustehen, wenn er ohne dessen Bewilligung Land veräußern wolle<sup>2</sup>. In Lüttich durften die Kastellane (Burgmannen) ihr Amt nicht antreten, ohne dem Kapitel den Treueid geleistet zu haben<sup>3</sup>. Auch die trierischen Beamten waren dazu verpflichtet<sup>3</sup>. Diese Mischung von ständischen und Herrschaftsrechten ist überall vorhanden, auch dort, wo

---

2. cf. Bodmann, Rheingauische Altertümer 1819 I 17, 18; II 524.

3. cf. Wohlwill, Die Anfänge der landständischen Verfassung im Bistum Lüttich 1867 p. 55.



das Kapitel nicht eigentlich zu den Landständen zählt, wie in Kurtrier.

Zwar nicht durchgehend, aber doch ziemlich häufig läßt sich die Beobachtung machen, daß der übrige Klerus nicht die Landstandtschaft besitzt, wenn das Domkapitel daran beteiligt ist, so in Köln, Mainz und Lüttich, ferner in Münster, Osnabrück, Paderborn<sup>4</sup>.

In diesem Fall pflegt dann mit dem Klerus in besonderen Verhandlungen über seine Subsidien und Steuern verhandelt zu werden. Es darf daraus nicht geschlossen werden, daß die Geistlichkeit erst nachträglich zu Landsteuern herangezogen worden wäre, ihre Subsidien bilden vielmehr, soweit ich sehen kann, in den geistlichen Staaten den Ausgangspunkt für die außerordentliche Besteuerung des Landes; sie tauchen stellenweise schon zu Beginn des XIII. Jahrhunderts auf<sup>5</sup>.

### 1. Die Subsidien des kurtrierischen Klerus bis zu dessen Vereinigung mit den Landständen.

Eine Besteuerung des Pfarrklerus war auch in Trier schon von alters her vorhanden in dem cathedraticum, das

---

Ueber Köln: Wolf, Aus Kurköln im XVI. Jhdt. Historische Studien (Ebering) 51, p. 7.

Trier: Lager, Johann II. v. Baden im Trierischen Archiv, Ergänzungsheft IV 1905 p. 11.

4. Ueber letztere cf. Moser, Von der deutschen Reichsstände Landen 1769 p. 461 ff.

5. cf. den Artikel „Abgaben, kirchliche“ in der Realenzyklopädie für protestantische Theologie und Kirche 1896 Bd. 1.

aber größtenteils in die Hände der Archidiakone geraten war<sup>6</sup>. Nun steigerte sich etwa seit dem dritten Viertel des XIII. Jahrhunderts das Geldbedürfnis des Erzbischofs sehr erheblich. Einmal legte der entstehende päpstliche Fiskalismus dem Stift drückende Lasten auf in der Form von Servitien und Palliengeldern und all den sonstigen Unkosten, welche die Konfirmation des Erzbischofs und besonders die päpstlichen Provisionen mit sich brachten. Heinrich II. (1260—86), der erste providierte Erzbischof von Trier, sah sich deswegen gezwungen, dem Sprengel eine gewaltige Schuld aufzubürden<sup>7</sup>. Er begann zugleich damit, den planmäßigen Ausbau und die Erweiterung des Territoriums energisch ins Werk zu setzen, eine Periode, die unter dem großen Balduin (1307—54) ihren Höhepunkt und Abschluß erreichte. Auch dies bedingte einen hohen Aufwand an Geldmitteln<sup>8</sup>. Der Bischof suchte ihn in Trier wie in anderen Stiften durch Subsidienforderungen an seinen Diözesanklerus zu decken.

Ein solches subsidium ist zuerst unter Eb. Arnold (1245—59) nachweisbar, bei der kostspieligen, fast zwei Jahre dauernden Belagerung der Burg Turun. . . . *ecclesie quoque et civitates diocesis trevirensis de mandato domini pape voluntarium sibi subsidium impenderunt*, berichten darüber die *gesta Trevirorum*. Und weiter: *pacem et concordiam cum ecclesiis suis habuit dominus Arnoldus archiep. que sibi etiam in omnibus necessitatibus suis plurimum ser-*

---

6. cf. Lamprecht, *Wirtschaftsleben* I 2; p. 1283 n. 2.

7. cf. Franz Casper, *Heinr. II. v. Vinstingen*. Marburger Dissertation 1899 p. 9, 20 ff. Die älteste vereinzelte Nachricht über eine Geldleistung des neuerwählten Eb. an die Kurie stammt bereits aus dem Jahre 1190, cf. Sauerland, *Trierische Taxen und Trinkgelder an der päpstlichen Kurie während des späteren Mittelalters*. *Westdeutsche Zeitschrift* Bd. 16, 1897.

8. cf. *Monumenta Germaniae, Scriptores* XXIV p. 460.

vierunt<sup>9</sup>. Sein Nachfolger Heinrich v. Vinstingen setzt die Besteuerung des Klerus fort. 1286 verlangt er von ihm die Entrichtung des zwanzigsten Teils seiner jährlichen Gefälle für die Verteidigung seiner Rechte gegen den Grafen von Luxemburg und dessen Beamte, welche die öffentlichen Straßen und den Moselfluß gesperrt und seine Güter mit Arrest belegt haben<sup>10</sup>.

Eb. Boemund hat mehrfach während seiner Regierung (1289—99) Subsidien gefordert<sup>11</sup>, so geht es von da an fort durch das ganze Mittelalter.

Bestimmte Nachrichten über die Höhe der bewilligten Summen fehlen fast völlig. Nach einer Abrechnung des Siegelbewahrers am Offizialat zu Trier wurden im Jahre 1339 5000 lb. hl., nach Lamprechts Schätzung etwa 220 000 Mark im heutigen Geldwert, als Subsidien aufgelegt<sup>12</sup>.

Doch ist neben einer Reihe von kleineren Registern der Anschlag für den gesamten Diözesanklerus erhalten, der als *simplum* bei den Subsidien zugrunde gelegt wurde, die im „Buch der Anschläge“ verzeichnete *taxa generalis subsidiorum cleri Trevirensis*. Das Buch der Anschläge ist in zwei Abschriften des XVIII. Jahrhunderts erhalten<sup>13</sup>, die *taxa* hat Fabricius daraus publiziert und die übrigen auffindbaren Register teils mit abgedruckt, teils wenigstens verglichen und zitiert<sup>14</sup>. Das Original der *taxa* verlegt er mit einleuchtenden Gründen in die Anfangszeit Balduins. Nach

---

9. M. G. SS. XXIV 409, 42; 413, 18.

10. A. Goerz, *Mittelrheinische Regesten* IV nr. 1328.

11. *magnum thesaurum largissime expendebat, unde saepius ab ecclesiis subsidia postulabat*. Wytttenbach, *Gesta Trevirorum* 1836 II, 142.

12. cf. Lamprechts *Wirtschaftsleben* I 2; p. 1284; die Abrechnung abgedruckt III nr. 292.

13. Koblenz. Staats-Archiv. Trierer Landstände (t. I.) 10.

14. Im trierischen Archiv, Heft VIII.

welchem Verhältnis die Anschläge gemacht sind, läßt sich aus ihr nicht erkennen, doch ist es vermutlich wie bei dem entsprechenden *liber valoris* von Köln<sup>15</sup>, der aus derselben Zeit stammt (1310—16), der Zehnte der in Geldeswert umgerechneten Einkünfte.

Die Einnahme der Subsidien erfolgte im allgemeinen durch die Siegeler am Offizialat zu Trier und Coblenz. Doch bereits 1286 kommt auch eine eigene Verwaltung des erhobenen Geldes vor. Domdechant, Scholaster und ein Kapitular, sowie zwei Kanoniker von St. Simeon in Trier sollen Einnehmer, Verwalter (*procurator*) und *custor* ernennen<sup>16</sup>. Aus derselben Urkunde geht auch wie aus den chronikalen Nachrichten hervor, daß der Klerus der ganzen Diözese von Anbeginn an nicht bloß in rein geistlichen Angelegenheiten, sondern auch für weltliche Interessen des Erzbischofs zu Abgaben herangezogen wurde, so bei der Belagerung von Turon, oder hier im Kampfe gegen den Herzog von Lothringen. Dies geschieht nach der Abrechnung von 1339 zu urteilen noch um die Mitte des XIV. Jahrhunderts. Später entwickelt sich dann eine Trennung zwischen den Landsteuern, und den Palliengeldern; der auswärtige Diözesanklerus trug nur zu den letzteren bei. Die einzelnen Phasen dieser Entwicklung sind nicht mehr zu erkennen, bestimmt nachweisen läßt sich jene Trennung erst im XVI. Jahrhundert, aber bereits zu Beginn des XV. hatte der Herzog von Luxemburg seinem Klerus einmal verboten, überhaupt Subsidien an den Erzbischof zu zahlen<sup>17</sup>.

---

15. Binterim Mooren, <sup>2</sup> Die Erzdiözese Köln 1892 I p. 57 ff.; über das kirchliche Abgabewesen in den deutschen Bistümern vgl. die Litteraturangaben in Meisters Grundriß der Geschichtswissenschaft II, 6, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche im Mittelalter von A. Werminghoff p. 52, n. 1.

16. Mittelrhein. Regesten IV nr. 1328.

17. cf. Hontheim, *Historia Trevirensis Diplomatica et Prag-*

Die Erlegung der Subsidien wurde unter Umständen durch geistliche Strafen erzwungen. Sie sind durch das ganze Mittelalter hindurch in Uebung<sup>18</sup>. Noch 1488 verlangt das Domkapitel für die von ihm errannte Kommission (je zwei von Kapitel und Klerus) „sublevandi illa subsidia nec non a rebellis per censuras extorquendi plenariam commissionum, et auctoritatem citandi, monendi et absolvendi<sup>19</sup>.“ Die Subsidienverhandlungen mit dem Klerus fanden getrennt nach Ober- und Niederstift statt. Balduin hatte die geistliche Verwaltung in ein oberes und niederes Offizialat mit den Hauptsitzen Trier und Coblenz geteilt<sup>20</sup>. Die taxa generalis scheidet denn auch schon Ober- und Niederklerus, die außerdem nach verschiedenem Münzfuß, jener nach Denaren, dieser nach Hellern angeschlagen sind. Nur der Niederklerus kennt die, nach der Währung (Guldenrechnung) zu

matica 1750 II p. 346; Schiedsspruch zwischen Eb. Werner u. Carl v. Luxemburg den 6. aug. 1406: vorder sal auch unsere vorgeschriebene herre, der marschalk und das Land von Luzenburg abe doen solche gebot, als sie uf unsers herrn subsidium von Trier gedaen hatten.

18. cf. die eben zitierte Urkunde von 1286; ferner Hontheim II p. 39; 1309 2. juny. Der Dechant von St. Florin als Einnnehmer des Subsidiums im Niedererzstift annulliert das von ihm über Dechant u. Kapitel von St. Simeon in Trier u. die diesem inkorporierte Kirche zu Hönningen wegen Weigerung des Subsidiums verhängte Interdikt u. die Exkommunikation u. Suspension. Cod. Dipl. Rommersdorf. 63, 1437 (nach Lamprecht I, 2 p. 1280 n. 2): Das Konzil zu Basel beauftragt den Propst von St. Georg u. Dechant von St. Andreas in Köln, die Abtei Rommersdorf von der Exkommunikation, welche das Offizialat zu Coblenz wegen Weigerung des Subsidiums über sie verhängt hat, zu befreien u. die Angelegenheit endgültig zu entscheiden.

19. St. A. Domkapitel I B. 68; Protokollbuch p. 20.

20. cf. Marx, Geschichte des Erzstifts Trier 1858 f. I 1 p. 224.

urteilen später eingeführten subsidia inconsueta, die von den kleinen Pfründnern, Vikaren und Altaristen erhoben wurden, soweit sie nicht unter das subsidium consuetum fielen. Für das Oberstift ist ihr Fehlen im Buch der Anschläge ausdrücklich vermerkt.

Die Trennung zwischen Ober- und Niederklerus läßt sich bis gegen Ende des XV. Jahrhunderts und in ihren Nachwirkungen bis lange nach der Vereinigung mit den Landständen verfolgen. Als 1457 der Oberklerus den vom Papst auferlegten Türkenzehnten zu verweigern beschloß, schrieb das Domkapitel an den Niederklerus, er möge zu einer neuen Versammlung in Coblenz einige Bevollmächtigte entsenden, damit in dieser Frage zwischen beiden keine Spaltung entstehe<sup>21</sup>. Ein Beschluß des Domkapitels vom Jahre 1488: primo et ante omnia mittantur duo ex capitulo Trev. ad clerum inferiorem<sup>22</sup> deutet nicht minder auf örtlich und zeitlich getrennte Verhandlung beider Teile, wie die gleich zu besprechende, 1493 nur vom Niederklerus geschlossene Vereinigung. Daher erklärt sich die wegen Mangels an früheren Nachrichten erst aus dieser Zeit nachweisbare auffallende Erscheinung, daß die Zahl der von Ober- und Niederklerus bewilligten Subsidien oft ganz erheblich von einander abweicht. 1498 bewilligt nur der Oberklerus, der major et sanior pars, eine Steuer, während der Niederklerus sich weigert. Bei der Landsteuer von 1501 stehen gegen 6 Subsidien auf der einen Seite 3 cons. und 1 incons. auf der anderen. Zur Reichssteuer von 1522 bewilligt der Oberklerus 12, der Niederklerus 17 subs. consueta und 2 incons.; bei Palliengeldern jener 12, 18 und zweimal 16 subs., dieser jedesmal 6 cons. und  $1\frac{1}{2}$ —2 incons. (1503: 12, 31, 41)<sup>23</sup>.

---

21. Lager p. 25. Anm.

22. St. A. Domkapitel I B 68 p. 20, cf. I B 67 hat sich darauf die oberpfälzliche samentlich besprochen 1480.

Die Subsidien bildeten namentlich seit den unglücklichen Wahlstreitigkeiten in der ersten Hälfte des XV. Jahrhunderts eine drückende Last für die Geistlichkeit oder wurden wenigstens als solche empfunden; extorquere ist der ständige Ausdruck für ihre Erhebung. Von Jacob von Sirk (1439—56) berichten die gesta: Hic etiam fuit multum infestus toti clero excepto capitulo Trevirensi et hoc solummodo propter pecunias extorquendas et extorsit maximam summam imponendo subsidia<sup>24</sup>. Erst seit dem Ende des XV. Jahrhunderts werden auch die weltlichen Stände zu Landsteuern herangezogen, aber noch über Richard von Greiffenclau wird geklagt, er sei nach einer höchst grausamen und unerhörten Schätzung der Geistlichen in eine geheimnisvolle Krankheit (man dachte an Vergiftung) verfallen<sup>25</sup>. Daß jene Klage nicht übertrieben war, beweist eine, von Wyttenbach in einer Anmerkung dazu gebrachte Notiz aus einer handschriftlichen Chronik des Klosters Himmerode Der Erzbischof habe, als er dem Pfalzgrafen und dem Landgrafen (vermutlich im Bauernkriege) die erbetene Hilfe gebracht habe, den Klerus wiederum schwer geschätzt. Da kein Geld vorhanden war, mußte das Kloster 8 Kelche, ebensoviel silberne Teller für die Hostie (patenas) und ein wertvolles Meßgewand (planetam pretiosorem) der Kirche entnehmen, ferner ein Haus in Trier und Sachen im Werte von 1000 gd. verkaufen. Dem Herzog Joh. v. Bayern und dem Markgrafen Phil. v. Baden steuerte es außerdem für seinem Hof in Traben 80 Goldgulden.

Rechnet man zu den Subsidien, welche der Bischof als Konfirmations- und Palliengelder vom gesamten Diözesanklerus erhob und die namentlich bei kurzen Regierungen

---

23. Nach den Angaben des Buchs der Anschläge.

24. Wyttenbach II p. 326.

25. das. p. 375.

an sich schon keine unbedeutende Last ausmachten, und zu den Auflagen, die er für die Bedürfnisse seines Landes verlangte, nun noch die Türkenzehnten, wie sie von Kaiser und Papst ausgeschrieben wurden, hinzu, so darf man wohl annehmen, daß im ausgehenden Mittelalter der Klerus im trierschen Territorium wie kein anderer Stand mit Steuern belastet war. Dazu kam, daß seit Jacob von Sirk auch das Zollprivileg der Geistlichen mit päpstlicher Genehmigung aufgehoben war. 1472 wurde dies von Johann v. Baden neuerdings bestätigt<sup>26</sup>.

Eine zunehmende Opposition der Geistlichkeit macht sich dagegen bemerkbar. Von Kur-Mainz ist überliefert, daß der dortige Klerus sich gegen einen frühzeitigen Versuch Eb. Conrads I. (1183—1200), die Subsidien einzuführen, gestäubt hat. „Mirati sunt universi, et omnes qui audiebant, dicebant, qualis est hic, qui tributarium facit clerum?“<sup>27</sup>

In Trier gehen die Nachrichten nicht so weit zurück und im XIV. und der ersten Hälfte des XV. Jahrhunderts richtet sich der Widerstand, soweit bekannt ist, hauptsächlich gegen die päpstlichen Auflagen. Ueber eine leidenschaftliche und erfolgreiche Opposition gegen die Erhebung eines Türkenzehnten und der Annaten im Jahre 1347 berichtet Sauerland<sup>28</sup>. Sie führte bis zu Tötlichkeiten, dem päpstlichen Boten wurde einmal sehr übel mitgespielt, ein anderes Mal gar eine Hand abgehauen. Balduin, der freilich selbst allen Grund hatte, gegen die Habgier der Kurie erbost zu sein, scheint dies im Stillen gebilligt zu haben. Nach des Trithemius Hirschauer Annalen vereinigten sich 1358 Domkapitel und Klerus der drei rheinischen Provinzen gegen einen vom Papst ausgeschriebenen Türkenzehnten und

---

26. Marx II 208; Hontheim II 457.

27. Bodmann p. 783.

28. a. o. O. p. 100.



wandten sich auch an die übrigen deutschen Bistümer. „His papa cognitis et metuens, fieri dissensionem, silentio rem perpetuo sepeliyt<sup>29</sup>.“

1456 treten die rheinischen Kurfürsten selbst (mit Ausnahme des noch nicht bestätigten Eb. von Trier) mit Vertretern der drei Domkapitel zusammen und lehnen entschieden einen päpstlichen Türkenzehnten ab, 1457 werden entsprechende bereits früher von Kapiteln und Geistlichkeit eingegangene Bündnisse erneuert. Am 11. Juli 1472 berieten sie wiederum, wie man sich dem erneuten Zehnten (Reichstag zu Regensburg 1471) entziehen könne. Die drohende Strafe der Exkommunikation wollen sie nicht beachten und sich gegenseitig in Schutz nehmen. Eb. Johann muß damit einverstanden sein, denn er lädt am 13. Juli Dekane und Kapitel der Land- und Kollegiatkirchen des niederen Offizialats zu einer Beratung über jene Vorbeschlüsse ein<sup>30</sup>.

Von ernsthaften Zerwürfnissen der Geistlichkeit mit ihrem Erzbischof erfahren wir erst aus den 80er Jahren des XV. Jahrhunderts näheres. Die aus dieser Zeit erhaltenen Protokollbücher des Domkapitel verbreiten darüber einiges Licht. Die Finanzlage war unter Johann von Baden (1456—1503) in einer seit dem Schisma zwischen Raban v. Helmstadt und Ulrich v. Manderscheid chronisch gewordenen traurigen Verfassung, der letzte Eb, Jacob v. Sirk, hatte allein 270 000 gd Schulden für verpfändete Schlösser

---

29. teilweise abgedruckt in Hontheims *Prodromus historiae Trevirensis* 1757 p. 1189.

30. Näheres s. bei Lager a. a. O. p. 24, 41 ff. Ferner das lagersche handschriftliche Repertorium des Domarchivs im Koblenzer Staatsarchiv B. 98 1—3, 1460 31. mai köln. Dk. an das trierer, verhält sich ablehnend gegen den Zehnten. 156, zweite Hälfte des XV. trierer Kapitel an das mainzer: man sehe nicht ein, dass die deutschen allein den zehnten zahlen sollten, wo es sich doch um die ganze Christenheit handle.

und Aemter hinterlassen. Die einzige außerordentliche Steuerquelle für den Kurfürsten war einstweilen noch immer der Klerus. Nach dem Buch der Anschläge hat er in den Jahren 1457, 59, 65, 67, 77, 81, 89—91 Subsidien bewilligt, meist wohl jedesmal in 2—3jährigen Terminen. Kein Wunder daß er schließlich anfang, schwierig zu werden. Der Eb. wendet sich an den Papst, und dieser fordert in einem Breve vom 5. 1. 1481 den Grafen Philipp v. Mandercheid auf, dem Eb. mit starkem Arm zur Erhebung der Subsidien behilflich zu sein, die Wahlkapitulation, die neben vielen anderen Beschränkungen auch die Subsidien von der Bewilligung des Domkapitels abhängig macht, wird durch eine Bulle vom 22. 1. 81 aufgehoben, auch erwirkt der Eb. ein kaiserliches Mandat für sich. Domkapitel, Prälaten und Klerus appellierten gegen beides<sup>31</sup>, doch ein neues Breve ermächtigt den Eb. Zwangsmittel gegen den aufsässigen Klerus anzuwenden. Schließlich wird der Streit doch beigelegt. Die Geistlichkeit hat sich bereit erklärt, ein zweijähriges Subsidium zu übernehmen, „wie wol es swerlich fallet“, wenn der Eb. bereit sei, die Bulle und der Pfaffheit Beschwerden abzustellen<sup>32</sup>. 1486 und 87 werden neuerlich Subsidienforderungen des Eb. vom Domkapitel abgelehnt. Am 22. juli letzten Jahres bewilligt das Domkapitel eine Summe unter der Bedingung, daß die Gelder nur zum Besten des Stifts unter Beirat des Kapitels verwendet werden<sup>33</sup>.

Am 15. mai 1493 schloß der Niederklerus ein förmliches Bündnis gegen die Subsidienforderungen des Eb.<sup>34</sup>.

Wenn der Eb, der seine Offiziale, Siegeler und andere

---

31. Ausführlicher bei Lager p. 91 ff.; cf. Protokollbücher des Dk. I B. 66 p. 150 ff. 67, p. 18, 19, 32.

32. St. A. Dk. I B 67, p. 151, 142.

33. Lager p. 94. Dk. I B. 68 p. 20.

34. Original, besiegelt vom Abt zu Laach, im St. A. I A. 2718.

Bevollmächtigte von dem Klerus insgesamt oder von einzelnen Stiftern, Klöstern und Kirchen Subsidien erpressen (extorquere) wolle, dann müsse sich der gesamte Niederklerus einmütig dagegen wehren und niemand dürfe sich davon absondern.

Wenn jemand von ihnen rechtlich wegen der Subsidien angegangen würde, wollen sie gemeinsam für ihn eintreten.

Die geschlossene Einung soll in publica forma durch das Siegel einer jeden Körperschaft und der Landdechanten bekräftigt werden.

Zur Verteidigung seiner Sache kann sich jeder wenden an den Abt von Sayn, den Dechanten der heiligen Maria zu Camp, den zu St. Goar und den rechtskundigen Kanonikus Gutmann von St. Castor in Coblenz.

Ferner erhebt der gesamte Niederklerus  $\frac{1}{4}$  subsidium zur Bestreitung der Unkosten. Dieses soll im Castorstift in einer Kiste mit vier Schlössern aufbewahrt werden, zu der das Florinsstift in Coblenz, das Stift in Limburg, der Abt in Arnstein und der Dechant in Engers je einen Schlüssel bekommen. Innerhalb 10 Tagen soll der gesamte Niederklerus, auf der einen Seite des Rheins ansässig, dem Florins, auf der anderen Seite dem Castorstift in versiegelten Briefen seine Zustimmung zu obigen Beschlüssen einzeln mitteilen. Als nun 1498, nach der bopparder Fehde, der Eb. mit Subsidienforderungen hervortrat, willigte der Oberklerus zwar ein, der Niederklerus hingegen weigerte sich größtenteils. Der Eb. wandte sich an den Papst mit der Bitte, den Streit einem päpstlichen Legaten oder den Erzbischöfen von Köln und Mainz durch ein Breve zur Entscheidung zu überweisen, der Klerus appellierte seinerseits an den Papst. Schließlich gab er doch nach und willigte in ein Subsidium zu zwei Terminen. „Ist doch nit vur sich gegangen“ schließt im Buch der Anschläge der Bericht darüber ab.

Erst durch die Heranziehung der weltlichen Stände

zu den Landsteuern und die Ausbildung einer landständischen Verfassung seit dem Ende des XV. Jahrhunderts wurde die auf der Geistlichkeit ruhende Last allmählich ganz bedeutend erleichtert und auf die Landschaft abgewälzt.

## 2. Die weltlichen Stände bis zum Jahre 1501.

Eine frühzeitige Entwicklung einer starken landständischen Verfassung war darum in Kur-Trier wenig begünstigt, weil der Eb. sich mit seinen Steuerforderungen einseitig nur an seinen Klerus wandte. Das Steuerbewilligungsrecht war die stärkste Stütze aller Landstände, das einzige Recht, das ihnen allenthalben unbedingt zustand. Zwar hören wir bereits im XIII. Jahrhundert zweimal von einer außerordentlichen Besteuerung auch der weltlichen Untertanen des Stifts<sup>36</sup>, aber diese Nachrichten bleiben ganz vereinzelt.

Ein Moment, an das die landständische Verfassung gemeinhin anzuknüpfen pflegt, war der Rat und die Zustimmung der Großen des Landes, der „Mannen“, „Ministerialen, Getreuen, Kleriker wie Laien“<sup>37</sup>.

Auch die trierschen Erzbischöfe empfanden wohl das Bedürfnis sich mit ihren Verwandten, Freunden, Untertanen zu beraten. „Convocatis siquidem consanguineis, fidelibus et amicis“ hielt Eb. Arnold einen Rat ab, und belagerte dann Turon<sup>38</sup>.

Eine Biographie Heinrichs von Vinstingen sagt von ihm: *item idem pater habuit modum laudabilem et consuetudinem memoriae dignum: cumque tractaret de statu et negotiis temporalibus sue diocesis, assumpsit sibi viros*

---

36. cf. unten p. 69.

37. v. Below. Territorium und Stadt 1900 p. 168, desselben Landständische Verfassung in Jülich u. Berg 1885—91 I. § 1.

38. M. G. SS. 24 p. 409, 25.

consultissimos in rebus temporalibus expertos, prout imminentis negotii perplexitas requirebat. Si circa milites et vasallos agebatur, assumpsit barones et nobiles probatae prudentiae, si circa clerum et ecclesiasticam libertatem negotium vertebatur, consulit viros litteratissimos, si circa cives idem fecit, prudentiores assumens, quemlibet venerans et salutans leto vultu et benigno, prout requirebat status et conditio<sup>39</sup>. Aber diese unverbindliche Ratserteilung hat sich nicht zu einem Zustimmungsrecht in gewissen Angelegenheiten des Landes entwickelt, wie es sonstwo in mittelalterlichen Urkunden seinen Niederschlag gefunden hat. An derartigen urkundlichen Belegen, soweit sie in den verschiedenen Sammlungen gedruckt sind, ist mir nur einer bekannt geworden, der Sühnebrief zwischen Balduin und der Gräfin Loretta von Sponheim (1328)<sup>40</sup>.

Während der Wildgraf eine Wallfahrt nach Jerusalem machte, errichtete Balduin auf dessen Gebiet in Birkenfeld eine Burg. Die Gräfin vermochte dies nicht zu wehren, sie fing aber Balduin ab als er die Mosel hinab fuhr und setzte ihn auf der Starkenburg (Trarbach) gefangen. Der Eb. mußte von dem Bau der Burg ablassen und Lösegeld zahlen. Damit renovierte die Gräfin eine Burg, die sie nun Frauenburg nannte. Der Eb. verspottete sie später, daß sie einem so reichen Fürsten nicht mehr Geld abgepreßt habe. Es war also die Gefangennahme des Landesherren vorausgegangen, ein Fall, in dem nach allgemeiner Rechtsanschauung (z. B. auch in England) das Land zur Aufbringung des Lösegeldes verpflichtet war<sup>41</sup>. Für Trier ist es in diesem Fall nicht ausdrücklich bezeugt, aber wegen

---

39. M. G. SS. XXIV p. 462.

40. Günther, Codex diplomaticus Rheno-Mosellanus 1822 ff. III 1 nr. 155.

41. cf. Landständische Verfassung II 5, III 1, 71. Ähnliche Fälle in Brandenburg u. Osnabrück das. II n. 18a, ferner I n. 156.

des plötzlichen Hervortretens von Adel und Städten nicht unwahrscheinlich. Beide sind neben dem Domkapitel zur Mitbesiegelung der Urkunde hinzugezogen worden, ihr Rat und ihre Zustimmung sind ausdrücklich darin vermerkt, es heißt: und want wir dit gedan han von willen rade und gehenknise unser capitels und unser gestiechts man und der stede so hant die vorgesprochene unse capitel, Kuning (Johann v. Böhmen als Graf von Luxemburg) und edelmann uns gestiecht und die stede ir ingesiegel gehangen an diesen brief. Im folgenden unterscheidet die Urkunde zwischen man und edelmann<sup>42</sup>, nur die letzteren haben mitbesiegelt. Von den Städten tun dies Trier, Coblenz, Boppard und Montabaur.

Dieser Fall ist zu vereinzelt, als daß wir daraus auf eine dauernde Existenz von Landständen schließen könnten. Ebenso plötzlich und ohne Nachrichten über die dazwischen liegenden Jahrzehnte tauchen sie dann in der Landeiningung von 1456 auf. Zwar weiß Mechtelius (\* 1563, lebt noch 1630), der in drei Schriften die Geschichte von Stadt und Stift Limburg behandelt hat<sup>43</sup>, zu berichten, das Stift sei 1402 zum ersten Mal zu einem Landtag erfordert worden und habe danach ein Subsidium zahlen müssen. Doch hat sich Mechtel wahrscheinlich durch die Verhältnisse seiner Zeit beirren lassen. Es handelt sich hier wohl bloß um eine rein geistliche Subsidienbewilligung. Die echte limburgische Chronik, die M. vielfach benutzt hat, erwähnt keinen Landtag.

Es hatte bitterer Erfahrungen bedurft, um die Stände zur Landeiningung von 1456 aufzurütteln. Die erste Hälfte des XV. Jahrhunderts zählt zu den traurigsten Zeiten des

---

42. Ueber die Bedeutung von edelman cf. v. Below Landtagsakten von Jülich-Berg 1895 I 17 n. 12.

43. Ueber Mechtel cf. M. G. Deutsche Chroniken IV 1, limburgische Chronik, Einleitung p. 2 n. 8. Mechtels limburgische Chronik abgedruckt in Hontheims Prodrömus 1046ff.; cf. das. III 14.

Stifts<sup>44</sup>. Nach der stürmischen Regierung Ottos von Ziegenhain kam es im Jahre 1430 zu einer Doppelwahl; gegen Jacob von Sirk wählte eine Minderheit von bloß zwei Stimmen Ulrich von Manderscheid, und trotzdem Jacob als der rechtmäßig gewählte anzusehen war, gelang es Ulrich doch, mit Hilfe seines einflußreichen adligen Anhangs sich zu behaupten. Die Gegner wandten sich an den Papst, der aber keinen von beiden anerkannte, sondern den Bischof von Speier, Raban von Helmstadt providierte. Jacob v. Sirk fügte sich dem Spruche, nicht so Ulrich, und nun kam es zu einer erbitterten Fehde zwischen beiden Rivalen. Das ganze Domkapitel stellte sich jetzt unter Protest gegen die Provision auf die Seite Ulrichs. Er verfiel darauf in die Exkommunikation. Städte und Burgen sahen sich durch die Uebermacht Ulrichs gezwungen, ihn als Landesherren anzuerkennen und zu huldigen, das päpstliche Interdikt über das ganze Land war die Folge. Erst der Tod Ulrichs führte für Raban einen teuer erkauften und wenig ehrenvollen Frieden mit seinem gefährlichsten Gegner, dem Grafen von Virnenburg, herbei (18. July 1437). Aeußerlich war jetzt der Friede hergestellt, aber das Stift befand sich in der übelsten Verfassung. Beide Gegner hatten rücksichtslos darauf los gewirtschaftet und namentlich durch das beliebte Mittel der Zeit, durch Verpfändungen, sich Geld zu verschaffen gesucht. *Novem annos vexata et quasi ad nihilum redacta est insignis ecclesia Trevirensis* klagen die gesta. Der alte und unfähige Raban mochte einsehen, daß er seines Besitzes nicht mehr froh werden könne und resignierte auf Betreiben des Domkapitels zugunsten Jacobs von Sirk. Er hinterließ dem Stift eine Schuldenlast von 400 000 gd.

---

44. Ich folge hier der Darstellung Lagers: Raban v. Helmstadt und Ulrich v. Manderscheid, im historischen Jahrbuch Bd. XV. 1894.

Ruhe und Frieden brauchte das Stift mehr denn je<sup>45</sup>, aber die Streitigkeiten schienen nur so in der Luft zu liegen. Jacob erklärte es für unmöglich, mit den beschränkenden Bedingungen, welche ihm die Wahlkapitulation im Jahre 1430 auferlegt hatte, die Regierung zu übernehmen und wollte lieber verzichten. Der Domkapitel verstand seine Gründe zu würdigen und legte ihm einen neuen Eid vor, den er 1442 beschwor. Seit 1445 begegnet uns nun hiergegen eine heftige Opposition einzelner Kapitulare. Einer von ihnen, der bis dahin in Italien studiert hatte, bestand auf die Gültigkeit des ersten Eides und fand im Kapitel einigen Anhang. Es kam zu einem häßlichen, teilweise wenig sauberen Zwiespalt. Die erbitterte Opposition suchte nun, sehr zum Nachteil der Interessen und der Unabhängigkeit des Domkapitels die Städte des Stifts mit in den Streit hineinzuziehen. Sie legte ihnen nahe, bei Jacob Schritte zu tun, daß er vor ihnen seine Sache untersuchen und entscheiden lasse (26 apr. 45). Ein ähnliches Schreiben schickte sie an Prälaten und Kapitel, die sich jedoch ablehnend verhielten. Der Papst (Eugen), der schon längst einen Span mit dem Erzbischof hatte, exkommunizierte und suspendierte ihn, die Diözese verfiel in das Interdikt, andererseits stieß das Domkapitel seine widerstrebenden Mitglieder nach regelrechtem Prozeß aus und erklärte sie ihrer Pfründen für verlustig. Die Lage drohte wieder äußerst verzweifelt zu werden. Eine Reihe Adliger verschwor sich mit der ausgestoßenen Opposition zur Vertreibung des Erzbischofs, Geistlichkeit und weltliche Stände waren beide in zwei Lager geteilt. Der neue Papst, Nicolaus stellte sich nun (nov. 49) entschieden auf die Seite Jacobs und verhängte über dessen Gegner Exkommunikation, Suspension, Entziehung der Würden und Benefizien sowie das Interdikt.

---

45. Zum folgenden cf. Lager, Jacob v. Sirk, Trierisches Archiv II, III, V.



über die Kirchen, denen sie vorständen (29. april 1450). Diese waren damit nicht gebändigt. Nochmals wenden sie sich (1451) in einem Schreiben an die vier bedeutendsten Städte des Landes und klagen Jacob an, das Erzstift durch Schenkungen zugunsten seiner Verwandten schwer geschädigt, die Rechte, Statuten und Privilegien der Kirche beeinträchtigt zu haben. Wohl scheinen sich unter dem Einfluß des päpstlichen Einschreitens die Wogen des Kampfes etwas beruhigt zu haben, aber zu Lebzeiten Jacobs ist es nicht zu einer endgültigen Versöhnung gekommen.

Dies die Vorgänge, welche die Landeinung vom 10. mai 1456 zur Voraussetzung hat.

Die Aussichten in die Zukunft waren keine verlockenden, ein neues Schisma stand zu befürchten, als es im Jahre 1456 mit Jacob zu Ende ging. Unter dem Hader des Domkapitels, hinter dem nicht zuletzt selbstsüchtige Interessen adliger Verwandter steckten, hatte das ganze Land bluten müssen. Die Zwistigkeiten unter Jacob, namentlich die Indiskretionen der Opposition und ihre Berufung auf die Städte mußten die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Wahlkapitulationen lenken, die, ohne daß das Land irgend etwas dazu sagen konnte, einschneidende Bestimmungen auch über die weltliche Regierung des Stifts enthielten. Je weniger breitere Kreise von ihrem Inhalt wußten, um so abenteuerliche Gerüchte wurden darüber verbreitet.

Nur ein geschlossenes Zusammenhalten des ganzen Landes konnte ein neues Schisma unschädlich machen, eine Parteibildung verhindern und einem unrechtmäßigen Kandidaten den Boden entziehen, und wirklich gelang es jetzt den Kräften, deren Widerstreit allein so viel Unheil möglich gemacht hatte, sich zusammenzuschließen. Am 10. mai, noch zu Lebzeiten des schwer kranken Jacob, vereinigten sich die weltlichen Stände des Stifts, Grafen, Herren und Ritterschaft, sowie 11 Städte mit den zugehörigen Dörfern und Pflegen<sup>46</sup>.

Nachträglich, am 29. october 1456 trat noch Pfalzgraf Ludwig, Graf zu Veldenz bei, ebenso, am 17. july, Burgleute, Richter, Schöffen und Gemeinde von Kilburg<sup>47</sup>. Doch handeln die Einungsverwandten nicht für sich als Einzelpersonen, sondern schließen in die Wirkung ihrer Einung das ganze Land ein „alle manne, undersaßen, getreue und angehörigen unsers stifts von Trier und jeklichen besonder, beide geistlichen und werentliche, edelen und unedelen“<sup>48</sup>. Abgefaßt in der damals üblichen Form der Einungen mit einer Fülle treuherziger Redewendungen, bezieht sich die Urkunde ausdrücklich auf die vorhergegangenen Mißstände und den aktuellen Streit im Domkapitel. Sie seien gezwungen gewesen, so setzen die Stände auseinander, einen zum Herren zu empfangen und in Städte und Schlösser (zur Huldigung) einzulassen, der von der Majorität des Domkapitels gewählt, hinterdrein doch vom heiligen Stuhl zu Rom, dem Konzil zu Basel und dem römischen Kaiser mit rechtlichem Urteil entsetzt worden sei. Dadurch sei das ganze Land gedrungen worden, jenen ungehorsam zu werden. Schwere Parteiungen hätten dem ganzen Stift unersetzbaren Schaden gebracht. Sie wollten deshalb nach dem Tode Eb. Jacobs keinen neuen Herren mehr aufnehmen, sie hätten sich denn vorher darüber gemeinlich besprochen und volle Gewißheit, daß er mit Recht ihr Herr sei.

Sie verlangen weiter, daß der neue Eb. ihnen gelobe

---

46. Die Einung in drei Ausfertigungen mit 56, 36, 21 Siegeln im St. A. I. A 2223—26.

47. Koblenzer Stadtarchiv (im St. A.) I 308, 307. Abgedruckt bei Hontheim II 423; Scotti Sammlung der Gesetze u. Verordnungen, welche in dem vormaligen Kurfürstentum Trier etc. ergangen sind 1832. p. 147.

48. Ueber die Bedeutung der landständischen Einungen, ihrem Verhältnis zum Lande u. zur „gewillkürten Genossenschaft“ cf. Landständische Verfassung II 2. 62 ff.

und schwöre, sie bei alter löblicher und hergebrachter Freiheit und Gewohnheit zu lassen, und daß er ihnen hierüber einen besonderen Revers ausstelle, dessen genauer Wortlaut in der Einung festgelegt ist. Wenn dann gegen den Wortlaut der beschworenen Freiheit einer von ihnen bedrängt oder mit irgendeiner Neuerung darin gekränkt werde, wollen sie sich gegenseitig mit Leib und Blut beistehen. Damit endlich ihr Herr in der Lage sei, das Erzstift nach Notdurft und zum Besten zu verwalten, wollen sie vor der Huldigung Gewißheit haben, daß das Domkapitel den Eb. nicht gegen den Nutzen, Heil und Wohlfahrt des Stifts in der Wahlkapitulation gebunden habe. Die Beziehungen auf die jüngstvergangenen Ereignisse sind ohne weiteres klar, aber davon abgesehen enthält die Einung nichts besonderes, was nicht in den Nachbarstiften die kräftiger entwickelten Landstände bereits besessen und geübt hätten. In Mainz ritt bis zur Auflösung der landständischen Verfassung im Jahre 1525 der neugewählte Kurfürst mit großem Gefolge zu den versammelten Ständen nach Eltville. Er wurde dort gefragt, ob er käme als ein gekonfirmierter Herr. Dann verlas man das Wahlprotokoll und die Konfirmationsbulle und der Eb. beschwor, mit der Hand auf einem entsprechenden besiegelten Revers, Landrecht, Privilegien, Willküren und alt-löbliches Herkommen zu behalten, erst dann erfolgte die Huldigung<sup>49</sup>. Es fehlt also nichts von dem, was auch die trierschen Stände in der Einung verlangen. Ungleich tiefgreifender wie die Triersche ist weiter die Kölner Erblandesvereinigung, die 1463 zum ersten mal geschlossen, von da an regelmäßig den Wahlkapitulationen angehängt wurde<sup>50</sup>. Es begegnen bei ihr unter den Grafen teilweise

---

49. cf. Bodmann p. 18ff. p. 398.

50. Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins 1840f. IV nr. 325 Wolf, a. a. O.; Territorium u. Stadt p. 185 n. 2, 3.

dieselben Namen wie auch in Kur-Trier. Hervorgerufen wurde sie durch die starke Verschuldung des Stifts, die Folge einer unglücklichen äußeren Politik. Die ungleich höhere Bedeutung der Kölner Stände, ihr starker Einfluß auf Verwaltung und Regierung, äußert sich darin, daß ihre Einung sich nicht mit so allgemeinen Forderungen begnügt wie die Triersche. Auch sie enthält den Artikel, daß allemal, wenn jemand innerhalb oder außerhalb des Kapitels dem von der Mehrzahl regelmäßig gewählten Herrn Zwietracht machen wolle, die Stände ihm Gehorsam tun und ihm helfen sollten, sein Stift zu behalten (Art. 12). Aber darüber hinaus bringt sie eine Reihe von ganz bestimmten Gesichtspunkten, Reform von Gericht und Verwaltung, Kurfürstlicher Rat, Kriegserklärung, Verpfändung, Geldaufnahme, eigenes ständisches Versammlungsrecht. Alle früheren Verpflichtungen der Erzbischöfe gelten ohne weiteres miteinbegriffen. Weltliche Stände und Kapitel handeln dabei so sehr im Einvernehmen, daß alle in dieser oder in späteren Kapitulationen enthaltenen Versprechungen auch für die Stände Geltung haben sollen. Die Einung ist zusammen mit der Kapitulation zustande gekommen und bei den folgenden Wahlen jedesmal mit erneuert worden. Der Grund für dieses im Vergleich zu den Trierschen Verhältnissen auffallende Einverständnis zwischen Kapital und Ständen ist in den finanziellen Verhältnissen zu erblicken. Das Domkapitel, selber Landstand, war bis zur Zahlungsunfähigkeit mit seinen Einkünften und Besitzungen für den Kurfürsten eingetreten. Es konnte ihm nur vorteilhaft sein, daß die Schranken, welche durch seine Kapitulationen dem Erzbischof auferlegt wurden, noch durch ständische gesichert und verstärkt wurden, wie es andererseits aus eigenem Interesse erzbischöflichen Steuerforderungen immer an erster Stelle zustimmte<sup>51</sup>. Aber weder war der Trierische Kurfürst in der

---

51. cf. Wolf.

Weise wie der Mainzer von der Steuerbewilligung seiner Stände abhängig<sup>52</sup>, da er sich ja auf das subsidium seiner Geistlichen beschränkte, noch fühlte vollends das Domkapitel wie das Kölner ein Bedürfnis, seine Bestrebungen mit denen der Stände zu verbinden. Erzbischof und Kapitel waren sich eins im Widerstand gegen die ungerufen emporstrebende Macht. Doch blieb die Einung alsbald nicht ohne heilsame Wirkung. Das Domkapitel ging mit äußerster Sorgfalt vor, um das wieder drohende Schisma zu verhüten<sup>53</sup>. Als nun trotz aller Vorkehrungen neben Johann von Baden auch Diether v. Isenburg eine Reihe von Stimmen erhielt, übertrug jener bis zur päpstlichen Bestätigung des Erzbischofs die weltliche Verwaltung des Stifts seinem Bruder Karl v. Baden. Am 22. März 1457 wurden die Stände in Koblenz versammelt und ihnen die päpstliche Bestätigungsbulle verlesen. Adel wie Städte weigerten sich, den Huldigungseid zu leisten, da sie durch die Union gebunden seien. In einer neuen Versammlung am 26. April suchte der Unterhändler des Domkapitels die Bedenken der Stände über die Kapitulation zu zerstreuen und wies ungeheuerliche Gerüchte, die sich daran geknüpft hatten, zurück. Dann verlas er folgende Erklärung des Erzbischofs: wir sagen by unsern furstlichen truwen, das wir mit gebonden ensynt dem capitel

---

52. In Mainz wurden die weltlichen Stände schon frühzeitig zu Landsteuern herangezogen; cf. Bodmann p. 784 ao 1383: in illis diebus autumnalibus dominus Adolfus archiep. (1379—90) exegit subsidium sive contributionem ab incolis Rinkau, qui viriliter se opposuerunt, nullo modo quicquam dare volentes, multas causas evadendi quesiverunt, etiam multa opprobria et convicia intulerunt minis et diversis consiliis exquisitis, qualiter resistere possent, in quibus nihil profecerunt, sed tandem secundum omnem voluntatem ipsius dmni. archiep. oportuit ipsos solvere magnas pecuniarum summas, quamvis invite.“ Bei Bodmann a. a. O. auch noch andere Nachweise mehr.

53. Zum folgenden: Lager, Joh. II.

unsers doems noch emant anders, uch von uwer eynung zu dringen ader einiche sache zu hanthaben, die wedder unsers stifts und siner undersaissen heil und wailfaren sy. Der Kurfürst wiederholte selbst diese Erklärung mündlich und bekräftigte sie mit seinem Fürstenwort. Die Stände gaben sich schließlich damit unter Vorbehalt ihrer Einung zufrieden, doch weigerte sich der Erzbischof, diese anzuerkennen; Päpstliche Bullen und kaiserliche Mandate geboten den Anhängern derselben, von ihr abzustehen<sup>54</sup>. In der langen Regierungszeit Johannis schief der Streit darüber ein. Doch hatte man darum die Union nicht vergessen.

Am 26. Dezember 1499 wurde von dem „mehrer teil“ des Domkapitels Johannis Neffe, Jacob von Baden, zum Koadjutor gewählt. Auch diesmal aber wollte es wieder zu keiner Einstimmigkeit kommen und wieder wandte sich die Opposition in einem umfangreichen Rundschreiben an die geistlichen und weltlichen Stände des Stifts (6. Juni 1500)<sup>55</sup>. Damit die Gerüchte über die Wahlstreitigkeiten ihrem guten Vornehmen nicht zum Unglimpf ermessen würden, beginnen sie mit einer eingehenden Darstellung der nach ihrer Ansicht unrechtmäßigen Koadjutorwahl und erbieten sich dann zu Recht vor unparteiischen Grafen, Herren, Rittern oder den Ständen des Stifts. Auch bitten sie diese, sie möchten auf den Erzbischof einwirken, daß er von seinem Vorhaben abstehe. Sie selbst erreichten damit zwar nichts, aber es blieb nicht ohne Wirkung, daß die allgemeine Aufmerksamkeit so wiederum auf die Wahlstreitigkeiten gelenkt wurde. Als die Stände im März des Jahres 1501 zur Anerkennung der Wahl zu Zell im Hamm versammelt wurden, antworteten sie darauf am 5. März mit der Er-

---

54. Näheres bei Lager.

55. Abgedruckt in Stramberg's Rheinischem Antiquarius II 5 1856 p. 775, 1856 Or. St. A. Personalien der Eb. 22, Bl. 39—42.

neuerung ihrer Einung von 1456<sup>56</sup>. Sie wurde mit einigen unwesentlichen Abkürzungen wörtlich übernommen. Doch schloß sich daran ein längerer Zusatz, der davon zeugt, daß das Selbstbewußtsein der Stände mittlerweile eine Stärkung erfahren hatte. Es war darin eine eigene Gerichtsbarkeit vorgesehen für alle Fälle, welche die Einung angingen und in denen jemand wegen ihr Gewalt erleide. Zwei Grafen und Ritter werden zu geordneten Hauptleuten ernannt, im oberen Stift Junker Salentin v. Isenburg und Friedrich Zant (Ritter) dazu zwei aus dem Rat zu Trier, desgleichen im Niederstift der Herr v. Sayn, Jörg v. d. Leyen und zwei Koblenzer Stadträte. An diese soll sich jeder wenden, der sich irgendwie in seiner Freiheit bedrängt fühlt, nach Bedarf in Trier oder Koblenz. Wenn ein Kollegium über den Fall nicht zu entscheiden vermag, soll es das andere mit hinzuziehen. Im Notfall können sie sofort einen Landtag berufen, zu dem die beiden Stände zu erscheinen schuldig sind. Zudem wolle man regelmäßig alle zwei Jahre Mitsommers, den anderen Tag nach Johann Baptista (26. juny) eine gemeine Versammlung der beiden (weltlichen) Stände zu Cochem, morgens um 7 Uhr beginnend, abhalten.

Eine ständische Gerichtsbarkeit ist schon früher gelegentlich erwähnt worden. Wir berührten oben, daß die Opposition im Domkapitel den Ständen ihre Sache zur Entscheidung anheimgeben wollte. In dem Streite des Kurfürsten mit der Stadt Boppard sollte diese ihre alten, angeblich schon von Friedrich III. erlangten und ihre jüngsten kaiserlichen Privilegien den drei Ständen des Stifts zur Prüfung und Beurteilung vorlegen. Die Stadt weigerte sich

---

56. Erhalten in zwei Coblenzer Transsumpten vom 23. febr. 1502 St. A. I A. 2878 u. 79. In einem Transfix treten Schultheiß, Schöffen, Gemeinde u. Pflege von Saarburg nachträglich bei, weiter die Gemeinde von Kaisersesch.

freilich, dies zu tun<sup>57</sup>. Der Gedanke einer ständischen Gerichtsbarkeit war also damals nicht neu, und man wollte sie jetzt regelmäßig in allen Fällen einführen, die den dehnbaren Begriff der Privilegien und Freiheiten betrafen. Aber die Stände waren überall und zu allen Zeiten eben so rasch im Pläneschmieden wie langsam und säumig in ihrer Durchführung. Auch in Trier ist von einer Verwirklichung dieses hochfliegenden Projekts nichts bekannt geworden. Doch war die Haltung von Kurfürst und Kapitel diesmal auffallend entgegenkommender als im Jahre 1456. Das große Privileg, welches zwei Tage später, am 8. März den drei Trierschen Ständen erteilt wurde, erfüllt, soweit dies am Landesherren lag, die Forderungen der Einung. Eb. Johann hat es mit Rat und Bewilligung seines Koadjutors und des „merer teils“ seines Kapitels den geist- und weltlichen Ständen, den „prelatten, capiteln, clösteren und kirchen, unser geistlichkeit, auch graifen, herren und ritterschaft, und steten, plegen und landschaften“ seines Stifts zu Trier zu Friede, Ruhe, Nutz und Gutem erteilt<sup>58</sup>. Die Zusammensetzung des Landtags tritt uns hier nebenbei bemerkt zum erstenmal deutlicher entgegen. Der Eb. verpflichtet sich in dem Privileg, alle zwei Jahre Mitsommers eine Versammlung seiner Stände zu Zell im Hamm abzuhalten, wobei er und sein Kapitel zugegen sein wollen, und zwar soll diese Versammlung „sonder einiche beschreibung und erforderung“ stattfinden. Damit darauf des Stifts Notsachen zum Besten gehandelt werden. Wenn der Kurfürst außerdem zu einer anderen Zeit einen Landtag an einen beliebigen Ort ausschreiben wolle, so sollen die Stände pflichtig sein, darauf zu erscheinen wie von alters. Jacob

---

57. Das ausführliche Schreiben Eb. Johanns an den schwäbischen Bund vom 7. juny 1497. Hontheim II 501.

58. Koblenzer Transsumpt des Originals vom 19. febr. 1502 im St. A. I A. 2880.



von Baden verspricht, nachdem der merer teil des Kapitels und die Landstände<sup>59</sup> ihn zum Koadhuter angenommen und den darüber ergangenen päpstlichen Bullen und Briefen Gehorsam erzeigt haben, die Freiheiten und Privilegien des Stifts zu halten, auch bei der Huldigung in Städten und Pflegen, wie sie gewöhnlich im Stift erfolgt, alles nach bestem Verstand und Vermögen zu erfüllen. Mehr verlangte auch die Landeinung nicht, nur geschah die Bestätigung der Privilegien nicht in der demütigenden Form, welche in ihr von Anbeginn törichterweise vorgesehen war<sup>60</sup>, und die Wahlkapitulation wird nicht mehr erwähnt.

Darüber hinaus macht der Eb. aber noch eine Reihe von Zugeständnissen. Er will seinen kurfürstlichen Rat nur noch aus des Stifts Ständen und Untersassen ergänzen (Indigenat)

auf die Gerichte, weltliche und geistliche, fleißig sehen lassen<sup>61</sup>,

mit Pfalz und Mainz, womöglich auch Köln eine Münzeinung abschließen<sup>62</sup>,

bei kaiserlicher Majestät vorstellig werden, daß er die Reichssteuer, welche jetzt im Stift aufgerichtet ist, abstelle.

---

59. cf. das falsch datierte (1493 statt 1503) Schreiben des Eb. an Amtleute, Kelner Gemeinden etc., dem Markgrafen Gehorsam zu leisten, den ihm der Papst zum Successor gegeben, „dafür dann die versammlung unsers stifts Trier ständen syne liebe angenommen hat. Hontheim II 491.

60. Wir N. N. v. gottes gnaden eb. v. Tr. seindt dan der almechtig gott durch seine unbegreifliche güte und mildigkeit sine stifte von Trier mit unser persone, wiewol wir des unwürdig sein, versehen hat.

61 cf. das Schreiben an die beiden Offizialate mit Berufung auf die Landstände, in denen die geistliche Gerichtsbarkeit beschränkt wird. 12. Mai 1501. Goerz Regesten der Erzbischöfe zu Trier 1859 p. 318.

62. Am 8. August 1502 mit Pfalz u. Mainz „ut mannigfeltige

Er will endlich die jetzt bewilligte Steuer nicht wieder heischen, eine typische Formel für alle derartigen Privilegien, und mit Rat und Hilfe seiner Stände dafür sorgen, daß alle Bürgen und Schuldner des Stifts befriedigt, die verstorbenen Bürgen ersetzt werden. Damit berühren wir die wesentliche Vorbedingung des Privilegs. Wie kam es, daß der Eb. der ersten Landeinung erfolgreich zu widerstehen vermochte, während er jetzt so auffallend weit nachgab? Gewiß war ihm viel daran gelegen, seinem Neffen die Anerkennung als Koadjutor zu verschaffen, zumal wieder wie bei seiner eigenen Wahl eine Opposition im Kapitel sich regte. Aber 1456 hat ihn das nicht gehindert, der Einung seine Anerkennung zu versagen und ihre Aufhebung durch Papst und Kaiser zu erwirken. Die Einleitung des Privilegs gibt selbst die Antwort auf jene Frage: weil des Stifts Stände sich gewilligt haben, ihm ein hülflich und stattlich schank zu tun, damit er seiner und seines Stifts merklich obliegender Beschwerne etliches maßen erledigt werden möchte, um solcher ihrer Guttat willen hat der Kurfürst ihnen diese Zugeständnisse gemacht.

Die finanzielle Lage des Stifts war von Anbeginn seiner Regierung eine traurige. Die Baulust der Kurfürsten, seine alchemistischen Neigungen, vereinzelte Ereignisse wie seine Beteiligung an der neußer Fehde, der Empfang Karls des Kühnen und Friedrichs III. in Trier 1473, sein Streit mit dem Pfalzgrafen um Schöneck und Beilstein, bei dem der Eb. sogar Silber und Kleinodien versetzte<sup>63</sup>, die Bopparder Fehde 1497 trugen nicht dazu bei, die Geldverhältnisse günstiger zu gestalten. Die Renten auf Aemter und Zölle

---

u. fleißige ansuchen unser u. unsers stifts untetanen, geistlichen u. werentlichen, uf gehaltene versamlungen u. lanttagen zu furderunge gemeinen nutzens“ abgeschlossen. Scotti I nr. 41 p. 205.

63. cf. die Denkschrift über die Ausgaben Johannis an das Domkapitel von 1488. St. A. t. 1.

waren von altersher größtenteils verschrieben, so daß nur wenig über 10 000 gd. jährlich einkam. Eine Reihe von Schuldnern hatten zusammen 12 000 gd. gekündigt, die Städte, die sich vielfach verbürgt hatten, drängten auf Einlösung der Schulden<sup>64</sup>, die Konfirmation Jacobs kostete wiederum 14 506 Kammergoldgulden gleich etwa 20 300 rheinische gd. wozu noch etwa 1—2000 gd. für Gesandtschaftskosten kamen<sup>65</sup>. Zu dem begann sich der Klerus seit den achtziger Jahren, vom Domkapitel unterstützt, gegen die beständigen Subsidienforderungen der Eb. zu sperren. Der einzige Ausweg aus allen diesen Schwierigkeiten konnte nur darin liegen, daß der Eb. sich eine neue Steuerquelle eröffnete, daß er auch die weltlichen Stände zu Landsteuern heranzog, und aus dieser Zeit sind denn auch die ersten Nachrichten über die Berufung eines Landtages bekannt<sup>66</sup>. Bei den ersten Steuerforderungen scheint sich der Eb. auf Städte und Landschaft beschränkt und den Adel ganz hinweggelassen zu haben<sup>67</sup>. Neben den gesonderten Verhandlungen mit der Geistlichkeit treten wenigstens in den Protokollen des Domkapitels nur Städte und Landschaft hervor, so wenn der Kurfürst bei der Einlösung des Schlosses Schöneck in der Eifel sein Domkapitel bitten läßt:<sup>68</sup> antreffend die subsidia, daß myne herren vom doem sy gern daran syn willen und der priesterschaft vorhalten, daß sie m. gn. h. etliche subsidia geben . . . auch wart daselbst abgeredt, myn gn. h. wollte von der lantschaft

64. Protokollbücher des Dk. 1488.

65. Sauerland p. 97.

66. cf. Reg. Der Eb. 10. july 1486 schreibt einen Landtag nach Cochem zum 31. july aus. — 1492, 6 nov., Ausschreiben zum 1. dec. nach Zell im Hamm — 1494, 2. oct. zum 20. october nach Cochem.

67. Ueber eine ähnliche Erscheinung in Jülich-Berg, Ldst. Verfassung II p. 60.

68. St. A. Protokollbücher der Dk I B. 67 p. 143.

sture haben zu der obgenannten losunge Schoneck, daß myn herrn vom doem zweigen darzu deputeren mit sampt uns gn. herren freundt mit der lantschaft zu werben, oder im Jahre 1488: demnach wir uch freundlich bitten und empfehlen, mitsampt dem bemelten Gerhart Ringraven (ein Kapitular) die stette und lantschaft under synen gnaden zu solichen handel hulf und bistannd zu tun ufs best und freundlichst helfen raten und underrichten.

Die Erhebung und Verwahrung der landschaftlichen Steuern lag in der ersten Zeit noch in geistlichen Händen „item sullent jene, die da die subsidia ufheben, auch die lantsture ufheben, und weiter: uf daß die lantschaft underricht werde und williger were, solche sture zu geben, wart auch da abgeredt, daß soliche gelt von der subsidien und lantsture nit ufgehoben werde sunder mit wissen zweier uß dem capitel und zweier uß der pfaffheit und zweier von myns gn. herren wegen, hinder welche soliche gelt gelacht sulte werden und mit wißen ußgegeben zur losunge des sloß Schoneck und bezalunge des gelehnten gelts und des stifts nutz<sup>69</sup> (1479). Vertreter der Landschaft werden dabei nicht erwähnt.

Auch dies deutet darauf hin, daß sich eine Besteuerung der Landschaft eben jetzt erst im Anschluß an die geistlichen Subsidien zu entwickeln begann, aber andererseits fanden noch am Ende des XV. Jahrhunderts gesonderte Verhandlungen mit dem Klerus, dieser wieder getrennt nach Ober- und Niederstift statt. Erst seit dem Jahre 1501 sind auf allen bekannten Landtagen stets die drei Stände insgesamt und der Klerus des ganzen Erzstifts vertreten. Dieses Jahr bedeutet zugleich den Höhepunkt in der Geschichte der trierschen Landstände. Beide Seiten, Landesherr und Stände, machen dabei Zugeständnisse wie nie

---

69. Protokollbücher I B. 67 p. 143. Die Einlösung ist am 27. juny 1480 beurkundet. Reg. der Eb.

zuvor. Die finanzielle Notlage des Stifts vereint mit der Sorge um die Anerkennung seines Koadjutors ringen dem Eb. das Privileg ab, die Stände bewilligen, und zwar diesmal nicht bloß Geistlichkeit und Landschaft, sondern auch die Ritterschaft für ihre Hintersassen, eine Landsteuer<sup>70</sup>. Die Artikel des Privilegs verraten, daß der Landtag nicht, wie in späteren Jahren, sich fast ausschließlich nur mit der Steuerbewilligung befaßt, sondern auch in Fragen der inneren Politik sich betätigt hat.

Für die nächsten Jahrzehnte versiegen die Quellen für die Geschichte der Trierischen Landstände wieder fast vollständig, erst durch das Aufkommen der Reichssteuern beginnt seit 1542 eine von da an ziemlich vollständig erhaltene Reihe von Landtagsabschieden und einigen anderen Notizen, aus denen die Organisation der Stände näher erkennbar ist.

---

70. cf. hierzu das Buch der Anschläge t. l. 10 und das Perpetuale Eb. Johannis II. v. Baden A. I, 1 nr. 17.

---

## II. Die Organisation der trierischen Landstände bis zum Beginn des Prozesses mit der Ritterschaft.

### 1. Das Domkapitel.

Eine eingehendere Schilderung der Stellung des Domkapitels innerhalb der Landesverfassung kann ich um so eher unterlassen, als es nicht selbst zu den Landständen zählte, außerdem die wichtigste Quelle für seine Tätigkeit, die Sitzungsprotokolle, für die in Betracht kommende Zeit nicht mehr vorhanden sind und über die Wahlkapitulationen von Anbeginn bis zur französischen Revolution eine eigene Arbeit im Erscheinen begriffen ist.

Eine Beteiligung des Domkapitels am Landtage als Mitglied des geistlichen Standes ist nur einmal ausnahmsweise erfolgt bei der Bewilligung des gemeinen Pfennigs von 1542 und 1544. Damals haben die Gesandten des Domkapitels mit den übrigen Vertretern in die Türkensteuer gewilligt und dieses ist dementsprechend veranschlagt worden. Sonst war es von allen Steuern frei<sup>1</sup>. Bei den Landtagen war es darum nur in seiner Eigenschaft als Erblandesherr vertreten. Bei Eröffnung des Landtages stand der Eb. mit seinem Kapitel und seinen Räten auf der einen Seite und ließ die Proposition verlesen, auf der anderen standen Ritterschaft, Klerisei, Städte und Pflegen<sup>2</sup>. Hierauf

---

1. t. l. V, Abschied von 1542, cf. Reg. der Eb. 1421 10. july. Der Eb. reversiert sich seinem Dk., daß die ihm von letzterem bewilligte Steuer zur Hilfe gegen die böhmischen Ketzer kein Recht auf künftige Steuererhebung vom Dk. gebe. — Anschlag der Geistlichkeit von 1544, Buch der Anschläge t. l. 10.

leiteten Domkapitel und Räte gemeinsam die Verhandlungen der Kurien untereinander und mit dem Kurfürsten. Der Vertrag mit der Ritterschaft vom Jahre 1547 (3. Dezember) ist nur durch Vermittelung des Domkapitels zustande gekommen.

Das in den Kapitulationen festgelegte Konsensrecht, namentlich daß der Kurfürst keine Subsidien und Steuern ohne Willen des Domkapitels ausschreiben durfte, brachte es mit sich, daß er beim Ausschreiben von Landtagen an dessen Zustimmung gebunden war. Der Landtag war stets mit einer Vorverhandlung im Kapitel verknüpft, die Propositionen erwähnen gelegentlich ausdrücklich seine Zustimmung. Die aus den achtziger Jahren des XV. Jahrhunderts erhaltenen Protokolle lassen zur Genüge erkennen, daß dieses, wenigstens in jener Zeit keineswegs eine bloße Formsache war, das Kapitel weigerte sich zuweilen selbst, den Subsidienforderungen zuzustimmen. Als der Eb. 1481 den Beirat der zu ihm gesandten Kapitularen zu umgehen suchte, legt das Kapitel dagegen energisch Verwahrung ein. Es sei darüber sehr befremdet, „den wane etwas vorgenommen wirt, da dem stift und undersaßen des stifts merklich an gelegen ist, so myne wir nit, daß jemand darzu billiger zu reden habe dann vurnennant doemcapitel nach der pflicht, ein jeklicher ertzbischof zu Trier einem doemkapitel behaft und verwant ist.“ Deshalb solle er sich heute oder in einem der nächsten acht Tage persönlich in das Kapitel verfügen um über die Sache zu sprechen<sup>3</sup>.

---

2. cf. Reichsritterschaft (R. R.) Kanton Niederrhein VIII 1 tomus attestationum I 580. Ueber diesen siehe unten.

3. St. A. Dk. IB. 67 p. 153, cf. Lager Repertorium der Dk. im St. A.; B. no. 149 1498, 2. dec. Der Kf. solle drei Mitglieder des Dk. in seinem Rat haben, um zu überlegen, wie das Erzstift die aus verschiedenen Ursachen, namentlich der bopparder Fehde entstandenen Unkosten abtragen könne. cf. Görz Reg. 1498, 23. apr.

Bis zum Ende des XV. Jahrhunderts bewahrt sich das Domkapitel auch einen Einfluß auf Erhebung, Verwahrung und Verwendung der Subsidien und Landsteuern. Bereits 1286 ließ sich dies vereinzelt feststellen. 1479—1480 sollen sechs Verordnete, zwei vom Kapitel, zwei von der Geistlichkeit und zwei vom Kurfürsten Subsidien und Landsteuer erheben und dem Kapitel zur Verwendung einliefern<sup>4</sup>. Noch 1488 vergleicht es sich mit dem Eb, daß es zur Erhebung der bewilligten Subsidien die Kommissare ernennen soll<sup>5</sup>.

Nach der vollen Ausbildung der landständischen Verfassung im XVI. Jahrhundert haben die Stände die Verwaltung und Einnahme ihrer Steuern selbst in die Hand genommen, die allerdings in den allermeisten Fällen ohne weiteres dem Kurfürsten ausgeliefert wurden.

## 2. Der geistliche Stand.

Während in Mainz und Köln der Klerus für sich allein zu Subsidienverhandlungen berufen wurde, kamen in Trier seine selbständigen Versammlungen ab, seitdem auch die weltlichen Stände zu Landsturm herangezogen wurden. 1501 war die Geistlichkeit des Ober- und Niederstifts auf dem Landtag vertreten, seitdem läßt sich kein Landtag mehr ohne sie nachweisen. Eigene Versammlungen kamen nur vor wegen der Bewilligung von Palliengeldern, die von dem gesamten Diözesanklerus getragen wurden.

Die geistliche Kurie setzte sich zusammen aus den Kollegiatstiften, den Klöstern und den Landdekanaten. Die Aebte konnten sich durch bevollmächtigte Gesandte vertreten lassen, die Frauenklöster waren immer hierauf angewiesen. In der Regel übernahm wohl ein Abt ihres

---

4. Dk. I B. 67 p. 143.

5. Reg. der Eb. 23. july 1488. Protokollbücher I B 68. p. 20.



Ordens diesen Auftrag<sup>6</sup>. Die Gesandten waren an die Instruktion ihres Konvents, Stifts, Dekanats gebunden<sup>7</sup>.

Doch hält es schwer im einzelnen nachzuweisen, wer auf dem Landtag vertreten war. Wir sind dabei angewiesen auf zwei Listen eine von 1515, die andere von 1548, beide bei Hontheim abgedruckt<sup>8</sup>. Die erste hiervon ist sehr lückenhaft, die zweite, deren Echtheit nicht zweifelhaft sein kann, scheint hingegen für alle drei Stände vollständig zu sein. Nach dieser Liste waren auf dem Landtag nur Angehörige des Diözesanklerus vertreten, von diesem jedoch nur solche, die im Stift selbst begütert und demnach zur Landsteuer verpflichtet waren. Der Nachweis läßt sich führen durch einen Vergleich mit den geistlichen Landsteuerregistern. Solche sind allerdings erst aus späterer Zeit erhalten, für den Niederklerus aus den Jahren 1576 und 1582, für den oberen von 1603. In ihnen kehren alle 1543 verzeichneten Körperschaften wieder, es fehlen nur einige

---

6. cf. Hontheim II, 715. Zettel etlichen Aebten eingelegt: wullest auch in deines ordens propsteien und prioraten, auch jungfrauen oder frauenklöster, so under deinem bevel . . . seind, diese unser meinung furderlichen anzeigen, dich mit inen doruf entschließen und vollen gewalt von inen namen, gestalt uf egenantem tag von iren wegen auch entlich zu handeln. 1548.

7. cf. n. 6. Ferner: Ausschreiben an Dekan und Kapitel St. Florin zu Koblenz, zwei oder drei von ihnen sollten mit voller Gewalt in Cochem erscheinen, nachdem sie sich zuerst unter sich fürderlichst unterredt hätten. 1541. Hontheim II.; t. a. I 393; 1554 hätten die Gesandten der Oberklerisei in ihrer Konstitution ausdrücklichen Bevelh gehabt, Steuer nur unter der Bedingung zu willigen, daß auch die Ritterschaft mitsteuere. Zeuge legt die Originalinstruktion vor.

8. Die Liste von 1515 bei Hontheim II 603 aus dem Temporale Richards v. Greifenclaw St. A. A. I 1 no. 23 p. 237. — Die Liste von 1548 Hontheim II 715 unbekannter Herkunft, wahrscheinlich aus der Kanzlei stammend.

durch die Reformation oder sonst mittlerweile eingegangenen, wie die Abtei Grünau, die Stifter Itstein, Gemund, Dietz<sup>9</sup> im Nassauischen. Von den übrigen Steuerpflichtigen fehlen 1548 alle Angehörigen fremder Diözesen, vom eigenen Diözesanklerus nur etliche Frauenklöster und ganz arme Klöster, denen wohl die Reise zum Landtag zu kostspielig war, so alle Bettelorden.

Die durchweg mit reichen Pfründen ausgestatteten Stiftskirchen sind vollzählig vertreten, von den reich begüterten Benediktinern, Zisterziensern, Prämonstratensern, Karthäusern<sup>10</sup>, Augustinern (Springersbach) sind die Männerklöster ohne Ausnahme verzeichnet.

### 3. Der Adel.

Wie die Geistlichen, so verhandelten auch die vom Adel, Grafen, Herren und Ritterschaft nur in einer einzigen Kurie, es gab keine besondere Grafenkurie, wie etwa in Köln. Schon seit altersher begegnen uns ausländische Dynasten im Rate der Erzbischöfe. Die meisten der umliegenden Grafengeschlechter standen mit dem Kurfürsten im Lehnsnexus, manche hatten ihre eigene Grafschaft, unbeschadet ihrer Reichsunmittelbarkeit, zu Lehen aufgetragen<sup>11</sup>. Aus dem Lehnshof heraus muß sich die Berechti-

---

9. Von den Stiften fehlt sonst nur noch das Marienstift in Prüm, von den Klöstern die Benediktiner-Abteien Neu-Münster in Luxemburg und Prüm in den Steuerlisten. Die letztere war 1574 durch ewige Union mit der erzbischöflichen mensa vereint worden. Ihre Einkünfte galten daher wohl als steuerfreies Kammergut. Bei einigen ausländischen Dekanaten herrscht Unklarheit.

10. Die 48 vertretene Karthause zu Rettel (arm) kehrt in den Steuerlisten nicht mehr wieder. cf. Marx IV, 340.

11. cf. z. B. Hontheim II, 144, 1310. Johann Graf von Sayn trägt seine Burg Sayn mit Zubehör und eine Reihe anderer Be-

gung zum Besuch des Landtags entwickelt haben. Im 16. Jahrhundert sind das entscheidende aber nicht mehr lehnrechtliche Beziehungen, sondern Landbesitz innerhalb des Territoriums<sup>12</sup>. Von einer Unterwerfung dieser Grafen unter die Landesherrschaft kann keine Rede sein. Die Grafen konnten sich durch bevollmächtigte Abgesandte ver-

sitzungen und Rechte dem Eb. zu Lehen auf, mit dem Vorbehalt, daß sie nicht aus Mangel an Erben heimfallen können.

12. Abschied von 1556, Honth. II, 769, die Grafen und Herren, „die seine chf. gn. lehenmann seyn und ire undertanen im stift sitzen haben“, sollen neu beschrieben werden t. a. I, 405, Graf zu Winnenburg-Beilstein „es seien auch wohl mit erschienen, die im erzstift nit geseßen.

13. cf. den Bericht des Wittgensteinschen Gesandten zum Landtag von 1556 R. R. VIII, 9 Beilage nr. 19: Die Grafen und Herren so persönlich zugegen gewesen, dgl. der abwesenden Gesandten haben sich in keine Handlung einlassen wollen, weil der Kf. sie als Landsassen und Untertanen beschrieben habe. Dieser habe darauf erklären lassen, es sei nicht gefährlicher Weis, sondern aus Irrtum geschehen. Es solle in der Kanzlei registriert und abgestellt werden. Damit aus dem Schreiben kein Präjudizium entstehe, wolle der Kf. ihnen einen Revers ausstellen. — Eigentümlich wirkt eine Korrespondenz zwischen dem Grafen Jacob von Manderscheid Blankenheim und dem Kurfürsten. Abgedruckt bei Hontheim II, 708; cf. die Regesten des Kurfürtentums Trier im St. A. — Der Graf war durch ein kaiserliches Mandat zum Reichstag berufen worden. Er schreibt dem Eb. unter dem 4. sept. 1547, er trage vom Reich nichts zu Lehen, sondern alles vom Eb. „als meinen rechten hohe und landtherren“, zum teil auch von Luxemburg. Er bittet den Eb., er wolle ihn bei kais. Maj. und dem heiligen Reich vertreten, wie es bisher geschehen wäre. Vielleicht versuchte der Graf so durch eine dick aufgetragene Schmeichelei die kostspielige Reise zum Reichstag zu sparen, der Eb. antwortet: (16 sept.): . . . . „aber nichts destoweniger, woe ir, durch uns, als, den ir euweren schreiben nach fur euern herrn und Landfürsten erkennt in furfallenden noeten euer undertanen (gemeint sind damit wahrscheinlich, wie aus Verhandlungen mit andren Dynasten hervorgeht, die

treten lassen<sup>14</sup>. Zu den Grafen gehören weiter noch einige altfreiherrliche Geschlechter, die nie zur landsässigen Ritterschaft gezählt haben, sondern kleine Territorialherren sind, wie die Herren zu Isenburg, Winnenburg, Westenburg. Bei manchen Familien scheinen schon damals Zweifel bestanden zu haben, wozu sie zu zählen seien. Die Vögte von Hunolstein, eine alte Ministerialenfamilie, stehen auf der Landeiningung von 1456 vor den Freiherrn von Winnenburg, in der Liste von 1548 werden die Bayer von Boppard, ebenfalls frühere Ministerialen, zu den Grafen gezählt. Auch in den Reichstagsakten finden sich die Vögte mitten unter Grafenhäusern auf dem königlichen Tage zu Koblenz 1414, auch werden sie zum Hussitenkriege angeschlagen wie andere Unmittelbare<sup>15</sup>.

im Erzstift ansässigen Leibeigenen des Grafen, hierüber cf. p. 56) so in unserm stift gesessen gleich andern unsern oder derjenigen, so wir bisher usgezogen haben mit zimlicher steuer belegen lassen, und daß sie uns damit gewertig sein, bewilligen wullet, so seien wir dogegen urpüttig, euch als einen graven und stand unsers ertzstifts in des Reichs anlagen zu vertreten und verantworten, auch solchen anschlag, wo der uns von euern wegen aufgelegt werden solt, fur euch zu entrichten . . . .

14. R. R. VIII, 9, Schreiben des Grafen Ludwig v. Sayn Wittgenstein an seinen Amtmann zu Neumagen (gehörte halb zu Trier). Er wisse nicht, ob er wegen der Herrschaft Neumagen auf dem Landtag zu erscheinen schuldig sei. Wenn sein seliger Vetter Heinr. zu Isenburg es getan bezw. für die Herrschaft mitgesteuert habe, möge er (der Amtmann) den Landtag von seineswegen besuchen und, soweit Neumagen belangt, mitsteuern. Wegen der Herrschaft Vallender sei er zu nichts verpflichtet -- über den weiteren Verlauf cf. Moser, Staatsrecht des churfürstlichen Erzstifts Trier 1740 p. 136 § 32, 33. — Auf dem Landtag von 1556 waren nur die wenigsten Grafen persönlich zugegen und der Abwesenden Gesandte ungenügend bevollmächtigt. cf. Honth., II. Abschied.

15. cf. Deutsche Reichstagsakten, herausgegeben von der historischen Kommission zu München, ältere Reihe VII no. 143, VIII no. 145.

Der weitaus überwiegende Bestandteil der Adelskurie war die landständische Ritterschaft. Als Berechtigung zum Besuch des Landtags wird stets angegeben Lehnsabhängigkeit und Besitztum im Erzstift. Noch gegen Ende des 16. Jahrhunderts wissen der Landesherr und seine Räte nicht klar die Frage zu beantworten, was von beiden der eigentlich entscheidende ist<sup>16</sup>. In einem erhaltenen Original-Ausschreiben an Wilhelm v. Breitbach wird dieser aufgefordert, bei seinem Eid und Pflicht, damit er dem Erzbischof und Stift als Lehenmann und Hintersasse zugetan und verwandt ist, auf dem Landtag zu erscheinen (27. July 1554)<sup>17</sup>.

Nur das Kanzleipersonal unterscheidet bereits scharf zwischen Lehnspflichten und Landstandschaft<sup>18</sup>, das eine

---

16. cf. Die verschiedenen Zeugenaussagen im t. a. I: 73 Faber 1561—68 trierischer Rat: seines Wissens seien zum Landtag berufen, so entweder s. ch. gn. als Lehnleut, Räte, Diener Beistand getan oder auch von wegen dessen, daß sie im Erzstift begütert. — 198. Phil. v. der Ecken, Schultheiß u. Kellner zu Boppard, ein alter trierischer Beamter: Die ausländischen seien begütert unter s. ch. gn. oder trügen Lehen von ihm. — 236. Eb. Jacob v. Elz . . . die im Stift wohnen seien Landsassen, die daraus sitzen seien keine Landsassen, denn allein ratione honorum, die sie im Stift haben; erschienen auch wohl Lehnlaute.

17. R. R. VIII, 2; II, 8.

18. t. a. I, 465. Christoph Brandt, Schultheiß zu Koblenz, 63—74 Notar am Hofgericht: Wann die Lehenleut beschrieben würden, wie Zeug dies im markgräfischen Krieg mit habe helfen tun, beschriebe man nit allein die vom Adel, (sondern auch Grafen und Herrn) und werden ut eine andre meinung beschrieben, nemblich, daß sie mit Pferd und Harnaß den Erzstift in vorfallenden Nöten helfen vertheidigen. — 810. Balthasar Bohlen, Kellner in Zell, 52—68 an der Kanzlei tätig: In Kriegsnöten würden alle Lehnleut beschrieben, sie seien gesessen wo sie wollen . . . . Er könne nicht wissen, worumb man die beschreiben solle, die im Erzstift weder gesessen noch begütert seien. — doch auch 224. Freiherr v. Winnenberg: Das wiß er, daß niemandts zu den Landtagen be-

scheint sich also langsam und unvermerkt aus dem anderen herausgebildet zu haben. Eine Beschränkung der Landtagsfähigkeit auf den Besitz einer Burg, eines adligen Sitzes, wie ihn Below für Jülich Berg und auch für einige andere Territorien nachweist<sup>19</sup>, gab es in Trier nicht, sie hätte sich auch später kaum entwickeln können wegen der gebirgigen Beschaffenheit des Landes. Von Bedeutung sind hier nur die großen Burgen, deren Ruinen noch heute der Rhein- und Mosellandschaft ein charakteristisches Gepräge geben, und die befanden sich in Trier mit wenigen Ausnahmen in den Händen des Landesherren. Die Burg worauf sich die Landtagsfähigkeit der bergischen Ritter stützt, ist durchweg der Typus der Wasserburg. „ein, alter steinen strunk in einem wassergraben“, — „ligen beide in iren weieren“ und ähnliche Beispiele mehr führt v. Below an. (Terr. u. Stadt 99, 103.) Diese Art von adligen Sitzen ist aber an die Ebene geknüpft, auch die übrigen Beispiele aus anderen Territorien, die v. Below anführt, weisen alle dorthin. In Trier findet sich in den historischen Quellen und in der heutigen Landschaft keine Spur davon, während sie im Rheingau wieder auftauchen<sup>20</sup>. Eine Matrikel hat es in Trier, solange die Ritterschaft landsässig war, nicht gegeben, wohl führte man in der Kanzlei besondere Personalverzeichnisse.

---

schrieben werde, denn allein die im Erzstift begütert sein. Ueber Lehnsabhängigkeit als Grund der Landstandschaft in der Kurmark Brandenburg cf. v. Belows Recension in der historischen Zeitschrift 100 p. 324.

19. cf. Territorium u. Stadt, p. 99, 160, 207.

20. cf. Bodmann I, 253. Zum Stand eines rheingauischen schildbürtigen Dienstmannes gehörte wesentlich eine adlige Wohnung, Hof oder Ritterseß.

21. t. a. I 238, 274, 454 (Brandt), die Adligen hätten sich ihres Ausbleibens schriftlich entschuldigt, was andere ihre Mitgenossen bewilligten, daß ihnen das nicht zuwider sein sollte.

Die Ritterschaft erschien wie allenthalben persönlich auf dem Landtag. Es wurde als selbstverständlich angesehen, daß niemand ohne redliche ehafte Verhinderung ausblieb. Wer verhindert war zu erscheinen, ließ sich mündlich oder schriftlich beim Erzbischof entschuldigen und erklärte sich dabei mit den Beschlüssen des Landtags für einverstanden<sup>21</sup> oder erteilte auch einem anderen Ritter Vollmacht, ihn mitzuvertreten<sup>22</sup>. Der Sprecher der Adelskurie wechselt, er ist nicht wie zu erwarten wäre der Erbmarschall, einmal begegnet der Herr v. Winnenburg, ein andermal Phil. v. Nassau. Seit Beginn des Prozesses (1577) fangen Grafen und Ritterschaft an, sich vom Landtag zurückzuziehen, mit ihnen die Johanniter zu Trier und Hönningen, die Deutschherren zu Trier, Koblenz und Breibach (Liste von 1548); doch wurden sie noch lange Zeit vergebens berufen<sup>23</sup>.

---

22. In einem Originalausschreiben vom 4. juli 54 R. R. II, 8 wird von W. von Breibach direkt verlangt, er solle im Fall der Verhinderung einen Bevollmächtigten schicken. — Derselbe an Jörg v. Elz, Amtmann zu Meifelt 8. juni 57. Führt triftige Gründe an, weshalb er zum Landtag nicht kommen könne, bittet v. Elz, ihn beim Kf. zu entschuldigen, erklärt sich mit den Beschlüssen des Tages einverstanden. — Hans Reichardt v. Elz, Amtmann zu Molsberg an seinen Bruder Jörg: Bittet ihn, ihn beim Eb. wegen des Landtags entschuldigen zu wollen „und wo dich bedunkt, daß bei hochgedachtem unseren gnedigsten herren meins ausbleibens halben einige ungnade verstanden wurd, beger ich, du wollst mich derselbig verstendigen, will ich demselbigen zuvorkommen und uf gedachtem landtage erscheinen. 1. juni 1557. R. R. II, 8.

23. Hontheim III, 673. 25. juni 1652. Die Landstände haben sich beschwert, daß die Ritterschaft nicht wie herkömmlich zum Landtag geladen sei. Der Eb. antwortet, da dies doch immer umsonst gewesen sei, habe man es seit etlichen Jahren unterlassen, doch wolle er sie zum nächsten Mal laden.

#### 4. Städte und Landschaft.

Der dritte Stand, Städte, Pflegen und Landschaft, erscheint von den ersten Nachrichten über den Landtag an stets in dieser Bezeichnung. Ein Hervortreten des städtischen Elementes haben wir zuerst in der Urkunde Balduins vom Jahre 1339 beobachten können.

Einen engeren Kreis landtagsfähiger Städte gibt es in Trier nicht, sie sind alle gleich berechtigt, es sind dies: Trier, Koblenz, Boppard, Oberwesel, Limburg, Montabaur, Cochem, Münstermeifeld, Meyen, Zell, Berncastel, St. Wendel, Saarburg, Pfalzel, Wittlich.

Die städtischen Gesandten erhielten ihre schriftliche Vollmacht, die sie auf dem Landtag vorlegen mußten, sowie ihre Instruktion, an die sie gebunden waren, vom Stadtrat<sup>24</sup>. Die Gesandten waren durchweg selbst Ratsfreunde, mit Vorliebe die Bürgermeister selbst und der Stadtschreiber. Nach einer Vollmacht der Stadt Koblenz vom 13. Mai 1551<sup>25</sup> wurden neben vier Mitgliedern des Bürgerrats auch fünf Rittersäte zum Landtag entsandt. Einen Rittersat gab es zu dieser Zeit meines Wissens sonst nur noch in Boppard. Mit der Ritterschaft zogen auch sie sich vom Landtag zurück. Die Zahl der Gesandten war zuweilen nicht unbeträchtlich. 1602 waren Koblenz und Trier durch je fünf, die übrigen Städte durch zwei und drei, 1620 die beiden erstgenannten durch je acht Gesandte vertreten<sup>26</sup>.

Sprecher der Landschaftskurie war der Stadtschreiber von Trier, er nimmt die schriftliche Proposition in Empfang,

---

24. cf. t. a. I, 866. Instruktion des Stadtschreibers von Maïen, gegeben nach einem wegen Steuerstreitigkeiten vertagten Landtag; item, die scheffen und räte geben iren beschaidt, wann noch das corpus ergänzt würd, sey man wie vor gutwillig, unsen gebur zu angesaigten tagen zu geben. — actum im sitzenden rat 1556.

25. t. l. 7.

26. t. l. 5'6 u. 7 p. 93.



leitet die Verhandlungen und trägt den Beschluß der Versammlung vor<sup>27</sup>.

Außer den Städten haben auch die Aemter, Pflegen, „der Landmann“ ihre eigene Vertretung auf dem Landtage. Der Ausdruck städte und pflegen begegnet, wie bemerkt, seit den ersten Nachrichten vom Ende des 15. Jahrhunderts.

Dieselben Distrikte, auf welche die Gesamtsteuersumme repartiert wurde, also in den meisten Fällen die Aemter, waren auch auf dem Landtag vertreten, wie sich aus einem Vergleich zwischen den Repartitionslisten<sup>28</sup> und den Verzeichnissen der Landtagsbesucher ergibt. An die Amtleute erging das Ausschreiben mit der Weisung: „du wuldest deine amptsverwandten zusammen lassen kommen und ihnen die meinong zu erkennen geben, auch an sie begeren, daß si zween' aus ihnen mit vollen gewalt“ entsenden<sup>29</sup>. Wo Städte Sitz eines Amtes waren, hatte dieses seine eigene Vertretung, mit der freilich mehrfach die städtischen Gesandten bevollmächtigt werden. Es ist nicht näher bekannt, in welcher Weise die Aemter ihre Gesandten bestimmten, vermutlich geschah es durch Schultheißen und Schöffen, die auch Verteilung und Erhebung der Steuern besorgten.

Neben diesen eigenen Abgeordneten der Aemter wurden auch die Amtleute berufen<sup>30</sup>.

Städte und Landmann verhandelten in einer Kurie. In den Städten selbst sind die Verhältnisse wesentlich bäuerliche. Sogar eine immerhin so bedeutende Stadt wie Boppard setzte sich zum größten Teil aus Frohn- und Bauernhöfen

---

27. t. a. I 871, t. l. VII. Abschied zu Zell, 21. mai 51.

28. Die vorhandenen Repartitionslisten im Anhang.

29. R. R. II, 8. Ausschreiben an Jörg v. Elz.

30. cf. Hontheim II, 718, ferner Ausschreiben an J. v. Elz, 24. apr. 51 mit dem Zusatz: wuldest auch uf egenanntem tag selbst erscheinen neben andern gleichfalls helfen handeln; ein anderes Ausschreiben an ihn enthielt den Zusatz nicht.

zusammen. Die gerade für Stadt und Amt Boppard eingehende Nachricht im Feuerbuch von 1564 beleuchten dies sehr deutlich. Für die Entwicklung eines spezifisch städtischen Lebens fehlen in Kur-Trier die natürlichen Vorbedingungen. Das Stift erstreckte sich in langem Zuge dem Lauf der Mosel entlang und darüber hinaus bis in den Westerwald, während die großen Handels- und Verkehrsstraßen Deutschlands von Süden nach Norden gehen. Das Land selbst enthält auch keine Schätze, die eine bodenwüchsige Industrie hätten hervorbringen können<sup>31</sup>. Andererseits war die bäuerliche Freiheit hier wie in ganz Südwestdeutschland nur höchst unbedeutend eingeschränkt. Die Bemerkung eines bayerischen Juristen vom Jahre 1759, „daß heut zu tag ein leibeigner und anderer gemeiner bauer fast wie zwei tropfen wasser einander gleich sehen<sup>32</sup>, bestätigt sich auch in Trier. Das Feuerbuch von 1564 nimmt auf die Pflichten der Leibeigenen besondere Rücksicht. Das Hauptmerkmal, worin sich diese von den freien Bauern unterscheiden, besteht darin, daß sie keine beede zahlen, aber ihren Leibherren zu einem Leibschatz, Leibbeede, verpflichtet waren. 3, auch 4 alb. jährlich werden genannt. Zudem konnten sie sich von der Leibeigenschaft loskaufen, wenigstens haben sie dies im Bopparder Reich auf die Aufforderung des Schultheißen hin zum größten Teil getan<sup>33</sup>.

---

31. cf. Ademeit, Beiträge zur Siedlungsgeographie des unteren Moselgebiets in den Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde v. A. Kirchhoff B. XIV, Heft 4, 1903.

32. cf. Grosch, das spätmittelalterliche Niedergericht auf dem platten Lande am Niederrhein in Gierkes Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte. Heft 84, 1906.

33. cf. das Feurbuch von 1564 Kur Trier, Statistik 5/6, p. 43, 36, 10, den Leibherren seien sie mit dem Leibschatz schuldig. cf. Rörig, Entstehung der Landeshoheit des trierer Erzbischofs etc. Westdeutsche Zeitschrift, Ergänzungsheft XIII, p. 62. Hontheim III, 167.

### III. Der Landtag.

#### 1. Seine Organisation.

Die Berufung zum Landtag erfolgte im allgemeinen vier Wochen vor dem Termin, auch bei Vertagungen lag eine Zeit von mindestens 2—3 Wochen zwischen den einzelnen Versammlungen. Die Proposition wurde in der Kanzlei redigiert und in vier Exemplaren hergestellt, je eins für den Landesherrn und jeden der drei Stände<sup>1</sup>. Auf dem Landtag zu Koblenz, 11. Februar 1576, gab man nur eine Kopie insgemein heraus, „weil nit nutz were, daß die secreter und mängel des stifts“ weit verbreitet würden. Man gab auch nicht zu, daß sie abgeschrieben wurde, sondern ließ sie nachher wieder zurückgeben<sup>2</sup>. Der Landesherr war, soweit sich erkennen läßt, wohl anwesend, griff aber nicht persönlich in die Verhandlungen ein<sup>3</sup>.

Die Proposition wurde den Ständen gemeinsam verlesen,

---

1. cf. t. a. I, 804 Brief des Rats Michael Stauden an einen Kanzleibeamten; sein gn. herr (der Eb.) habe ihm (Stauden) ein Konzept der Landtagsproposition gesandt und ihn gebeten, allerlei zu und ab zu tun. Er (der Beamte) solle sorgen, daß sie viermal abgeschrieben würde, den drei Ständen und dem Kanzler je ein Exemplar.

2. t. a. I 590.

3. cf. Trier, Stadtbibliothek la 47, 14. febr. 47, erstlich hait . . . herrn Joh. Ludwig . . . sich anfenklich lassen entschuldigen, daß i. ch. gn. nit by die loblichen versammlung eigener person war, da selbiger gimuet u. meinung erlich ist gewest, nit mocht erschnen mit erzelung der ursach.

meist durch den Kanzler, Erzbischof, Kapitel und Räte auf der einen, die Stände auf der anderen Seite stehend<sup>4</sup>. Darauf traten diese kurienweise gesondert zur Beratung ab. Die Verhandlungen innerhalb der drei Kurien leitete der Sprecher, zwischen ihnen gingen hin und her Abgeordnete, da man sich nach Möglichkeit einer gemeinsamen Antwort zu vergleichen suchte. Der Freiherr von Winnenberg schildert die Verhandlungen folgendermaßen: Nachdem die drei Stände gesonderten Rat gehalten haben, kommen die von der Klerisei zu Grafen, Freiherrn und vom Adel und melden, was sie in ihrem Rat vor Guts angesehen. Das nehmen diese in Bedenken. Darnach kommen auch die von Städten und Pflegen und tun desgleichen . . . Darnach, wann die Grafen, Herren und vom Adel sich auch ihrer einbarer Meinung verglichen, und dieselbe mit der Klerisei, Städten und Pflegen zusammen bestimmt haben, so kommunizieren sie mit den andern und wird desfals eine Antwort von aller Stand wegen geben. Können sie aber nit vergleichen, so sprechen die Grafen, Herren und vom Adel, daß sie für sich ihr ch. gn. uf die Proposition beantworten wollen, und wird dann die Antwort geben durch die Herren Grafen einen oder durch einen vom Adel oder durch einen secretarium oder Diener von wegen Grafen, Herren und vom Adel<sup>5</sup>. Den Verkehr mit dem Landesherren vermittelte namentlich das Domkapitel, das jedesmal drei Vertreter zum Landtag entsandte. Die Verhandlungen, die seit 1544, also unseren ersten ausführlichen Nachrichten, durch den beständigen Streit mit der Ritterschaft charakterisiert sind, nahmen zuweilen einen recht stürmischen Verlauf<sup>6</sup>.

---

4. t. a. I 590.

5. t. a. I 408.

6. t. a. I 464. Die Ritter haben sich der Antwort mit den anderen Ständen nit wollen einlassen; das habe die anderen Stände übel verdrossen, dermaßen, daß sie auch zu Cochme (1557) mit

Sie lagen schon zu dieser Zeit vorzugsweise in den Händen eines Ausschusses, wenigstens bei Geistlichkeit und Landschaft<sup>7</sup>. Erwähnt wird er zuerst in einem Protokoll über den Landtag von 1547 wie eine landläufige Einrichtung. Man nahm dazu bei Städten und Pflegen im allgemeinen 12 Deputierte, je 6 vom oberen und niederen Stift, 1551 zu Zell 24 (ausnahmsweise) wozu Koblenz und Trier je drei, Boppard und Wesel je zwei Mitglieder stellten<sup>8</sup>. Selbständig ist der Ausschuß zu dieser Zeit noch nicht, er tritt immer nur bei einer Versammlung aller Gesandten zusammen und wurde jedesmal neu gewählt. Die übrigen Abgeordneten pflegten dann zur Vermeidung der Kosten vor Ende des Tages hinwegzuziehen und dem Ausschuß die Verhandlungen zu überlassen<sup>9</sup>. Ein Zeichen einer beginnenden selbständigeren Stellung des Ausschusses ist zuerst 1564 bemerkbar. Der Landtag zu Cochem (25 juli) hatte sich mit Beschwerden der Stände wegen ungleicher Steuerveranlagung beschäftigt. Es wurde nun beschlossen, daß die Stände innerhalb zweier Monate ihre Beschwerden in die Triersche Kanzlei schriftlich einreichen sollten. Der Erzbischof sollte darauf einen Ausschuß berufen, der auf diesem Landtage gewählt wurde, nämlich vier geistliche und zehn städtische Deputierte<sup>10</sup>. Es ist das erste Mal, daß ein Ausschuß zusammentritt, ohne daß ein allgemeiner Landtag damit verbunden wäre. Eine besondere Bedeutung erlangten die Ausschußsitzungen erst gegen Ende des Jahrhunderts im Zusammenhang mit der

---

Worten aneinander erwachsen, daß die vom Adel durch Antony Hausmann, Ritter de injuriis zu protestieren unterstanden.

7. t. l. VII. Zell 23. mai 51. Ausschuß von Städten und Landschaft sendet eine Abordnung an den Adel, um mit ihm zu beraten.

8. t. l. VII.

9. t. a. I 278, 319.

10. Abschied abschriftlich t. a. I 812.

Entwicklung einer landständischen Kasse, namentlich die sogenannten Rechnungstage wurden stets vom Ausschuß abgehalten.

Beschlossen wurde der Landtag durch den Abschied. Eine offizielle Redaktion desselben mit Datumzeile und „beigetrucktem Kanzleisekret“ ist nachweisbar solange ausführlichere Nachrichten vorhanden sind, also seit 1542. Die in der Kanzlei verfaßten und ingrossierten Abschiede wurden den Ständen besiegelt übergeben. Von den Städten bekamen Koblenz und Trier je ein Exemplar, die übrigen ließen sich davon Abschriften herstellen<sup>11</sup>.

Seit dem Jahre 1576 wird es außerdem üblich, daß für Geistlichkeit und Städte mehrere Vertreter den Abschied unterzeichnen<sup>11</sup>.

Erfolglose Landtage sind in Trier so wenig wie anderswo eine Seltenheit, 1556 mußten Städte und Landschaft dreimal zusammentreten, ehe sich der Erzbischof mit ihnen einigen konnte.

Innerhalb ihres eigenen Standes schlossen sich die Kurien nicht ängstlich gegen jeden Unberufenen ab. Bei der Ritterschaft ist die Teilnahme von bloßen Lehenleuten so häufig erwähnt, daß wir an der Tatsache nicht gut zweifeln können (womit nicht gesagt sein soll, daß diese auch offiziell berufen waren). Ferner bezeugt ein Geistlicher, er sei auf zwei Landtagen gewesen „dan ob er wohl nit darzu deputiert gewest, so hab er doch darzu getreten umb zu sehen und zu hören, wie andere mehr.“ Aehnlich äußert sich ein Schöffe zu Mülheim (Ehrenbreitstein): er sei 1566 wegen des Kirchspiels Arenberg? zu Trier gewesen als ein unschuldiger Deputierter, wo die Städte samt dem Landmann erschienen<sup>12</sup>. Andererseits bestrafen Städte und Geistlichkeit das Ausbleiben der ordentlichen Gesandten, wenn wir dem einzigen Zeugnis dafür Glauben schenken dürfen<sup>13</sup>.

---

11. cf. t. a. I 830, Abschied zu Koblenz.

12. t. a. I 607.

13. t. a. I 274. Eucharins Rosoris, Dekan von St. Paulin, der

Die Kosten, die eine Reise zum Landtag mit sich brachte, mußten Geistlichkeit und Landschaft aus ihrem eigenen „säcklin“ bestreiten, der Adel pflegte samt seinen Dienern bei Hofe zu essen, auch erhielt er von dort Futter für seine Pferde<sup>14</sup>. Wenn es einen guten Abschied gegeben hatte, wurden auch wohl Geistlichkeit und Landschaft einmal zu Tisch geladen.

Zeit und Zahl der Landtage richten sich ganz nach dem Bedürfnis. Einmal ist erst in zehn Jahren wieder ein Landtag berufen worden (66—76) dann wieder mehrere in einem Jahr, ohne die Neuberufungen, die durch das „Hintersichbringen“ der Gesandten nötig wurden.

Als Ort wählt man mit Vorliebe eine von allen Seiten bequem zu erreichende Stadt, Cochem und Zell in den meisten Fällen, einmal auch Wittlich und Mayen, außerdem sind nur noch die beiden Hauptstädte, Koblenz und Trier berücksichtigt.

Was die Dauer angeht, so zeigen die Landtage eine zunehmende Neigung, sich in die Länge zu ziehen. Anfangs in 2—3 Tagen erledigt, dauern sie in den 60er Jahren schon 6, der Landtag von 1576 bereits 11 Tage. Die Versammlung der Stände erfolgt allemal nur auf landesherrliche Berufung hin. Ob die Stände jemals von dem in der Einung und dem Privileg von 1501 festgelegtem Recht regelmäßiger, selbst-

---

seit 1550 Landtage besucht hat, sagt aus: „Die Geistlichen und Landschaft haben unter sich die Namen der Beschriebenen verlesen und die Ausbleibenden kontumaziert. Vom Adel weiß er nit“. R. ist in allen übrigen Aussagen gut und zutreffend orientiert.

14. Ueber eine Beschränkung der Unterhaltspflicht auf den zu Hof geladenen Adel durch die bairischen Stände Ende des XIII. Jahrhunderts cf. Unger, *Gesch. der deutschen Landstände*, Hannover 1844 p. 206, über Köln: Walter, *Das alte Erzstift und die Reichsstadt Köln* 1866 p. 64. Die Bewirtung des Adels verursachte immer einen erheblichen Kostenaufwand; cf. Wolf p. 17.

ständiger Versammlungen Gebrauch gemacht haben, läßt sich nicht mehr feststellen. Dies scheint allerdings 1515 vorzuliegen. Eine Notiz aus diesem Jahre berichtet, der Erzbischof habe, wiewohl es höchst nötig gewesen wäre, einen Landtag zu berufen, zur Vermeidung der Unkosten dies unterlassen „diwil aber die stenden in andern sachen alhie versamblet weren, wülte s. gn. in nit verhalten siner gn. anligens.

## 2. Die Landtagsverhandlungen.

Die Verhandlungen des Trierischen Landtags im 16. Jahrhundert sind durchweg äußerst dürr und unfruchtbar. Ihr eigentlicher Gegenstand bleiben nur die Steuerbewilligungen und das trostlose Gezänk mit der Ritterschaft. Von den weltbewegenden Ereignissen jener Tage findet sich in ihnen kaum eine Spur. Wenn nicht der Kurfürst gelegentlich einen Reichstagsbeschluß mitteilen ließe, der das Laster der Ketzerei verbietet oder seine Reise zu dem neu ausgeschriebenen Tridentiner Konzil verkündete und Statthalter und Räte für die Zeit seiner Abwesenheit einsetzte, würde man aus den Landtagsakten kaum ahnen können, das damals das Zeitalter der Reformation war, während z. B. die Kölner Stände eifrig an den reformatorischen Bestrebungen ihres Erzbischofs Hermann v. Wied teilnehmen. Die religiösen Bewegungen in den Städten, namentlich in Trier unter Olevian, die sie allemal mit dem Streben nach Reichsunmittelbarkeit vereinten, finden sich in den Verhandlungen nur in der bezeichnenden Form angedeutet, daß die Stände sich gelegentlich beklagen: daß etliche Glieder und Untertanen des Erzstiftes sich von den Ständen vermeintlich absondern und mit ihnen nit steuern noch kontribuieren wollen.

Die glückliche und erfolgreiche Initiative, die wir in den beiden Landeinungen und dem Privileg von 1501 be-



obachten konnten, vermissen wir jetzt vollständig. Es ist, als ob in dem Streit mit der Ritterschaft sich alle Kraft der Stände verzehrte; sie zeigen keine Neigung mehr, sich um Gesetzgebung und Verwaltung des Territoriums zu bekümmern. Wo einmal Verhandlungen über ein Landesgesetz auftauchen, geht die Anregung vom Landesherren aus und die Stände begnügen sich damit, ihm alles weitere vertrauensvoll zu überlassen.

So hatte der Eb. 1564 einen eigenen Tag angesetzt (13. August), damit sie „ihre guet und ratsame bedenken über die begriffene lands und -Polizeiordnung“ äußerten. Sie wußten nichts besseres zu tun, als die Frage auf den nächsten Landtag zu verschieben, um sie dort nach Gelegenheit ihrer churf. Gn. zu beantworten. Der nächste Landtag (1566) kommt gar nicht mehr darauf zurück, das Ausschreiben zum Landtag von 1576 bringt dann neben neuen Steuerforderungen auch die Polizeiordnung wieder an den Tag, die erhaltenen Landtagsakten schweigen sich aber über diesen letzten Punkt völlig aus.

1551 nimmt der Kurfürst die Gelegenheit des Landtages wahr, um darauf die kaiserliche Münz- und Polizeiordnung mitzuteilen<sup>15</sup>. Tätigen Anteil, eigene Anregung suchen wir bei den Ständen vergebens, sie begnügen sich damit, dem Kurfürsten ihre Beschwerden vorzubringen, der dann nicht versäumt ihnen in huldvollen Worten Berücksichtigung derselben zu versprechen.

Einmal (1576) taucht eine Beschwerde des Landtages auf über die Verpfändung von zahlreichen Aemtern und Schlössern. Stadt und Amt Limburg, Molsberg, Camberg und Roßbach, Amt Bliescastel, Kempenich, Löwenberg, Kaisersesch, Schmidtberg, Nieder-Lahnstein, Wellmich „und anderorts mehr“ werden genannt. Dadurch

---

<sup>15</sup>. cf. Neue u. vollständige Sammlung der Reichsabschiede 1747 II p. 616, 629.

geschehe gemeiner Landschaft keine geringe Schmälerung. Auch würden jene in Religionsachen zum Teil verwiesen, auch sonst von den Pfandherren hart und unmild gehalten, so daß gemeine Landstände mit ihnen ein billiges Mit-leiden trügen<sup>16</sup>.

Mehrfach beschwerten sich diese auch über die gartenden Knechte, jene leidliche Plage kriegserfüllter Zeiten, in denen Söldnerheere verwandt werden. Der Kf. verspricht, unverzüglich entsprechende Verordnungen an seine Amtleute zu erlassen, um diesem Unrat nach Möglichkeit zu steuern<sup>17</sup>.

Auch in rein wirtschaftlichen Fragen läßt sich nur einmal eine besondere Tätigkeit der Stände nachweisen, bei einer am 30. April 1551 erlassenen Verordnung über den Verkauf der Wolle und die Einführung von gemeinsamen Maß und Gewicht dabei<sup>18</sup>. Die Verordnung ist ganz in dem Geist gehalten, in dem auch sonst in diesem und dem folgenden Jahrhundert wirtschaftliche Fragen von den Ständen behandelt werden. Der Fortschritt von der Stadt zur Territorialwirtschaft, der Zusammenschluß des Territoriums zu einem einzigen Wirtschaftsgebiet, der strenge Abschluß gegen Nachbarterritorien zur Wahrung der eigenen Interessen kommen in ihr zum Ausdruck. Die staatliche Erschwerung der Wollausfuhr führt Schmoller als das am allgemeinsten zu beobachtende Symptom jener wirtschafts-politischen Wandlung an<sup>19</sup>.

Um das wollene Gewand, das durch die Wollausfuhr übermäßig teuer geworden sei, wieder zu seinem vorigen

---

16. t. a. I 830, Abschied vom 16. febr. 76.

17. cf. Die Verordnung vom 10. mai 1587, Scotti I nr. 137.

18. Scotti I nr. 85.

19. Schmoller, Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte 1898 I, das Merkantil-system etc. p. 23, Ueber territoriale Teuerungspolitik v. Below, die städtische Verwaltung im Mittelalter etc. Hist. Zeitschrift 75.

Kauf zu bringen, ging der Kurfürst daran, eine Wollordnung für das ganze Land zu erlassen. Am 8. August 1550 traten zum zweiten Mal auf Ausschreiben des Statthalters Heinr. v. Isenburg die Gesandten der Landschaft sowie die Zunftvorsteher und Meister der Wollenweberzünfte zusammen, über einen billigen Kauf der Wolle, gleiche Elle und Gewicht, 'mit anderen zugehörigen Umständen zu beraten<sup>20</sup>.

Es handelte sich um das schwierige Problem, den fremden Wollkäufer nach Möglichkeit vom heimischen Wollmarkte auszuschließen und doch auch dem Schafzüchter einen angemessenen Preis für seine Erzeugnisse zu sichern. Erschwert wurde diese Frage noch dadurch, daß der arme gemeine Mann auf dem Lande nicht auskam, ohne von Jahr zu Jahr von den Kaufleuten sich auf die Wolle vorstrecken und borgen zu lassen, eine Erscheinung, die im 16. Jahrhundert allgemein zu beobachten ist<sup>21</sup>.

Die Ordnung löste ihre Aufgabe nicht ungeschickt, namentlich wurde der Vorkauf, den man nun einmal als ein unvermeidliches Uebel ansah, in einer Weise geregelt, die seine schlimmsten Auswüchse in etwa beschneiden mußte.

Sie gebot, daß an jedem Orte, da die Wolle wüchse, der Amtmann mit Rat seiner Amtsverwandten, die er dazu schicklich erachte, alljährlich einen billigen Normalpreis für die Wolle festsetze, für welchen den Webern die Wolle abgelassen werden müsse in der Zeit vom 1. Mai bis

---

20. cf. des Temporale Eb. Johannis v. Isenberg St. A. A. I 1, 32 n. 232 — 234.

21. cf. v. Bezold, *Gesch. d. deutsch. Reformation* p. 452. — Ueber die zunehmende Verschuldung des Bauernstandes in den Moselgegenden seit Ausgang des Mittelalters, *Lamprechts Wirtschaftsleben* I, 1, 624. — Hanstein, *Wirtschaftliche Lage und soziale Bewegung im Kf. Trier während des Jahres 1525*. Dissertation 1907. — Gothein, *Die Lage des Bauernstandes am Ende des Mittelalters, vornehmlich in Südwestdeutschland*. *Westdeutsche Ztsch.* 4.

Johannistag (24. juni). Was dann noch übrig ist, mag verkauft werden wohin es will.

Weil nun aber der arme Mann auf dem Land ohne Borg und Verkauf nicht auskommen könne, sollten die Weber die Orte im Land, wo die Wolle wächst, unter sich austheilen. Nach dem Entwurf sollten die Städte Coblenz, Boppard, Montabaur die Wolle in den zugehörigen Pflügen, ferner in dem Lande zwischen Maien, der Nette und Mosel und im Galgenscheider Gericht (bei Boppard) zu sich nehmen, die Städte Trier und Wesel sowie die übrigen Wollenweber den Rest. Die eigentliche Ordnung überläßt die Austeilung den Webern. In diesen Bezirken nun haben die Weber eigene Faktoren und Besteller zu ernennen, also Makler, an die sich der darlehnsbedürftige Bauer zu wenden hat<sup>22</sup>. Der Vorkauf an fremde, der bisher überwiegend oder allein üblich war, wird gänzlich verboten.

Weiter beschäftigt sich die Ordnung mit einer Regelung der Maß- und Gewichtsverhältnisse. Für Stoffe soll fortan im ganzen Stift nur noch die stadttrierische Elle, jedoch ohne das übliche Vorschlagen des Daumens, benutzt werden.

Ebenso wird für die Wolle als einheitliches Gewicht das stadttriersche Silberpfund eingeführt.

Geschworene Wieger werden in allen Städten des Landes angestellt, bei denen die Wolle gewogen werden muß. Wo die Dörfer allzuweit abliegen, sollen auch in ihnen nach Gutdünken der Obrigkeit Gewichte an Schultheiß, Vogt oder Meier ausgeteilt und die Wolle daselbst gegen gebührliche Belohnung gewogen worden.

Von dieser einen Wollordnung abgesehen kehrt in den Landtagsverhandlungen nur noch die Judenfrage, diese aller-

---

22. Nach dem Brief vom 16. aug. 1550, im Temporale Eb. Johannes nr. 233 scheinen Weberzünfte nur in Trier, Koblenz, Boppard, Oberwesel, Montabaur u. Limburg bestanden zu haben.

dings mit zäher Hartnäckigkeit durch Jahrhunderte hindurch immer wieder.

Seit den großen Verfolgungen im 16. Jahrhundert und ihrer völligen Austreibung im Jahre 1419 haben die Juden keine wirtschaftliche Bedeutung mehr im Erzstift erlangt<sup>23</sup>. Geblieben war seit jener Zeit der tiefeingewurzelte Judenhaß. Es gelang auf die Dauer nicht, sie fern zu halten, der Judenzins, den sie dem Landesherren zahlten, lockte diesen stets von neuem, sie trotz der lebhaften Opposition der Bevölkerung in Schutz zu nehmen. So setzte Richard Greifenclaw gegen die Beschwerde von Rat und Bürgermeister, die er dann durch einen Anteil am Judenzins zu beschwichtigen wußte, fünf Judenfamilien (Hausgesesse) in Koblenz an und gab ihnen eine Ordnung<sup>24</sup>. Besondere Privilegien, namentlich Zollfreiheit zu Koblenz, trugen natürlich nicht dazu bei, diese Maßnahme populär zu machen. Die allgemeine Volksstimmung und das Geldinteresse des Landesherren standen sich in diesem Punkte von jeher schroff gegenüber.

Die Stände beklagen sich 1556, die Menge der Juden habe s. ch. gn. Untertanen Schaden und Verderben gebracht, und dieser verspricht, sie nach einer gewissen Zeit, die ihnen zur Eintreibung ihrer ausstehenden Schulden dienen soll, aus dem Erzstift zu treiben<sup>25</sup>. Es ist aber nicht dazu gekommen und 1564 verpflichtet er sich „auf fleißige und

---

23. Ueber die Juden im Mittelalter, Lamprechts Wirtschaftsleben I 2 p. 1449—58. Dasselbst zahlreiche Nachweise. — Ueber den allgemeinen Judenhaß in den rheinischen Gebieten zur Zeit des Bauernkrieges v. Bezold, Reformationsgesch. p. 489.

24. Scotti I nr. 52.

25. cf. Den Abschied im t. a. I 859ff. Noch 1555 hatte der Eb. den Juden zugestanden, alle privatrechtlichen Streitigkeiten untereinander vor dem Rabbiner auszutragen, in demselben Jahre hat er aber auch von allen eine besondere Schatzung erhoben. Scotti I nr. 91, 92.

undertenige bitt der stenden“ von neuem, die Juden im Stift nach Ablauf von zwei Jahren auf 6—8 Häuser zu ringern und ihnen gewisse Maß und Ordnung zu geben<sup>26</sup>. 1566 beschäftigt die Sache wieder den Landtag. Der Eb. gesteht seinen Unntertanen zu, daß sie ein Jahr lang keinem Juden Wucher, will wohl sagen Zinsen, zu geben schuldig seien. Ueber zwei Jahre will er dann ihre Wohnungen bis auf vier oder fünf Häuser aufkündigen<sup>27</sup>. Die nächsten Abschiede vermelden nun nichts mehr hierzu, doch wird die Räumung innerhalb vierer Monate erst durch Erlaß vom 2. August 1580 befohlen<sup>28</sup>. Am 10. Juni 1583 wird die Aufkündigungsfrist, welche auf Antrag der Landstände auf bevorstehendem Johannistag erfolgt sei, bis zum Georgstag 1584 verlängert. 1589 wird auf die landständische Beschwerde hin, daß sich trotz der früheren landesherrlichen Befehle hin Juden an mehreren Orten niedergelassen hätten, ihnen nochmals eine dreimonatliche Frist gesetzt und 1592 werden etliche Juden, die trotz der Proskription sitzen geblieben sind, außer Gesetzes erklärt und mit Hab und Gut der Plünderung anheimgegeben<sup>29</sup>. Das zähe Geschlecht hat sich dadurch nicht ausrotten lassen, 1618 erläßt Eb. Lothar wieder, um den fortwährenden Beschwerden und Klagen der Landstände zu begegnen, eine neue Judenordnung<sup>30</sup>.

---

26. Abschied t. a. I 812.

27. t. a. I 246.

28. Scotti I nr. 124.

29. Scotti I nr. 128, 143.

30. Das. nr. 180.

---

#### IV. Die ständischen Steuern.

Außerordentliche Beiträge der weltlichen Untertanen des Erzbischofs sind schon in der zweiten Hälfte des XIII. Jahrhunderts chronistisch bezeugt<sup>1</sup>. Doch bleiben jene Nachrichten durchaus vereinzelt<sup>2</sup>. Wir haben verfolgen können, wie neben den alten Subsidien der Geistlichkeit am Ende des XV. Jahrhunderts auch eine Besteuerung der weltlichen Stände einsetzt, für die vom Jahre 1542 ab die Landtagsabschiede eine ziemlich gleichmäßig fließende Quelle liefern.

Die landständischen Steuern waren außerordentliche und bedurften als solche stets der Bewilligung der Stände. Ein hülflich und stattlich schank werden sie genannt. Der Landesherr erkannte an sich die Verpflichtung an, mit seinen ordentlichen Einnahmen, der Beede, den Zöllen, den Einkünften aus dem Kammergut, usw. seine und des Landes Bedürfnisse zu befriedigen, er betont gelegentlich in der Proposition, daß sein Kammergut so erschöpft sei, daß er es nicht weiter belasten könne<sup>3</sup>. Einen wesentlichen Fortschritt gegen den mittelalterlichen Schatz bedeutet es,

---

1. cf. M. G. SS. XXIV, 409. *ecclesie quoque et civitates... voluntarium subsidium sibi impenderunt* unter Eb. Arnold 1245—59. — Ueber seinen Nachfolger Heinrich (1260—86): *quasdam exactiones fecit fieri per omnes villas sibi subjugatas*, Wyttenbach II p. 107.

2. cf. Weiß, Die ordentlichen direkten Staatssteuern von Kurtrier im Mittelalter. Dissertation Münster 1893 p. 30.

3. cf. Die Proposition zum Landtag am 29. nov. 1548. Honth. II, 735, ldst. Vrf., III. Kap. II p. 70ff.

daß nicht mehr das private Interesse des Landesherren allein maßgebend ist bei der Verwendung der erhobenen Steuer, sondern daß beide Teile diese nur fordern und bewilligen zu Nutz und Wohl des Landes, auch schon mit modernerem Ausdruck des „Vaterlandes“<sup>4</sup>.

Die Hauptlast im XVI. Jahrhundert bildeten indes nicht die Land-, sondern die Reichssteuern.

### 1. Matrikularumlage und gemeiner Pfennig<sup>5</sup>.

Seit man während der Hussitenkriege dem Gedanken einer Reichsteuer näher getreten war, schwankte man zwischen zwei Formen, einer direkten Reichsteuer, dem gemeinen Pfennig und der auf die reichsunmittelbaren Gewalten verteilten Matrikularumlage<sup>6</sup>.

Erst infolge der Reichsreformbestrebungen am Ende des XVI. Jahrhunderts ging man auch daran, mit dem gemeinen Pfennig Ernst zu machen, der wormser Reichstag von 1495 schrieb auf alle Untertanen des Reichs, unmittelbar oder nicht, eine Steuer aus, die wie eine Kopfsteuer wirkte, mit geringen Ansätzen zu einer Kapital- und Rentensteuer<sup>7</sup>. Der Erfolg erwies sich als äußerst gering. Bereits auf dem Reichstag zu Coblenz 1492 klagte der reformfreundliche Erzbischof von Mainz: hat man einen Anschlag gemacht, so tut der eine hülff, der andere gar nicht und

---

4. cf. das. III p. 80.

5. cf. Grünhuts Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart 1875 Bd. II p. 166, Schulz, Das Finanzrecht der Reichs- u. Landtage.

6. Der erste gemeine Pfennig wird zugleich mit einer Matrikel, auf dem Nürnberger Reichstag von 1422 zur Verhandlung gebracht, man hielt aber an den Kontingenten fest. 1427 bewilligte man in Frankfurt auch einen gemeinen Pf.

7. Neue Sammlung II p. 15 ff. Schroeder R. G.<sup>4</sup> 838.



wird ihnen nachgesehen, von dritten nimmt man das halbe Geld, so kommt einer heut, der andre morgen, oder über ein halb Jahr<sup>8</sup>. Mit dem gemeinen Pfennig ging es noch viel schlimmer. 1497 wird die Erlegung, die ursprünglich vier Jahre lang hintereinander stattfinden sollte, nochmals beschlossen, weil mittlerweile nichts einkommen ist<sup>9</sup>, 1498 ist das „merer teil“ immer noch nicht erlegt. 1500 kommt es zu einem neuen, ebenso interessanten wie erfolglosen Steuerentwurf auf sechs Jahre, 1505 mochte der Reichstag endlich die Undurchführbarkeit seiner Pläne einsehen, er erläßt den Ständen den gemeinen Pfennig und den Anschlag von 1500<sup>10</sup>.

1512 kam man auf den gemeinen Pfennig von 1495 wieder zurück, der aber jetzt in ungleich stärkerem Maße den Charakter einer Vermögenssteuer trägt. 1495 sollte jeder Mensch über 15 Jahre, der unter 50 gd. Vermögen hat  $\frac{1}{24}$  gd. steuern, 500—1000 gd. waren auf  $\frac{1}{2}$  gd., 1000 gd. Vermögen auf 1 gd. veranlagt, wer mehr hatte, sollte soviel geben, als seine „Andacht“ sei.

Renten wurden zu 5 pCt. kapitalisiert.

1512 war hingegen eine fortschreitende Quote von 50 bis 20 000 gd. Vermögen angesetzt, der eine Steuer von 1 Kreuzer bis 3 Gulden entsprach, jedoch sollte das Kammergut der Stände und der Adel diesmal steuerfrei sein<sup>11</sup>.

1518 wurde wieder ein reines Kopfgeld ausgeschrieben<sup>12</sup>.

Endlich lebte der gemeine Pfennig nochmals in den Jahren 1542 und 1544 auf, als eine reine Vermögenssteuer. Er sollte gleichmäßig von allen Einnahmen des Reiches, auch

---

8. Lager, Johann II p. 78.

9. Neue Sammlung (N. S.) p. 30.

10. N. S. II p. 42, 60, 67, 103.

11. N. S. II 138.

12. N. S. II 170.

den Unmittelbaren, dem Adel, den Domkapiteln erlegt werden und zwar als der zehnte Pfennig vom Gesamteinkommen. Sämtliche bewegliche und unbewegliche Habe mit Ausnahme von Hausrat, Harnisch, Munition usw., auch Renten und sonstige Einkünfte sollten dabei kapitalisiert und eine fünfprozentige Rente dieses Kapitals als steuerbares Einkommen gerechnet werden. Jeder hatte sich selbst einzuschätzen und das Geld in die geordnete Kiste zu werfen. Die Pfarrer sollten von den Kanzeln zur Ehrlichkeit mahnen. Juristische Personen, wie Städte und Zünfte, wurden gleichfalls in die Steuer einbezogen. Die doppelte Veranschlagung der Juden, die zu dem noch ein Kopfgeld von einem Gulden zahlen mußten, kann in dieser Zeit nicht weiter überraschen<sup>13</sup>.

Der Reichstag von 1544 beschloß, zum zweiten Mal einen gemeinen Pfennig wie 42 als Offensivhilfe und außerdem eine Defensivhilfe als Matrikularumlage zu erheben<sup>14</sup>. Der gemeine Pfennig soll an den Orten und Enden, da er eingebracht ist, von den Ständen zu einem zukünftigen Vorrat beieinander gehalten werden<sup>15</sup> (Reichstagsbeschluß von 1545). 1548 zu Augsburg, auf dem Höhepunkte seiner Macht, forderte der Kaiser auch den gemeinen Pfennig von 1544 ein, wo er nicht eingezogen oder andershin verwendet sei, solle er von neuem erhoben werden<sup>16</sup>. Fortan verschwindet er vollständig von der Bildfläche.

Der gemeine Pfennig sollte als eine direkte Reichssteuer jedes einzelne Glied des Reichs treffen, der Fürst und Prälat mußte seine Güter so gut anschlagen wie der Bürger und Bauer. Es war namentlich von Bedeutung, daß so auch der niedere Adel zur Steuer herangezogen wurde,

---

13. N. S. II 453 ff.

14. N. S. II 500 ff.

15. N. S. II 520.

16. N. S. II 544.

der, in jedem Territorium ohne entsprechende Gegenleistungen bevorrechtet, in manchen gar nichts beitrug zu den staatlichen Lasten, teilweise auch, wie im Elsaß, gar keine andere staatliche Hoheit über sich kannte als eben das Reich. In der Tat hat auch der gemeine Pfennig von 1542 und 1544 die unmittelbare Folge gehabt, daß in Schwaben, in Franken und am Rhein sich eine Reichsritterschaft konstituierte, die, zwar unter noch jämmerlicheren Umständen als die Reichsfürsten, doch auch späterhin dauernd dem Kaiser steuerte. Darüber unten mehr.

Aber der gemeine Pfening an sich, dessen Durchführung von unabsehbaren Folgen für die Entwicklung des Reichs hätte werden können, scheiterte nicht minder wie die Pläne einer Reichszollgrenze oder einer allgemeinen Aushebung an dem deutschen Partikularismus und dem Mangel jeglicher Exekutive. Die Regierungsgewalt lag schon längst nicht mehr in denn Händen des Kaisers, sondern der Territorialherren, und da die Türkennot nun Reichssteuern einmal unabwendbar machte, stützten sich diese — seit 1551 endgültig — in der Form der Matrikularumlage auf die Subkollektur der vielen staatlichen Gebilde des Reichs. Sie basierte seit 1521 auf der wormser Matrikel, die für den geplanten Romzug Karls V. aufgestellt war. In den meisten Fällen wurde aber nicht direkte Gestellung von Mannschaften, sondern eine entsprechende Geldsumme bewilligt, indem ein jeder Fußknecht auf 4, jeder Reiter auf 10, später 12 gd. veranschlagt wurde. Ein ganzer Römerzug betrug sechs Monate. Chur-Trier war auf 60 zu Roß und 277 zu Fuß veranschlagt. 1545 wurde es um 20 zu Roß und 73 zu Fuß, 1582 durch kaiserliches Dekret wegen der Loslösung der Ritterschaft vom Territorium nochmals um  $\frac{1}{3}$  auf  $26\frac{2}{3}$  zu Roß und  $122\frac{2}{3}$  zu Fuß moderiert, bis der Prozeß entschieden sei<sup>17</sup>.

---

17. cf. R. R. VIII 5, Moser, Staatsrecht, p. 62 § 10.

Für die Matrikularbeiträge war der Landesherr allein haftbar und an sich verpflichtet, sie aus seinen Einkünften zu leisten. Noch 1530 heißt es im Reichstagsabschiede: und dieweil diese eilende hülff gegen den Türken etwas dapfer und groß, und ein gemein christlich gut werk est, welches männiglichem zu schutz und trost kommt, soll und mag ein jeder churfürst, fürst und stand seine untertanen um hülff und steuer ersuchen<sup>18</sup>. 1543 geht der Reichstag schon weiter: weil es den Ständen unmöglich und beschwerlich sein möchte, solche hülfe rein ihren eigenen Kammergütern zu leisten, soll eine jede Oberkeit alle ihre Untertanen, die sie herkömmlich besteuert, mit einem gemeinen Pfennig oder durch eine sonstige Steuer nach Belieben belegen, gleichfalls sollen die Domkapitel und ihre Untertanen, ungeachtet aller Privilegien und Verträge, ihrem Bischof Beihilfe leisten, doch auch die Oberkeiten sich selbst, gleichermaßen wie die Untertanen, angreifen<sup>19</sup>. Durchgreifend in dieser Richtung ging der Reichstag von 1548 weiter vor. Zu dem in Augsburg in diesem Jahre bewilligten Romzug (Matrikularumlage) sollte jede Obrigkeit Macht habe, ihre Untertanen, geistliche und weltliche, sie seien exempt oder nicht exempt, gefreiet oder nicht gefreiet, mit der Reichssteuer zu belegen<sup>20</sup>. Man suchte also damit das Hauptprinzip des gemeinen Pfennigs, daß er eben eine Steuer war, die jeden Reichsangehörigen traf, in der Weise zu retten, daß man nur die direkte Besteuerung dabei fallen ließ und an ihre Stelle eine Subkollektur der Landesherrn setzte. Es war nur die Frage, wieweit die privilegierten Klassen in den Territorien bereit waren, diesem Kompromiß ihre ständischen Vorrechte zu opfern und da zeigte es sich, daß diese überall an dem Rechte

---

18. Neue Sammlung II 324 § 118.

19. Dasselbst p. 486 ff. § 19, 24.

20. Neue Sammlung II 544 § 95.

festhielten, auch die Reichssteuern nicht ohne eigene Bewilligung zu übernehmen.

Wie der gemeine Pfennig die Bildung der drei Ritterkreise einleitete, so wurde er auch in Kur-Trier der Ausgangspunkt für die Loslösung der Ritterschaft von der landständischen Verfassung und von dem Territorium überhaupt. Die lebhafte Wechselwirkung zwischen Reichs- und Territorialgeschichte machte es notwendig, auch die Entwicklung der Reichssteuern etwas eingehender zu erörtern.

## 2. Die Trierischen Landstände und der gemeine Pfennig.

Auch wenn alle 1495 in Worms versammelten Reichstände die Absicht gehabt hätten, den gemeinen Pfennig ernstlich durchzuführen, war es doch sehr fraglich, ob es ihnen gelungen wäre, den Widerstand ihrer Landstände zu brechen<sup>21</sup>. Ganz abgesehen von allen berechtigten Bedenken, welche diese gegen den gemeinen Pfennig hegen mußten, lag den Territorien mit ihrer Kirchturmspolitik auch jeder Gedanke an die Stärkung der Reichsgewalt fern, im Gegenteil, die trierschen Stände spielten diese Befürchtung geschickt gegen ihren Kurfürsten aus, als er mit jenem Reichstagsbeschluß an sie herantrat. Sie stellten ihre Einwendungen in einer, durch ihr Alter für unser Territorium bemerkenswerten undatierten Denkschrift zusammen, betitelt „etliche bedenken der trierschen städe (-Stände) warum die gefordert schatzung nit zu willigen noch zu legen“<sup>22</sup>.

---

21. Daß bereits 1427 die Geistlichen wider die Hussiten gesteuert haben, ist im Buch der Anschläge bezeugt, wahrscheinlich ist also der damals zum ersten Mal in Frankfurt bewilligte gem. Pf. wirklich erhoben worden.

22. St. A. t. l. acta miscellanea.

Wenn die königliche Majestät nach der Lombardei gezogen sei, so führt die Denkschrift aus, ginge das die deutsche Nation nichts an, die Lombarden hätten auch kein Geld noch Leute geschickt, wenn die deutsche Nation Not gehabt hätte, wohl hätten die Leute wider sie geschickt. Das Erzstift hätte schon genug Beschweris gehabt mit königl. und kaiserl. Majestät Reisen und Zügen, der es noch nicht entledigt sei. (Wohl mit Bezug auf die Neußer Fehde und die Zusammenkunft mit Karl dem Kühnen in Trier.) Wenn der gemeine Pfennig jetzt der kaiserlichen und königlichen Majestät zugelassen werde, wolle sie ihn hernachmals auch haben, und wenn das geschehe, hätte ein Erzbischof nicht mehr zu leben, die Untertanen würden alsdann der kaiserl. und königl. Majestät untertan und gäben dem Erzbischof keine ordentlichen Gefälle, Renten und Zinsen mehr.

Wenn die Stände weiter ausführen sie hätten keine Gewißheit, daß der gemeine Pfennig an allen Enden deutscher Nation wirklich gehoben würde, ferner, etliche möchten ihn nur zu eigenem Nutzen einnehmen, so sollte ihnen die Folge, namentlich auch die Ereignisse im Jahre 1548 darin nur zu recht geben.

Die unvermeidliche „alte löbliche Freiheit“ des Stifts wird natürlich auch gegen die neue Reichssteuer ins Gefecht geführt. Die Denkschrift schließt mit einem Bekenntnis für die Matrikel: so vom heiligen riche ein gemeiner zoecke wider die ungleubigen wurde vorgenommen oder zv entheltis der duitscher nation, und uwer gnaden wurde ufgesetzt als aime loblichen Kurfursten zo reißen mit anderen, si uwer gn. staede gutwillig, uwer gnaden zo dienen mit libe und gude in maessen wie die vuraltern uwer gnaden vurfaren vormails in glichen ye und ye getain hain.“ Dabei ist es denn geblieben. Auch in dem Privileg von 1501 verpflichten die Stände den Kurfürsten ausdrücklich, er solle beim Kaiser vorstellig werden, daß er die jetzt im Stift

aufgerichtete Schätzung abstelle. Der gemeine Pfennig von 1512 ist nach dem Buch der Anschläge in Trier erhoben worden. Er verdient insofern seinen Namen nicht ganz, als Fürsten und Herren davon befreit waren, der Adel sollte nur seine Untertanen besteuern. Die Anlage von 1518 hat wegen dem Tode des Kaisers „keinen Fortgang genommen“ (B. d. A.).

1542 ist dann der gemeine Pfennig wirklich in der Weise durchgeführt worden, wie man ihn sich dachte. Grafen, Herren und Ritterschaft zeigten sich anscheinend ohne Widerstreben dazu bereit, obwohl sie „bis anho soliches und dergleichen Anlage freigestanden, dargegen sie aber im fall der Notdurft mit dem Leib zu dienen allzeit erbötig gewesen und noch seien“. Auch das Domkapitel, das sonst ebenfalls Steuerfreiheit beanspruchte, willigte diesmal ein. Der Kurfürst gab die Versicherung, „daß diese Anlage so diesmal auf alle Stände des Reichs geschlagen, den gefreiten Ständen keinen Eintrag bringen solle“. Diese ernennen auch wie die anderen Stände neben dem Kurfürsten ihre Obereinnehmer, die für ihr Geschäft vereidigt und zu gunsten des Reichs ihrer Eide und Pflichten gegen den Kurfürsten ledig gezählt werden<sup>23</sup>.

Es sollte der einzige gemeine Pfennig bleiben, der auch insofern seinen Zweck erfüllte, daß er wirklich abgeliefert wurde, wenn auch unter Schwierigkeiten. Die Obereinnehmer fuhren mit ihrer Truhe von Koblenz aus zu Schiff nach Mainz. Da aber die anderen drei rheinischen Kurfürsten ihre Gelder noch nicht abgeliefert hatten, kehrten sie wieder nach Koblenz zurück. Erst als jene gleichfalls bereit waren, fuhren sie zum zweiten Mal nach Mainz, wo man nun alle vier Truhen zusammenschüttete<sup>24</sup>.

---

23. Abschied zu Cochem 1542, t. I. V. Ordnung des gem. Pf. Scotti I nr. 87.

24. cf. t. a. I 773.

Auch 1544 willigte die Ritterschaft in die, als gemeiner Pfennig gedachte Offensionshilfe. Diese kam auch ein<sup>25</sup>, aber dann beschloß der Reichstag von 1545, daß sie von den Reichsständen an den Ecken und Enden, da sie eingebracht sei, in Vorrat gehalten werden soll<sup>26</sup>. 1548 beschloß dann der Reichstag, wer denn letztbewilligten gemeinen Pfennig noch nicht eingezogen oder ihn anders wohin verwendet habe, solle ihn von neuem von seinen Untertanen fordern<sup>27</sup>. 1551, als der Kaiser den Zug gegen Magdeburg plante, wurde dieser Beschluß erneuert und zwei Lieferungstermine, aug. 51 und 52 festgelegt<sup>28</sup>. Die Fürsten gerieten dadurch in nicht geringe Verlegenheit. Der Kurfürst von Trier hatte 1546, als der Graf von Beuren den Rhein hinaufzog, den vier Obereinnehmern die Schlüssel abverlangt und gegen eine schriftliche Rekognition (20. aug. 1546) die Truhe auf den Ehrenbreitstein in Verwahr genommen. Jetzt waren die Gelder auf einmal verschwunden<sup>29</sup>. Der Kurfürst forderte dem Reichstagsbeschluß gemäß den gemeinen Pfennig nochmals ein. Die Antwort der Stände ließ sich voraussehen: den gemeinen Pfennig hätten sie schon 44 erlegt, dieses Geld, so fügten sie harmlos hinzu, möchte nicht länger in Vorrat gehalten, sondern ausgeliefert werden<sup>30</sup> (23. mai 51, Zell). Auf einem neuen Landtag (10. juny 51) geben die Stände soweit nach, daß sie zahlen wollen, wenn alle, die den gemeinen Pfennig 1544 erlegt hätten, d. h. auch die Ritterschaft, mitsteuern würde. Diese willigt schließlich ein, dasselbe leisten zu wollen wie der Adel in Pfalz und Mainz<sup>31</sup>, der aber damals sich schon zum rheinischen

---

25. Abschied von 1544. R. R. Kanton Mittelrhein I.

26. Neue Sammlung p. 519 § 12.

27. Das. p. 545 § 103.

28. Das. p. 613 § 20, 21, 102.

29. t. a. I 773.

30. t. I. VII.

31. Jörg v. d. Leyen an Jörg v. Elz. R. R. II 8.



Ritterkreis zusammen geschlossen hatte. Anfang 52 teilte ihnen denn auch der Erzbischof in einem gedruckten Missive mit, er habe Nachrichten von Pfalz und Mainz erhalten, daß sie schon den ersten Termin von ihren Untertanen eingebracht.hätten, der Kaiser habe ihm schon zum zweiten Mal geschrieben, sie sollten also nicht länger säumen ihre Gebühr zu erlegen. Jeder Adlige bekommt in dem an ihn gerichteten Ausschreiben einen besonderen Tag angesetzt, an dem er abliefern soll<sup>32</sup>.

Wirklich eingekommen ist der gemeine Pfennig nicht mehr. Die Proposition zum Landtag zu Zell (30. Apr. 52) verlangt nochmals eine Unterredung der Stände hierüber, da das Geld aus etlichen Ursachen, den Ständen bewußt noch nicht erlegt sei. Mittlerweile trat dann die bekannte Wendung vor Magdeburg ein, und damit war das Schicksal des letzten gemeinen Pfennigs, der nicht allein den Trierer Erzbischof in so peinliche Verlegenheit gebracht hatte<sup>33</sup>, besiegelt.

### 3. Stände und Matrikularumlage.

Für die Matrikularbeiträge war der Landesherr allein haftbar. Die Stände stellten sich zu ihnen trotz der Reichsgesetzgebung wie zu jeder gewöhnlichen Landsteuer. 1548 sagt der Kurfürst, er hätte die Reichssteuer gern aus eigenen

---

32. Ausschreiben an Dietrich Moor v. Walde. t. a. I 817 jan. 52. Dies war auch 42 geübt worden. Ebenso erhielten die Städte, Juden Aemter, bestimmte Tage angesetzt, an denen sie den Obereinnehmern ihre Gebühr liefern sollten. Eine Liste t. a. I 767ff.

33. Daß auch Mainz u. Pfalz den 44 erlegten gemeinen Pfennig nicht mehr hatten, geht aus der obigen Nachricht hervor. Böse Auseinandersetzungen hatte der Kurfürst von Köln mit seinen Ständen. Hermann v. Wied hatte, allerdings in schwerster Geldnot, eigenmächtig über die Gelder verfügt, sein Nachfolger mußte die Vorwürfe der Stände über sich ergehen lassen. cf. Wolf p. 37 ff.

Mitteln erlegt, doch er könne die Kosten aus seinem Kammergut nicht erschwingen<sup>34</sup> Noch 1576 versichert der Pfalzgraf Ludwig seinen Untertanen, seine Schulden zwingen ihn, sie zu den Reichssteuern heranzuziehen, sonst würde er sie aus dem Kammergut bezahlt haben<sup>35</sup>.

In der ersten Zeit scheint auch der triersche Kurfürst seine Reichssteuern von seinem eigenen Gelde bestritten zu haben, die Dürftigkeit der Quellen läßt freilich keinen bündigen Schluß zu<sup>36</sup>.

Der erste Beitrag des Landes zur Matrikularumlage läßt sich erst 1522 nachweisen. Die Landschaft (Städte und Pflegen) bewilligte damals zum Romzug Karls V. (Wormser Matrikel 1521) eine Steuer von 14 000 gd., eine Summe, die den in Geld umgerechneten Römerzug gleich 10 248 gd. also noch ziemlich erheblich übersteigt. Der Romzug, der in Leuten, nicht in Geld geleistet werden sollte<sup>37</sup>, kam dann freilich nicht zustande, aber er wurde, in Geld umgerechnet, stückweise als Türkenhilfe bewilligt (1522, 24, 26, 29)<sup>38</sup>. Dann war er aufgebracht. Hiermit mag es zusammenhängen, daß erst bei der Türkenhilfe von 1532 (1530) der Erzbischof sich wieder an seine Stände wendet: Der Reichstag hatte eine eilende Türkenhilfe, erst 1530, dieselbe nochmals 1532 bewilligt, in Leuten nicht in

---

34. Hontheim II 735.

35. Gothein, Die Landstände der Kurpfalz. Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, 1888.

36. 1492, 16. october. (Reichstag zu Koblenz). Maximilian quittiert dem Eb. über 5600 gd, zu denen er 1489, ferner über 6500 gd, zu denen er 1491 veranschlagt worden war, über 2000 gd, die der Reichstag eben gegen Karl VIII. bewilligt hatte. Im Temporale Eb. Johanns nach Lager p. 79. — Hontheim II 583; 1508. Der Kaiser quittiert dem Eb. den Empfang von 7200 gd., zu denen er 1507 veranschlagt war. cf. Neue Sammlung II p. 104.

37. Buch der Anschläge, Neue Sammlung II p. 208, 216.

38. Das. p. 245 § 12 (259), 276 § 13, 282 § 9, 296 § 16.

Geld zu leisten. Auf Kur-Trier entfielen dabei acht Mann zu Roß und vierzig zu Fuß acht Monate lang zu unterhalten<sup>39</sup>. Der Anschlag der Stände hat ganz die Form des älteren gemeinen Pfennigs. Die Reichen sollen zwei Gulden, die in mittelmäßiger Nahrung sitzen 1, die anderen darauf  $\frac{1}{2}$  gd. zahlen, arme Leute 6 albus, Dienstknechte 3, Mägde 2, mindestens aber jeder der zum Sakrament geht 2 alb. Auch soll in der Weise des früheren gemeinen Pfennigs die Steuer nach Pfarreien von geistlich und weltlich, edel und unedel erhoben werden<sup>40</sup>. Abgesehen von dieser einen Abweichung hat sich die Matrikularumlage immer an das bestehende System der Landsteuern angeschlossen.

#### 4. Ritterschaft und Landsteuern. Das Beedeedikt.

Es war bisher nicht nötig, die reichsritterschaftliche Bewegung in Trier mehr als flüchtig zu streifen. Sie bekommt ihren Anstoß recht eigentlich von den ständischen Kämpfen um die Verteilung der Steuern, namentlich den Reichssteuern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

---

39. Das. p. 322 § 101, 354.

40. Buch der Anschläge. Daß der Adel damals tatsächlich mitgesteuert hat, geht aus den Heberegistern der Stadt Koblenz hervor, wo Dietrich v. Dietz als Edelbürgermeister und Junker Frank v. Cronenberg stehen; in dem Register von 1522 fehlen beide, obwohl sie bei der Erhebung selbst tätig sind. Die Register im Koblenzer Stadtarchiv (im St. A.) Akten XIX nr. 497. — Für Jülich-Berg ist gleichfalls für das Jahr 1532 ganz vereinzelt eine Kommunikantensteuer bezeugt, an der sich ebenso der Adel persönlich beteiligte, cf. Landständische Verfassung III 1 p. 78, 2 p. 1. Die schwäbische Ritterschaft willigte damals zum erstenmal in eine Türkenhilfe.

Eine persönliche Steuer der Ritterschaft hat es in Trier nicht gegeben. Auszuscheiden ist dabei der gemeine Pfennig von 1542 und 1544. Abgesehen davon läßt sich nur bei der eben besprochenen Reichssteuer von 1532 eine Besteuerung der Ritterschaft nachweisen. Eine solche hat sonst nur in dem Sinne bestanden, daß ihre Hintersassen zu Landsteuern herangezogen wurden. Dies ist zum ersten Mal bezeugt im Jahre 1501 und 1502. Vielleicht ist vorher die Landsteuer noch nicht auf adlige Untertanen ausgedehnt worden, denn es ist auffällig, daß bis dahin bei den Steuerverhandlungen immer bloß Geistlichkeit und Landschaft genannt sind<sup>41</sup>. Aber auch nach 1502 ist von einer Steuer der adligen Hintersassen nicht mehr die Rede. 1505 wird von Städten, Pflegen und Landschaft eine zweijährige Landsteuer, 1522 eine Reichssteuer von 14 0000 gd. in demselben Jahr von den Weltlichen in der Sickingenschen Fehde 1360 gd. 20 alb. gezahlt<sup>42</sup>, nirgends werden dabei die adligen Bauern genannt. Für ihre Steuerfreiheit bis zur Mitte des XVI. Jahrhunderts spricht ein Revers Erzbischof Johannis von Isenburg vom 13. Oktober 1548, dem Grafen Philipp v. Nassau-Saarbrücken ausgestellt<sup>43</sup>. Der Graf hat zugegeben, daß seine „untertanen (natürlich nicht im staatsrechtlichen Sinne) und leibsangehörigen, die bis anher unsern (des Erzbischofs) vorfarn seligen und stift kein steuer oder schatzung haben gegeben uns itzo gleich andern unsern untetanen die dreijerige hievor uf unserm zu Trier gehaltenen lanttage (1547) gewilligte steuer geben und bezalen sullen. Der Erzbischof verspricht, diese Steuer in keine Konsequenz und Nachfolge zu ziehen, sondern er wolle „hemelte seine (des Grafen) untetanen nach bezalung dieser itzigen steuer halten und

41. cf. p. 41.

42. Buch der Anschläge.

43. Hontheim II 714.

bleiben lassen, alles gestalt wie sie bei unsern vorfaren seligen sind gehalten worden“. Im selben Jahr schreibt Alexander v. Braubach an die reichsritterschaftlichen Einnnehmer, der Bischof von Trier habe von seinen Untertanen „Molbacher tals“ (Ehrenbreitstein) Landsteuer erhoben, eine unerhörte Neuuerung, aber er könne nun von ihnen nicht zum zweiten Mal Steuer verlangen<sup>44</sup>. Den gemeinen Pfennig von 1542 und 1544 übernahm auch der Adel, nicht so die als Matrikularumlage im letzteren Jahr erhobene Defensionshilfe. Auf die Beschwerden der beiden anderen Stände wandte er vor, gemeine Ritterschaft des Reichs sei dieser Steuer auf diesmal erlassen und er wollte nur dann mitsteuern, wenn die Kurfürsten von Mainz und Pfalz ihren Adel auch anschlügen. Schließlich verteilten dann auch die beiden anderen Stände die Anlage unter sich allein. 1547 forderte der Kurfürst eine dreijährige Landsteuer und hier wiederholte sich der Streit in verschärfter Form. Der zum 14. Februar nach Koblenz ausgeschriebene Landtag wurde vertagt und zum 25. Juli nach Trier berufen<sup>45</sup>. Die Ritterschaft weigerte für ihre Untertanen die

---

44. cf. R. R. VIII 1, t. a. II, 744. — cf. hierüber auch die Notiz vom Landtag ao. 1515 bei Hontheim II 603. Aus dem Temporale Richard Greifenclaus St. A. A. I, 1, 23 nr. 237. Der Eb. ist dabei nicht direkt mit Steuerforderungen hervorgetreten, sondern bittet seine Stände nur um Rat wegen der großen Schuldenlast des Stiffts. Geistlichkeit und Landschaft antworten darauf, wenn s. ch. gn. Not angehe, wollten sie ihm mit Leib und Gut beistehen, Grafen, Herren und Ritterschaft blos, sie seien bereit, dem Kf. nach ihrer Schuldigkeit zu raten. Der Eb. dankt den Ständen für ihre Zusage: der zuversicht, woe es darzu queme, daß es von noeten wurde syn, die zween stende von den prelaten geistlichen, stetten lantschaften wurden diese irer zusag nach und s. gn. zu stuiuer kommen.

45. Proposition zum Landtag in Koblenz u. Notiz über den in Trier in der Stadtbibliothek zu Trier.

Landsteuer, namentlich an den Orten, wo sie Hochgerichts herr sei. Schließlich gab sie doch soweit nach, daß ihre Hintersassen, soviel im Erzstift gesessen, gleich den anderen Untertanen des Erzstifts in die Landsteuer mit einbezogen würden, daß sie hingegen selbst für ihre Person, Hab und Gut jetzt und zukünftig nicht beschwert werden solle. Am Ende des Jahres 1548 kam eine Reichssteuer hinzu, bestehend in einem Romzug und einem Vorratsgeld, das in der Form der Kammerzieler umgelegt wurde. Der Reichstag hatte beschlossen, daß die Fürsten dazu alle Untertanen, exempt oder nicht exempt, gefreiet oder nicht gefreiet, belegen könnten<sup>46</sup>. Von neuem erhob sich jetzt auf dem Landtage vom 19. November der Zank mit der Ritterschaft. Doch kam es endlich unter Vermittlung des Domkapitels zu einer Einigung, nach der wiederum die adligen Hintersassen besteuert, die Ritterschaft frei bleiben sollte. Beide Teile, Kurfürst und Adel, behielten sich für den Fall einer neuen Reichssteuer oder eines gemeinen Pfennigs ihre Rechte vor. Am 3. Dezember 1548 wurde über diese beiden letzten Landtage ein förmlicher Vertrag zwischen Ritterschaft und Erzbischof aufgesetzt, der vom Kurfürsten, dem Domkapitel, dem Erbmarschall v. d. Leyen und vier anderen Rittern besiegelt wurde<sup>47</sup>.

Eine besondere Schwierigkeit bereitet in diesem Vertrage der Umstand, daß von der Ritterschaft ihre Hochgerichtsherrlichkeit als Kriterium für die Steuerfreiheit ihrer Hintersassen herangezogen wird<sup>48</sup>. Die einzige Quelle

---

46. cf. h. 110 ff.

47. Abgedruckt bei Scotti I nr. 81, Hontheim II. p. 738, Original in zwei Ausfertigungen mit den Siegeln St. A., A. 3 169 a—b.

48. Ähnliche Ansprüche machte der im bayrischen Löwenbund geeinte Adel. Er wollte nicht nur seine Eigenleute, sondern auch Vogtei-, Lehns- u. Gerichtsteute steuerfrei haben. Riezler, Geschichte Bayerns, III 532 ff.

über derartige Ansprüche ist eben diese Urkunde, spätere knappe Andeutungen in den Landtagsakten bringen nichts neues hinzu. Die Ritterschaft behauptet, an den Orten, wo sie Hochgerichtsherr sei, hätten ihre Untertanen nie Landsteuer gezahlt. Noch verwickelter wird die Sachlage dadurch, daß auch der Erzbischof unterscheidet zwischen ritterschaftlichen Untertanen, die von altersher zur Landsteuer mitbelegt worden seien und solchen die von alters gefreit waren ohne daß nach seiner Darstellung die Hochgerichtsherrschaft auf diese Scheidung einen Einfluß ausübte<sup>49</sup>. Fügen wir hinzu, daß die letzte Landsteuer mit ziemlicher Gewißheit 1522—1523 also vor 25 Jahren erhoben worden ist (die Reichssteuer von 1532 sowie der gemeine Pfennig nehmen eine gesonderte Stellung ein) und daß wir einigen Grund hatten, anzunehmen, die ritterschaftlichen Hintersassen seien bis dahin überhaupt steuerfrei gewesen, so ist nicht ausgeschlossen, daß beide Teile über ihre herkömmlichen Rechte sehr schlecht unterrichtet waren<sup>50</sup>.

---

49. „so vil aber denselbe arme angehörige, in unserem erzstift geessen, belangt, daß diejenigen, so von alterhere von unseren Vorfaren seligen und löblicher Gedachnus in gemelte Landsteuern belegt worden, sie seien gleichwohl in der von der Ritterschaft hochgerichten gesessen oder nit, dieselbigen hinfüro jederzeit im Fall der Notdurft zu erlegen und gehorsamblich zu entrichten schuldig sein, denjenigen aber, so derselben jederzeit gefreiet gewesen und nichts gegeben haben, die damals beschehene Bewilligung kein Nachteil oder Zugang geben soll.“ Unter den letzteren sind vielleicht die Leibeigenen zu verstehen cf. p. 56. Das Feuerbuch von 1564 vermag über jene Streitfrage leider keinen Aufschluß zu geben. Es hat zwar genaue Berichte über die Steuererhebung vom Jahre 1556, aber damals hat der Adel — zum letzten Mal — gewilligt, daß alle seine Hintersassen ohne Unterschied in die Landsteuer einbezogen würden. — Ueber die Gerichtsverfassung siehe unten.

50. Wie kurz und unzuverlässig das Gedächtnis der Stände war,

1551 erhob sich der alte Streit unter denselben Umständen. Der „Vorrat“ von 1548 sollte gegen Magdeburg verwendet, sogleich aber von allen Untertanen, exempt oder nicht, ergänzt, auch der gemeine Pfennig von 1544 abgeliefert werden. Die Geistlichkeit willigte gleich in den gemeinen Pfennig, übernahm auch vom Vorratsgeld den dritten Teil<sup>51</sup>. Die Ritterschaft verhielt sich gegen beides ablehnend. Sie weigert sich überhaupt, in Steuerfragen sich mit der Landschaft in Unterhandlungen einzulassen, doch wolle sie sich versehen, daß die Stadt Pfleg und Landschaft ihrem gnädigen Herrn gebührenden Gehorsam leisten und alsolche Antwort geben wollten, daran ihr gnädigster Herr kein Ungefallen haben möchte.

Immerhin gab die Ritterschaft wiederum soweit nach wie 48, unter ausdrücklicher Beziehung auf den Vertrag. Der Erzbischof entließ sie mit dem Vorbehalt, sein Recht und Gerechtigkeit entweder in Güte oder mit Recht zu gelegener Zeit mit ihr zu erörtern<sup>53</sup>. Er hatte wohl in Voraussicht des Streites die Landschaft zu überlisten gesucht, indem er einfach die Bewilligung der Reichssteuer von ihr verlangte ohne eine bestimmte Summe zu nennen. Es war um so mehr zu befürchten, daß die übrigen  $\frac{2}{3}$  auf ihr haften blieben, als auch die Geistlichkeit nicht weiter mit ihr verhandeln wollte, sondern sich schleunigst mit dem Kurfürsten ihrer Antwort verglich. Die Landschaft war aber

---

beweist eine Besprechung der Ritterschaft auf dem Landtage von 1566 R. R. VIII 4: sie wüßten sich zu erinnern, daß sie sich ungefähr 1542, bei Gelegenheit der Offensiv- und Defensivhülfe (war 1544) von Eb. Johann Ludwig hätten überreden lassen, daß sie derzeit in gemeine Landschaft trügen, dagegen ihr ch. gn. aber samt dem Domkapitel unter Siegel Verheißung getan habe (1548), die man im Fall der Not auflegen könne, daß dergleichen der Ritterschaft nicht mehr zugemutet werden solle.

51. t. l. V.

53. R. R. II 8. Die Proposition und der Abschied der Ritterschaft.



so vorsichtig, erst die Angabe einer bestimmten Summe zu verlangen und nun kam er mit der Forderung von 6000 Gld. heraus. Städte und Pflügen weigerten sich aber hartnäckig mehr als ein Drittel der Gesamtsumme zu übernehmen, wenn der Kurfürst daran kein Genüge hätte, müßte die Landschaft leiden, daß der Artikel der Ungleichheit durch das Kammergericht erklärt werde. Auch eine erneute Berufung zum 10. Juni 51 und die Drohung einer Klage beim Kammergerichts-Fiskal vermochte die Landschaft nicht weiter zu bewegen. Für den Landtag von 1552 sind die Nachrichten nur sehr dürftig. Ganz in der alten Bahn von 48 und 51 bewegen sich die Verhandlungen noch einmal 1556<sup>54</sup>. Zum letztenmal willigt hier die Ritterschaft in eine gleichmäßige Besteuerung ihrer Hintersassen. Städte und Landschaft wurden diesmal schwieriger denn je. Sie wollten eine Steuer nur unter der Bedingung auf sich nehmen, daß auch der Adel persönlich gleich ihnen dazu herangezogen werde. Zweimal mußte der Landtag neu einberufen werden. Schließlich bewilligte die Landschaft 40 000 Tlr. (100 000 die Gesamtsumme), nicht ohne daß der Kurfürst die Verpflichtung übernahm, die Ritterschaft als den dritten Stand s. ch. gn. vermittels austräglichen Wegen des Rechtens vorzunehmen. In eine neue Phase trat der Kampf 1557. Zur Verhandlung kam ein doppelter, achtmonatlicher Römerzug gegen den Türken. Die Ritterschaft, nur in geringer Zahl erschienen, weigerte diesmal jede Steuer mit der Begründung, sie sei bei Reichssteuern jederzeit in den rheinischen Ritterkreis gezogen worden und ihrer etliche hätten bereits ihre Gehorsamkeit dorthin erzeugt. Doch schien sie guten Willen zu haben, den Streit endlich durch einen rechtlichen Austrag aus dem Wege zu schaffen. Beide Parteien einigten sich dahin, daß jede ihr Recht in einzelnen Artikeln aufstellen

---

54. Abschied der Ritterschaft R. R. VIII, 21. — 13. jun., Landschaft. t. a. I 855, 15. juli 859, 31. juli 862.

und beide darauf ihre Gegenschrift verfassen sollten. Diese wollte man zwei Kommissaren in Köln, dem Official daselbst und einem anderen Rechtsgelehrten übergeben. Diese beiden sollten nun die Sache soweit verhandeln und fördern, daß sie zur Urteilssprechung reif sei und dann die Akten versiegelt an das Kammergericht übersenden, damit dort das Endurteil gefällt werde. Zuerst war man anscheinend beiderseits guter Hoffnung, die Sache nun bald erledigt zu sehen, denn die Ritterschaft genehmigte weiter, daß sie die Türkensteuer soweit sie noch nicht in den rheinischen Kreis gesteuert habe, nach Koblenz in eine besondere Truhe liefern und dieses Geld je nach Entscheid des Kammergerichts dem Kurfürsten oder dem Kreis überantworten wolle<sup>55</sup>.

Weil nun aber nur sehr wenige in Cochem versammelt waren, beschloß man zunächst die Abwesenden nach Zell zu berufen. Hier mochte es der zahlreich versammelten Ritterschaft denn doch bedenklich vorkommen, sich auf den richterlichen Entscheid einzulassen. Kurz, sie erklärte, sie sei zu allem bereit, was getreuen Lehensmannen und Landsassen ihrem Herrn zu leisten gebühre, aber was die Türkensteuer anbelange, so habe die römische königliche Majestät sie schon in den rheinischen Kreis erfordert<sup>56</sup>. Damit hatten sich die Aussichten auf eine rechtliche Beilegung zerschlagen und der Adel sich nicht bloß persönlich, sondern auch für seine Untertanen zum ersten Mal seit 1532, von allen Steuern abgesondert.

Der Erzbischof ließ sich zwar vernehmen, er gedenke darin nicht nachzugeben, sondern den Adel auf gebührlige Wege vorzunehmen, aber es blieb noch lange bei dieser Drohung und nur die äußerste Hartnäckigkeit der Landschaft sorgte dafür, daß die Ritterschaft sich nicht stillschweigend absonderte. Jene war stets das treibende Ele-

---

55. Abschied der Ritterschaft R. R. II 8, VIII 21.

56. t. I. V.

ment, wie auch der rheinische Ritterkreis sich äußert, der Kurfürst betriebe die Sache nicht so sehr als die Landschaft<sup>57</sup>. Sie griff immer wieder zu dem bewährten Mittel der Steuer-  
verweigerung<sup>58</sup>. So brachte sie es endlich doch so weit, daß der energische Jacob v. Elz mit dem Prozeß ernst machte. Nach langer Pause (seit 66) berief er zum 16. Februar 1576 einen Landtag nach Koblenz<sup>59</sup>. Die beiden Stände gingen nicht ehe: an die Verhandlung der Proposition heran, bis ihnen der Kurfürst für sich und seine Nachkommen und das Domkapitel die Zusage gemacht hatte, ohne Säumnis gegen die Ritterschaft rechtlich vorzugehen, und er leitete denn auch den Prozeß am Kammergericht ein. Am 3. Juli 1577 erfolgte die Vorladung der Ritterschaft<sup>60</sup>. Durch seine endlose Verschleppung sollte der Prozeß sie schließlich doch an ihr Ziel führen.

Kurz zusammengefaßt ist das Resultat der bisherigen Untersuchung etwa folgendes: Die außerordentliche Besteuerung im Erzstift Trier zeigt eine zunehmende Neigung den Kreis der steuerpflichtigen Personen zu erweitern. Bis gegen Ausgang des Mittelalters wurde nur die Geistlichkeit zu Subsidien herangezogen. Die starke Verschuldung des Erzstifts im 15. Jahrhundert und der Widerstand der Geistlichkeit nötigten dann den Erzbischof, auch Städte und Landschaft mit Landsteuern zu belegen. Dem Adel gelang es bis zum Jahre 1532 sich persönlich und wahrscheinlich (mit Ausnahme von 1501/02) auch seine Hintersassen steuerfrei zu halten. Um diese Zeit stellen die Reichssteuern, hervorgerufen namentlich durch die Türkenkriege, neue Ansprüche an die Steuerkraft des Territoriums. Die beiden

---

57. cf. den Abschied von Mainz 1577, t. a. II 787.

58. cf. die Verhandlungen von 1564, t. a. 812, 66, R. R. VIII, 4.

59. t. a. I, 830, Verhandlungen der Ritterschaft R. R. VIII 4, II 8 p. 117.

60. R. R. VIII 3 n. 1 p. 85.

anderen Stände machen daher besondere Anstrengungen, auch den Adel mit samt seinen Untertanen zu belegen. Es kommt ihnen in diesem Bestreben entgegen die entschiedene Tendenz der Reichssteuern, alle Untertanen des Reichs ohne Unterschied des Standes und der ständischen Vorrechte zu treffen. Im gemeinen Pfennig prägte sich diese am offenkundigsten aus, jedoch suchte man 1548 u. 1551 diesen Grundsatz auch für die Matrikularumlagen zu retten. Namentlich die Landschaft griff diese Tendenz mit Leidenschaft auf, sie erreichte aber nur den vorübergehenden Erfolg, daß von 1532—1556 sämtliche Untertanen des Adels gleicherweise wie alle anderen stifteingesessenen Bürger und Bauern besteuert wurden. Alle persönlichen Abgaben, etwa wie in Jülich-Berg in der Form einer Rentensteuer, verweigert er mit Berufung auf seine altadelige Freiheit und seine Verpflichtung zum Lehnskriegsdienst<sup>61</sup>. Dem Andrängen der beiden anderen Stände gegenüber wendet er sich, wie unten noch darzustellen ist, allmählich dem rheinischen Ritterkreis zu und löst sich nach und nach völlig von der Trierischen Landeshoheit los, wird reichsunmittelbar.

Eine unmittelbare Folge der Absonderung des Adels war die Beschränkung des freien Güterverkehrs.

Bereits im Mittelalter hatten die Kurfürsten vielfach den Anspruch erhoben, daß bürgerliches Gut von Adeligen und namentlich auch der toten Hand nur unter der Bedingung erworben werden dürfte, daß die darauf ruhenden bürger-

---

61. cf. die Antwort, die der Graf von Manderscheid auf dem Landtag zu Trier dem Abt von Laach als Gesandten der Geistlichkeit gibt (Freiherr von Winnenberg im t. a. I 409): . . . es hett aber gar ein ander gestalt mit grafen, herren und ritterschaft. Wann dieselbige in notfellen als lehenmann erfordert würden, so setzen sie sich auf ein viertüßig tier und nemen ein dannen speer in die faust und rennen daher, schutzen und schirmen und reiten soviel als sie können, das sei ir tun . . . — Dieselbe Entschuldigung bei der Jülichischen Ritterschaft 1513 Ldst. Verf. III 2 p. 11.

lichen Lasten mit übernommen würden<sup>62</sup>; aber immer nur bei Einzelfällen, nicht generell, stellte der Landesherr diese Forderung auf, die dann auch keine praktische Bedeutung erlangte.

Als nun seit 1557 der Adel jede Landsteuer von seinen Untertanen verweigerte, gingen die beiden anderen Stände den Erzbischof an, er möchte wenigstens dafür sorgen, daß der Adel von allen Gütern, die er seit Menschengedenken erworben habe, die Steuer entrichte, Es sei ihnen sonst auf die Dauer nicht mehr möglich, die Steuer nach der alten Taxe aufzubringen, da der Adel täglich Güter ankaufe<sup>63</sup>. Infolgedessen erließ nun Jacob v. Elz 1569 am 18. April ein Landesgesetz, durch das jeder Uebergang von bürgerlichem Gut an Geistliche und Adlige verboten wurde, der Erwerber habe sich denn zuvor verpflichtet, alle darauf ruhenden Beeden, Dienste und gemeinen Lasten zu tragen<sup>64</sup>. Auf dem nächsten Landtage, 1576, beschwert sich dagegen einerseits der Adel und beansprucht völlige Abgabefreiheit auch für alle Güter, die er jetzt oder künftig erwerbe, die beiden anderen Stände ihrerseits bitten um strengste Beobachtung des Edikts<sup>65</sup>. Der Kurfürst kam ihren Wünschen dadurch entgegen, daß er seine Verordnung von 1569 im Jahre 1576 wiederholte mit dem verschärfenden Zusatz, daß der Erwerb ungültig sei, wenn jene Verpflichtung nicht übernommen sei. Außerdem sollte dann der Verkäufer den Kaufpreis als Strafe zahlen und die Gemeinden hiervon zur Verbesserung ihrer Wachsamkeit die Hälfte erhalten<sup>66</sup>.

Eine Fülle von Zeugenaussagen bestätigt uns, daß man das Edikt nun in allen Teilen des Landes beobachtete, aber

---

62. cf. Weiß a. a. O.

63. Abschied von 1566, t. a. II 246.

64. Scotti I nr. 107.

65. Abschied t. a. I 830.

66. Scotti I n. 117.

auch, daß der Adel bisher keine Verpflichtungen beim Erwerb von Gütern mit übernommen hatte<sup>67</sup>.

## 5. Die Besteuerung der Landschaft.

### Die Akzise.

Die Hauptlast der Land- und Reichssteuern wurde im Laufe des 16. Jahrhunderts je länger je mehr auf die Landschaft abgewälzt. Die Steuerpflicht erstreckte sich auf alle bäuerlichen und bürgerlichen und bürgerlichen Untertanen des Erzstifts, auf jeden „im Erzstift oder des hochgerichten gesessenen und mit thorn und nagel darin beschlossenen.“ So lange die adligen Untertanen mitsteuerten, genossen sie darin keinen Vorzug vor den anderen weltlichen Untertanen. Sie wurden ebenso hoch angeschlagen, ihre Beiträge flossen ebenso wie die der geistlichen Hintersassen in die Landschaftskasse<sup>68</sup>. Das Feuerbuch von 1564, welches genau verzeichnet, wo und wie die Landsteuer von 1556 erhoben wurde, bestätigt dies für alle Teile des Stifts.

Für die Austeilung und Erhebung der Landsteuer wandte man die Verbindung des Repartitionssystems mit einer Quotitätssteuer an.

Die bewilligte Steuersumme repartierte man auf die Städte- und Amtsbezirke, in diesen wieder auf die einzel-

---

67. t. a. I 169; 205, 220, 319, 608, 621, 652, 660, 668, 690, 737.

68. In Cöln zahlten die Halbwinner des Klerus von Gewinn und Gewerbe nur  $\frac{1}{4}$  vom Anschlag der anderen Bauern. In Jahrhunderte langem Streit suchte die Landschaft ihnen den vollen Anteil aufzubürden. Jeder Adlige hatte einen adligen „säß“ steuerfrei. cf. Walter, Das alte Erzstift und die Reichsstadt Köln, 1866 p. 187, 190.

nen Flecken und Dörfer<sup>70</sup>. Bei einer neuen Belegung wurde dann jedesmal die alte Taxe, entsprechend erhöht oder erniedrigt, zugrunde gelegt. Die Abschätzung der Steuerkraft des einzelnen Bezirks mußte naturgemäß höchst unvollkommen ausfallen. Die einkommende beede konnte dazu kaum verwertet werden, weil einerseits die geistlichen und ritterschaftlichen Untertanen größtenteils beedefrei waren und diese andererseits vielfach teilweise oder gar vollständig den Händen des Landesherrn entzogen war<sup>71</sup>. Einen gewissen Anhalt mochte das Feuerbuch von 1564 geben, in dem alle Feuerstellen, d. h. selbständigen Haushaltungen verzeichnet stehen.

In den 1564 von den Ständen eingereichten schriftlichen Beschwerden wegen ungleicher Veranlagung<sup>72</sup> beklagt sich dann auch die Stadt Oberwesel, daß sie nach der ermittelten Zahl ihrer Feuerstellen viel zu hoch angeschlagen sei im Vergleich zu den anderen Städten.

Ein besseres Korrektiv besaß man aber dadurch, daß die also repartierte Summe von den einzelnen Unterbezirken nicht in beliebiger Weise aufgebracht, sondern jedesmal nach einer bestimmten, für das ganze Land gemeinsamen Quote umgelegt wurde. Wie man diese beiden Faktoren, Repartition und Quotisierung vereinigte, zeigt ein Erlaß Erzbischofs Lothars vom 20. März 1614<sup>73</sup>. Es sollte danach jede Feuer-

---

70. Die mir bekannt gewordenen Repartitionslisten, vier an der Zahl 1501?—64, sind im Anhang beigelegt.

71. cf. zweiten Teil.

72. t. I. 10a.

73. Scotti I nr. 176. In Cöln fanden bereits im XVI. Jhdt. häufiger eigene Deskriptionen zur Festsetzung der Taxe statt, die von Amtleuten und Gerichtspersonen, Magistraten und städtischen Beamten vorgenommen wurden. Jeder mußte dabei sein Vermögen angeben, das zu 5% veranschlagt wurde, so 1514, 57, 75, 99. Walter p. 195, 1a. In Jülich-Berg hatte man bloß das Repartitionssystem, innerhalb der einzelnen Bezirke war demnach Belastung und Quote nie gleichmäßig. cf. Ldst. Verf. III 2, p. 24, 66.

statt zunächst zu  $\frac{1}{2}$  Gld. Rauchgeld veranlagt und dann jeder Einwohner nach seinem Vermögen eingeschätzt werden. Wenn nun jede Stadt, Flecken, Dorf und Pflēge in dieser Weise veranschlagt sind, soll die also berechnete Summe fortan als Taxe gelten, nach der die Landsteuer repartiert wird. Solche besonderen Descriptionen zum Zwecke der Repartition sind im 16. Jahrhundert in Trier noch nicht nachweisbar, es ist anzunehmen, daß die Listen auf den einzelnen Landtagen nach dem Ergebnis der letzten Erhebung jedesmal korrigiert wurden, von den erhaltenen stimmt wenigstens keine mit den anderen genau überein<sup>74</sup>.

Die Steuer der Landschaft trug den Charakter einer rohen Vermögenssteuer. Alle bewegliche und unbewegliche Habe, Einkünfte, Renten und Gefälle usw. wurden kapitalisiert und das also berechnete Kapital, das „Hauptgut“, nach einer bestimmten Quote besteuert. Genaue Instruktionen hierfür sind erhalten aus den Jahren 1501, 32, 56, 64 und 66<sup>75</sup>. Die älteren von ihnen brauchen nur den Begriff Hauptgut, seit 1556 wird dieser in immer eingehenderer Weise erläutert: Alle fahrende Habe, Silbergeschirr und Kleinodien, liegende Güter, Wiesen und Weiher, Häuser nach Maßgabe ihres Mietswertes. 1566 alle Gebäulichkeiten, auch Ställe und Scheunen sollen angeschlagen werden. Hausrat wurde 1564 ausgenommen. Für Naturalrenten ist 1566 ein bestimmter Geldwert festgelegt worden, für das Malter

Korn	2	gd	27	alb
Weizen	2		„	
Erbsen	2		„	
Gerste	1		„	
Hafer	1		„	

---

74. cf. die Zusammenstellung der Repartitionslisten im Anhang.

75. 1501|02 im Perpetuale Eb. Joh. St. A. A. I 1 nr. 17 auch im Buch der Anschläge; 1532 Buch d. A. ; 56 R. R. VIII 20; 64 das. VIII 10; 66 t. a. II 246. Für Mainz veröffentlicht Bodmann eine entsprechende Instruktion, aber ungleich detaillierter, bereits aus dem Jahre 1409? Bodmann II 792.



Dazu war zu rechnen Vermögen an Geld, Pfandschaften, ausgeliehene Gelder. Gewerbe und Kaufmannschaft sollten in gleicher Weise nach ihrem Ertragswerte angeschlagen werden.

Der Steuerfuß wechselt von Fall zu Fall.

1556 und 1564 betrug er für 100 Gld. Hauptguts  $\frac{1}{4}$  gd = 5 % der entsprechenden Rente, diese wieder zu 5 % gerechnet, zur eilenden Reichssteuer von 1566 bestehend aus einer einmaligen eilenden und einer dreijährigen beharrlichen Türkenhilfe  $\frac{1}{2}$  und 1 gd = 10 und 20 %.

Die Gesamtvermögen wurden nur bis zu einer gewissen Höhe veranlagt und blieben darüber hinaus frei. 1501 war nach landesherrlichem Vorschlag die Grenze 2000 Gulden, doch erhöhten Städte und Pflegen diese für sich auf 10 000 gd. 1502 bildete (nur für die ritterschaftlichen Hintersassen) 3000, 56: 4000, 64: 6000 gd. Die Höchstgrenze. 1566 war keine Höchstsumme angesetzt<sup>76</sup>. 1564 blieb außerdem der Steuerfuß bis zu 1000 Gulden und von da an um je 1000 gd. bis zum Höchstbetrage gleichmäßig bestehen.

1502 und 1556 ging dieses regelmäßige Aufsteigen nur bis zu 1000 gd. = 2 bzw.  $2\frac{1}{2}$  gd. Steuer, von da an betrug sie nur noch 1 bzw.  $\frac{1}{2}$  gd. für jedes 1000.

Was die ganz geringen Vermögen angeht, erhob man 1501 bei jedem Ehepaar, das unter 100 gd. Hauptguts hatte, 4 albus, von jedem, der zum Sakrament ging und sonst nichts zahlte, 1 albus. Eine solche beschränkte Kommuni-

---

76. Doch ist zu berücksichtigen, daß jene Summen so hoch angesetzt sind, daß im Kurstaate, selbst in den Städten nur sehr wenige ein entsprechend hohes Vermögen besessen haben dürften. Beispiele für die Höhe der Kapitalansammlung in Südwestdeutschland im XV. Jhdt. in der Wirtschaftsgeschichte von Kötzschke in Meisters Grundriß der Geschichtswissenschaft p. 125.

kantensteuer kehrt sonst blos noch 1532 wieder (2 alb.)<sup>77</sup>. Doch erhob man auch 56 von den ganz kleinen Leuten wenigstens 2 batzen bzw.  $\frac{1}{2}$  Ort. Auch Tagelöhner und Handwerker, die zur Miete wohnten (in gelehnten Häusern), sollten nicht übergangen, nur offenkundig arme Leute verschont werden.

Eine besondere Gesindesteuer findet sich 1501, 1502, 1532, wo der Knecht zu 4, 2, 3, die Magd zu 2, 1, 2 albus veranlagt wurden.

Bei der Veranlagung hatte ein jeder selbst bei handgebender Treu sein Vermögen einzuschätzen. Zur Einschätzung und Einnahme sollen in den Städten vier ehrbare und verständige Personen, die eines jeden Gelegenheit ungefährlich wissen, verordnet worden, und zwar zwei durch den Rat, zwei durch den Erzbischof bzw. seinem Amtmann, ebenso sollen in den Aemtern zwei ehrbare Schöffen, von den Amtsverwandten dazu verordnet, und von seiten des Kurfürsten der Amtmann jene Geschäfte besorgen. Konnten diese mit jemanden wegen der Einschätzung nicht übereinkommen, so sollte er unter Eid sein Vermögen anschlagen.

Die Dörfer lieferten die eingegangenen Beträge an die Hauptstadt des Amtes, diese entweder direkt an den Kurfürsten oder an besondere ständische Obereinnehmer ab. Die an der Aufhebung beteiligten erhielten hierfür eine besondere Vergütung oder man befreite sie von der Steuer<sup>78</sup>.

Terminversäumnis der Hebebezirke wurde 1564 mit einem Gulden Strafe für den Tag belegt.

Am 23. Nov. 1562 erhielt der Kurfürst ein kaiserliches Privileg, von jedem Maß Wein eine Akzise von 2 Pfg. zu erheben<sup>78</sup>. Auf den Landtagen des Jahres 1564 gelang es ihm jedoch nicht die Bewilligung der Stände hierfür zu er-

---

77. Ueber eine allgemeine Kommunikantensteuer in Jülich-Berg 1532 cf. Ldst.-Verf. III, 2. Heft p. 1.

78. Scotti I nr. 101.

langen. Erst 1612 wurde durch landesherrliche Verordnung unter Zustimmung des Landtages eine Akzise auf Wein und Bier eingeführt<sup>79</sup>.

#### 6. Die Landsteuer der Geistlichkeit.

Auch nach der Vereinigung der Versammlungen des Klerus mit dem Landtag wirkte die alte Trennung nach Ober- und Niederstift in der Steuerverteilung noch nach.

Auf dem Landtage von 1501 bewilligte der Oberklerus 6, der niedere 3 subs. cons. und 1 in cons. zur Reichssteuer 1522 jener 12, dieser 17 subs. cons. und 1 in cons. Wie lange es gedauert hat, bis diese Unterschiede sich ausgeglichen haben, läßt sich nicht mehr nachweisen. Als 1598 auf dem Landtage vom Klerus Klage geführt wurde, daß die Belegung ungleich sei, einigte man sich 1601 (23 Juni), daß von etlichen dazu verordneten Prälaten ein gleichmäßiger Anschlag errichtet werden sollte. Aus 10 aufeinanderfolgenden Jahren war hierzu das Durchschnittseinkommen zu berechnen. Es wurde angesetzt

für 1 Malter jährlich	Hauptgeld gd
Korn	100
Weizen	125
Erbsen	125
Gerste	80
Spelz	80
Hafer	50
Ohm Wein	100
Wagen Heu	50
4 gd Geldrente	100

Alsdann sind von jedem 100 gd. Hauptguts 2 Satzen für

---

79. t. l. V.

den Termin zu zahlen. Wie schon aus diesem Anschlag hervorgeht, war die Geistlichkeit nur mit einer Einkommen- und Rentensteuer belegt. Steuerpflichtig waren alle innerhalb der Landesgrenzen fälligen Renten, Auswärtige also nur für ihre im Erzstift einkommenden Gefälle<sup>80</sup>.

Im Erzstift begüterte, auswärtige geistliche Korporationen, die nicht zum Diözesanklerus gehörten, waren auf dem Landtage nicht vertreten<sup>81</sup>. Ursprünglich verhandelte der Erzbischof gesondert mit ihnen, erließ ihnen auch wohl ihre Steuer zum Teil wegen ihrer Verpflichtungen an den eigenen Bischof, so noch 1556<sup>82</sup>. Dann wurde es üblich, daß diese Auswärtigen ohne weiteres in den Anschlag des Diözesanklerus einbezogen wurden. 1576 finde ich das zum ersten Mal bezeugt<sup>83</sup>.

Geistliche Obereinnehmer waren von alters der Siegeler am Offizialat zu Trier und Koblenz<sup>84</sup>.

Für die Pfarrgeistlichkeit sammelten ihre Vertreter auf dem Landtage, die Landdechanten, die Steuern ein.

Die im Mittelalter beliebten geistlichen Zwangsmittel

---

80. cf. die gravamina der welt-geistlichen Stände 1564 t. I. 10 a. Abt u. Konvent von Schönau i. Nassau bitten demütig: daß unser arm gotshaus uber die billichkeit seines inkommens so unser gotshaus im ertzstift fallend hat (so gar gering) nit belegt werde.

81. cf. oben p. 48.

82. Hontheim II 777, 1556 2. dec. Abt u. Konvent v. St. Pantaleon in Köln haben Abgeordnete gesandt, die sich mit dem Eh. der fünfjährigen Landsteuer vertragen sollen. Dieser quittiert den Empfang von 150 gd. und gibt sich damit mit Rücksicht auf die sonstige Belastung des Stifts zufrieden; cf. Honth. 1549, 17. febr. II 740.

83. Abschied t. a. I 830.

84. cf. Hontheim II 757, 1551, 5. mai. Der Dechant von St. Castor soll an Stelle des erkrankten Siegellers die Reichs-, Landsteuer und Palliengelder einnehmen und die Ungehorsamen durch geistlichen Zwang zur gebührlichen Bezahlung anhalten.

wandte man auch im 16. Jahrhundert noch an, doch scheint man es allmählich für angemessener gehalten zu haben, in weltlichen Angelegenheiten auch bloß mit weltlichen Mitteln zu wirken<sup>85</sup>.

Was das Verhältnis zwischen der Besteuerung von Geistlichkeit und Landschaft angeht, so ist es nach Art und Dürftigkeit der Quellen ausgeschlossen zu beurteilen, in wie weit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beiden Stände dabei angespannt wurde. Zum Vergleich kann nur der Gesamtanteil an der Steuer gezogen werden.

Bis gegen Ende des 15. Jahrhunderts hat die Geistlichkeit die außerordentlichen Steuern allein getragen. Noch in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts stellt sich das Verhältnis für die Geistlichkeit sehr ungünstig. Bei der sickingenschen Fehde zahlt sie ungefähr das Doppelte (22 343 gd. gegen 10 660 der Landschaft). Aber im Laufe des 16. Jahrhunderts ändert sich dies. Von der Defensionshilfe 1544 übernahm die Geistlichkeit nur noch  $\frac{3}{5}$  (12 000 gegen 8000 gd.), 1556  $\frac{2}{5}$  (40 000:60 000 Taler); 1576  $\frac{1}{4}$ , seit 1603 endlich nur noch  $\frac{1}{5}$ . Soweit die Akten erkennen lassen, bringt die Geistlichkeit dabei stets die Entschuldigung vor, daß die Reformation ihren Gefällen so erheblichen Abbruch tue, auch erklärt der Kurfürst einmal selbst, die Landschaft könne das Doppelte leisten wie der Klerus<sup>86</sup>. Die Dinge liegen hier also umgekehrt wie in den weltlichen Territorien, wo man grade in der Reformationszeit anfang, auch die Geistlichkeit zu besteuern.

Eine landschaftliche Kasse, die den Dualismus des alten Ständestaats am handgreiflichsten zum Ausdruck brachte,

---

85. cf. n. 84. Hontheim III 167, 1590, 18. sept. Vogt, Schultheiß u. Schöffen zu Rübenach, u. Vogt zu Lemen erhalten den Befehl, den Personaten zu Lehmen, Kettig, Rübenach, welche dem Ruralkapitel noch keine Reichs- und Landsteuer erlegt, ihre Renten und Gefälle zu belegen, bis aller Hinterstand von ihnen entrichtet ist.

86. cf. Wolf p. 25 Der Klerus in Köln war in der zweiten

ist im 16. Jahrhundert in Chur-Trier erst in Ansätzen erkennbar. Im allgemeinen werden die Steuern, wenn die ganze Summe beisammen ist, zum bestimmten Termin, bei der Landsteuer immer Lichtmeß, den kurfürstlichen Deputierten überliefert, nur selten bleiben sie im Verwahr der Stände<sup>87</sup>. Bis 1576 sind geistliche und weltliche Kasse durchaus getrennt gewesen, in diesem Jahre richtete man zwei gemeinsame Kisten auf, eine zu Koblenz und eine zu Zell, jede mit vier Schlüsseln, von denen weltliche und geistliche je zwei bekamen. Seit dieser Zeit hat sich dann auch die ständische Kasse selbständiger entwickelt. Die Stände ernannten später selbst General- und Spezialeinnehmer und nahmen ihre Kasse in eigene Verwaltung, auf Anweisung der Direktoren wurden daraus dem Landrentmeister die bewilligten Steuern bezahlt. Das gesamte Quotations- und Repartitionswesen, an dem im 16. Jahrhundert noch der Kurfürst einen erheblichen Anteil genommen hatte, wie auch die Erhebung stand nach dem Abschied von 1623 den Ständen zu, auf die landständische Kasse in erster Linie richteten sich die Angriffe des absolut gesinnten Philipp Christopf (1623—1652)<sup>88</sup>.

---

Hälfte des XV. Jhdts. so verarmt, daß er gegen die Subsidienforderungen selbst um Hilfe bitten mußte.

87. Abgesehen von den oben p. 42, 46 besprochenen Fällen aus dem XV. Jhd. und von 1501 nur von einer Kreisumlage im Jahre 1552 nachweisbar t. I. V, Abschied der Geistlichkeit.

88. Der Abschied von 1623 bei Hontheim III 299. Ueber den Streit mit Philipp Christoph das. p. 201 ff.

	1505	Andre Taxe zur Zeit Eb.-Jacobs	1522	Die alte Taxe vor 1564	1564	
						fl. auri. albus.
Trier			1080			
Wesel (Stadt und zugehörige Dörfer)	1100	1100	990	750	59	17
Boppard (Stadt und Dörfer)	1100	1100	990	900	92	27
Coblenz (Stadt und Amt)	1100	1100	511	Coblenz mit Rübe- nach, Horchheim, Weiss, Lützel, Neuendorf . Bergpflege Ley.		
			460			
			18			
Kelner von Wesel für die allein, so in die Kelnerei gehören	12	12	11			
Amt zu Boppard von den, die in die Kelnerei und das Galgenscheider Gericht gehören	—					
Amt Sternenberg (durch- strichen)						
Walmich	60	96	90			
Stadt Limburg	300	250	225			
Amt Molsberg (Brechen Elz)	300	250	225			
Stadt Montabaur	320	271	244	729	83	24
Amt Montabaur	320	243	243			
Balduinstein	20	20	18	45		
Hartenfels	20	20	18			
Haselbach	10	10	9			
Niederlahnstein	130	130	117			
Capellen	20	20	18			
Ehrenbreitstein	100	100	90			
Vallendar (halbe Herr- schaft)	120	130	118			
Engers	30	31	28			
Hammerstein	30	31	28			
Leutesdorf	120	120	108	155	14	
Arenfels-Höningen	30	31	28			
Cobern	100	100	90			

	1505	Andre Taxe zur Zeit Eb. Jacobs	1522	Die alte Taxe vor 1564	1564	
Polch	70	70	63		fl. auri.	albus
Alken	60	96	90			
Münster-Maifeld	1000	1000	900			
Stadt Maien	300	250	225			
Amt Wernerseck (Ochten- dunc)	50	50	45			
Cochern	900	1100	990	1125	167 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Kaiserseck	25	25	23			
Ulmen	30	30	27			
Hemmische Pflege	1000	1100	990			
Baldeneck	200	200	180	225	18	10
Beilstein	20	20	18			
Berncastel Stadt u. Amt	400	350	315			
Baldenau	300	250	225	150	23	17
St. Wendel Stadt u. Amt	200	200	180	128	26	7
Loewenburg	20	20	18			
Bliescastel	20	50	45			
St. Ingebrecht	10					
Schmidtburg	25	25	23	67	5	10
Schwarzenburg	20	20	18			
Hunolstein	125	125	113	135	18	20
Grimburg	300	300	270			
Pfalzel	1100	1090	990	1125	181	13 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>
Saarburg Stadt und Amt	500	550	500	525	104	4
Merzig	50	50	45			
Welsbillig	100	100	90	135	28	30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Schönberg	—		270			
Schöneck und Galgen- scheider Gericht	—		45			
Kilburg Stadt und Amt	140	140	126	150	20	24
Kunenstein und Kondt	10	9	8			
Wittlich Stadt und Amt	900	820	810	850	116 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
Esch und Neumagen	70	70	63	150	13	3
Daun	300	300	270	440	80	10
Hillesheim	50	55	45			
Schöneck (Eifel)	300	300	270			
Caselberg	50					
Kempnich	200					
Manderscheid	300	300	270			



Die Taxe von 1505 ist aus der Trierer Stadtbibliothek, die von 1522 aus dem Buch der Anschläge entnommen. Letztere enthält einen Vergleich, um wieviel eine „andere Taxe“ zur Zeit Erzbischof Jacobs höher war.

In einer unvollständigen Liste der Feuerstätten enthält das Feuerbuch von 1564 zugleich die vor dieser Zeit übliche Taxe. Die dahinter stehende Summe (überschrieben: was sie geben) ist genau nach dem Verhältnis der Feuerstätten berechnet, daß diese von nun an allein zur Aufstellung der Taxe gedient hat ist jedoch in hohem Maße unwahrscheinlich weil auch die späteren Steuerinstruktionen noch an der Steuereinschätzung festhalten. Möglich ist, daß neben der Vermögenssteuer schon damals ein von jeder Feuerstätte zu erhebendes Rauchgeld von  $\frac{1}{10}$  gd. eingeführt wurde. Nachweisbar ist diese Form der Besteuerung erst später (cf. den Schirm- und Ehegulden).

Bemerkenswert ist, daß die Stadt Trier erst 1522 in der Taxe auftaucht. Ihre Stellung zu den Bischöfen war durch das ganze Mittelalter bestritten. Noch 1512, bei der Anwesenheit des Kaisers Max trat sie als Reichsstadt auf. 1521 konnte sie den Wormser Reichstag nicht mehr beschicken und bat deshalb den Kurfürsten, die Rechte der Stadt daselbst zu vertreten<sup>89</sup>. Erst seit dieser Zeit scheint sie zu den Landsteuern herangezogen worden zu sein.

Schöneck mit dem Galgenscheider Gericht, Schöneck, Kempenich und Caselberg waren zu der Zeit, wo die in der Taxe fehlen, verpfändet.

---

89. cf. Paul Haustein, Wirtschaftliche Lage und soziale Bewegung im Kurfürstentum Trier während des Jahres 1525. Hallenser Dissertation 1907.

## **V. Die reichsritterschaftliche Bewegung.**

### **1. Der niedere Adel und die Territorialherrschaft.**

Im 15. und 16. Jahrhundert vollzog sich im deutschen Staatenleben ein Prozeß, den man als die Konsolidation der Territorien zu bezeichnen gewohnt ist. Diese knüpft sich wesentlich an die Zentralisation der Verwaltung und Rechtspflege an und die Ersetzung des Lehnsaufgebots durch Soldtruppen<sup>1</sup>.

Die Errichtung der Hofgerichte gab sämtlichen anderen Gerichten des Landes eine einzige, höchste Instanz, ihre Besetzung mit einem römisch-rechtlich gebildeten Berufsrichtertum wirkte, wenn auch sehr langsam, dahin, daß der Einfluß der alten Landgerichte immer mehr zurücktrat und durch eine beschränkte Gerichtsbarkeit des Amtmannes ersetzt wurde.

Für die Verwaltung wurde es bedeutsam, daß man das ganze Land als ein geschlossenes Rechts- und Wirtschaftsgebiet zu betrachten anfang. Seit dem 16. Jahrhundert setzt eine Fülle von landesherrlichen Verordnungen ein, die alle darauf ausgehen, die Verhältnisse des Landes nicht mehr partikulär, sondern einheitlich zu regeln. Von ganz besonderer Wichtigkeit war es, daß auch die Finanzverwaltung zentralisiert und das im Mittelverkehr übliche „System der Spezialanweisungen auf die einzelnen Aemter“ erheblich beschränkt wurde. Erst jetzt wurde es möglich,

---

1. cf. zum folgenden: Territorium u. Stadt.

den Begriff eines Staatshaushalts zu entwickeln und ein Budget aufzustellen. Eine besondere Hofratsverfassung und die Abtrennung verschiedener Kollegien von ihm war die notwendige Voraussetzung jener Verwaltungszentralisation. Die zunehmende Wirksamkeit und Macht des Staates brachte ein steigendes Geldbedürfnis desselben mit sich.. Dadurch kräftigte sie ein im einzelnen betrachtet selten erfreuliches, im großen Zusammenhange hochbedeutendes Gegengewicht gegen die absolutistische Entwicklung des Staates in den Landständen. Die Steuerbewilligung bildete das einzige Recht, das den Ständen allgemein unbedingt zustand. Darin lag ihre Stärke wie ihre Schwäche. Die Landstände hatten der von den Fürsten ausgehenden Zentralisation des XVI. Jahrhunderts teilweise schon kräftig vorgearbeitet, sie hatten einen Gesamtwillen des ganzen Landes dargestellt, sein Gesamtinteresse vertreten. Ihre Entstehung hat nicht zum letzten mit dazu beigetragen, den niederen Adel, die Ritterschaft territorial abzusondern.

Im Mittelalter traten die staatsrechtlichen Beziehungen des Adels zu seinem Herrn sehr erheblich zurück hinter den lehnrechtlichen, der Umstand, daß schon im hohen Mittelalter der Landesherr meist auch Lehensherr war, änderte vorläufig an dieser Tatsache wenig, noch zu Beginn des XIV. Jahrhunderts wandte Balduin von Trier ganz erhebliche Summen auf, um seinen Lehnshof zu vergrößern. Ein lebhaftes Standesbewußtsein verband über die territorialen Grenzen hinaus die ritterliche Gesellschaft, die gemeinsame ritterliche Lebensweise verwischte andererseits die Grenzen zwischen dem einfachen Ritter und dem höheren Adel, den Herren und Grafen, selbst größeren Landesherren. Seit Ende des XIII. Jahrhunderts sind alle ohne rechtlichen Unterschied an den Ritterscheinungen beteiligt.

Das änderte sich seit dem XV. und deutlicher erkennbar im XVI. Jahrhundert. Die ritterlichen Lehnsdienste ver-

loren ihre alte Bedeutung, die straffere Staatsgewalt verlangte auch vom Adel Konzessionen, auch er sollte sich unter dem Untertanenbegriff beugen. Die lehnrechtlichen Beziehungen mußten den staatsrechtlichen weichen. Damit verbindet sich seit dem XVI. Jahrhundert eine Scheidung zwischen dem niederen Adel und den (wenigstens in Südwestdeutschland) mit ihnen durch gemeinsame Interessen verbündeten reichsunmittelbaren Grafengeschlechtern, deren alte Einungen sich unmittelbar fortsetzen in den Grafenbänken des Reichstags<sup>2</sup>.

In den meistens größeren Territorien war die staatliche Entwicklung zu weit fortgeschritten, als daß der niedere Adel dem eben besprochenen bedeutsamen Fortschritt mit Erfolg sich hätte entgegenstemmen können, in Bayern, wo der Feudalismus im offenen Kampfe sich wehrte (Löwenbund), siegte der Landesherr. Aber nirgends hat die Ritterschaft sich ohne Widerstreben, ohne erhebliche Vorrechte der entstehenden Landeshoheit gebeugt, es gelang ihr überall, den Staat ihren veralteten Privilegien dienstbar zu machen. Gegen die Anforderungen der Landesherren und ihrer Mitstände behauptete sie zwar kaum irgendwo die volle, aber doch überall eine mehr oder minder bedeutende Befreiung von allen außerordentlichen Steuern, wenigstens bei Personalklagen blieb das Hofgericht für sie die einzige Instanz, die mittelalterliche Zollfreiheit bewahrte sie sich, gegen die neu aufkommende Akzise erlangte sie in den Weingegenden Schankgerechtsame für ihr eigenes Gewächs, die Offizierstellen im Heer, die bevorzugten Beamtenstellen wurden durchweg mit Adligen besetzt, die Kanonikerstellen in den Domstiften waren ihnen vorbehalten, die jungen Edelleute wurden bei Hof erzogen<sup>3</sup>.

---

2. cf. Fabricius Erläuterungen zum Atlas der Rheinprovinz II Einleitung.

3. cf. d. libellus articulatus. Eb. Jacobs v. Trier vom 31. jan. 1579. R. R. II 8, 166.

So entwickelte sich der ständische Staat als ein Uebergangsglied zum modernen Staat mit seiner Rechtsgleichheit aller Bürger. Aber nicht überall nahm die Konsolidation der Territorien diesen verhältnismäßig günstigen Verlauf. Alle jene Kreise, die später unter dem Namen der Reichsritterschaft in Schwaben, Franken und am Rhein sich zusammenschlossen, gehören zum größten Teil einem ursprünglich landsässigen Adel an, dem es gelungen ist, sich von der vordringenden Landesherrschaft zu emanzipieren. Der Kern zu jener Entwicklung lag allerdings in dem alten ständischen Reichsgut, das sich über das Interregnum hinaus in ziemlicher Masse in Schwaben, Franken, der Wetterau, dem Elsaß und dem oberen Rheintal erhalten hatte. Rudolf I. und seine Nachfolger waren bestrebt, von dem verschleuderten Gut soviel wie möglich zu retten (Revindikation des Reichsguts)<sup>4</sup> und von Reichslandvögten, die Beamtencharakter trugen, verwalten zu lassen. Das in den übrigen Territorien zerstreute Reichsgut wurde den Landesherren zur Verwaltung überwiesen und bald völlig aufgesogen, — in Trier wurden Ende des XIV. Jahrhunderts, zur selben Zeit wo sich die schwäbischen Reichsstädte gegen die Verpfändungen Karls IV. in Einungen zusammenschlossen, die letzten Reichsburgen vom Erzbischof lehnsabhängig<sup>5</sup>.

In Schwaben scheint sich eine mehr oder minder große Zahl von Reichslehen, von Rittern, die als alte Reichsministeriale auf die Bezeichnung Reichsritter mit Recht Anspruch machen konnten, bis in das XVI. Jahrhundert hinein erhalten zu haben, in der Wetterau sind bemerkenswert eine Reihe von Reichsburgen, wie Cronberg, Reiffenberg, Geln-

---

4. cf. Schroeder, Rechtsgeschichte<sup>4</sup> p. 507; v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1879 f., III 141.

5. Ueber gleiche Bestrebungen des Markgrafen Wilhelm v. Jülich 1328—61 cf. Wieth, Die Stellung des Markgrafen Wilhelm v. Jülich zum Reich 1345—61. 1882 Diss.

hausen, Friedberg, Lindheim, Staden, wohl alle Ganerbschaften. Gegenüber der großen Masse des landsässigen Adels waren diese Reichsschlösser sicher sehr in der Minderzahl (vielleicht selbst in Schwaben), aber sie hinderten nicht weniger als die zahlreichen größeren und kleineren Reichsstädte und kleinen Grafschaften in Südwestdeutschland, daß eine geschlossene Reihe von bedeutenderen Territorialherrschaften sich bildete. Die Folgen waren unausbleiblich. Wo die starke Hand und der einigende Gedanke fehlte, um die verschiedenen Stände und einzelnen Individuen unter eine staatliche Ordnung zu beugen, mußte sich ein zügelloser Kampf kleiner und kleinster Gewalten untereinander entwickeln. Während z. B. im nördlichen Rheinland gegen Ende des Mittelalters im allgemeinen geordnete Verhältnisse herrschen und namentlich das Fehdewesen seit dem XIV. Jahrhundert dem ordentlichen rechtlichen Verfahren weichen mußte<sup>6</sup>, ist in Schwaben und Franken das Recht der ritterlichen Selbsthilfe nie erloschen und mußte auch dem traurigsten Strauchrittertum eine rechtliche Formel leihen.

Die Reichsstädte, für deren Gedeihen friedliche Verhältnisse eine Grundbedingung sind, kamen zuerst auf den Gedanken, sich zu Bünden zusammenzuschließen, die zwei Hauptzwecke trugen, den Landfrieden, namentlich gegen die Raubritter zu wahren und sich zu wehren gegen die Unterwerfung unter die Landesherrschaft, die ihnen immer in der Form der Verpfändung drohte.

Ihnen folgte darin, anfänglich mit ungleich geringerem

---

6. Ueber die Beseitigung des Fehdewesens durch die Territorialherren cf. v. Below, Die städtische Verwaltung des Mittelalters als Vorbild der späteren Territorialverwaltung, historische Zeitschrift 75 p. 462 ff. — Auch in Bayern ging das Fehdewesen vor der erstarkenden Staatsgewalt im XV. zurück; cf. Riezler III 749; 1444 fand ein erfolgreicher Kampf gegen die Raubritter statt, das. III 356.

Erfolg, der Adel<sup>7</sup>. Ritterliche Gesellschaften tauchen urkundlich in Deutschland in der ersten Hälfte des XIV. Jahrhunderts auf, in seiner zweiten Hälfte entwickeln sie ein üppiges Leben. Vornehmlich in Bayern, Schwaben, Franken, Hessen, aber auch in allen andern Gegenden bis nach Ungarn und Preußen hin begegnen um diese Zeit Einungen<sup>8</sup>. Soweit sie nicht bloß religiösen, gesellschaftlichen und höfischen Zwecken dienten, setzen ihre Stiftungsurkunden vornehmlich folgende Zwecke fest:

1. Friede unter den Genossen und Entscheidung ihrer Streitigkeiten vor einem gütlichen oder rechtlichen Austrag.

2. Gegenseitige bewaffnete Hilfe gegen jedermann, vielfach mit Ausnahme des Landes- und Lehnsherren.

Geschlossen wurden die Einungen durchweg auf bestimmte Zeit. Es handelt sich bei ihnen aber nicht, wie bei den süddeutschen Städten bloß um reichsunmittelbare Gewalten; landsässige und Reichsritter, Herren und Grafen, selbst Fürsten gehören ihnen ohne Unterschied an.

Ritterliche Einungen und Fehdewesen stehen in engem Zusammenhang. Das Entscheidende bei vielen der älteren Ritterscheinungen ist weniger, den Landfrieden dadurch zu befördern, daß sich möglichst viele in einem Friedensbund zusammenschlossen, als vielmehr die Absicht, die geeinten Kräfte zu bestimmten kriegerischen Zwecken zu verwerten<sup>9</sup>.

---

7. Ueber die städtischen und ritterschaftlichen Einungen reiches Material bei Otto Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht 1868 ff. I.

8. Gesellschaft vom Drachen in Oesterreich-Steiermark-Ungarn; Eidechsenbund im Kulmerland, Gierke I 491.

9. So z. B. die Gesellschaft vom Stern c. 1370 gegen den Landgrafen Hermann v. Hessen, die von der alten Minne in Hessen, die westfälische Gesellschaft 1385, die Bengler 1391 gegen Paderborn; cf. Landau, Die Rittergesellschaften in Hessen während des XIV. u. XV. Jhdts., Kassel 1840. Andre, namentlich wo Städte u. Fürsten mit im Bunde waren, trugen mehr den Charakter einer Landfriedenseinung, so die Gesellschaft mit der Sichel 1391, ebenso

Im XV. Jahrhundert trat hierin eine Aenderung ein. Da wo die Landesherren schon vorher stark genug waren oder es allmählich wurden, kamen auch die Ritterschaften nicht auf oder konnten sich nicht dauernd halten. Sie werden im Laufe des XV. Jahrhunderts auf Schwaben und Franken beschränkt. Aber auch hier nehmen sie ein anderes Bild an.

Jene wilde Fehdelust der alten Gesellschaften trat in ihnen als Selbstzweck völlig zurück. Um so schärfer prägte sich die Tendenz aus, die vereinzelt machtlosen Kräfte zu sammeln gegen die Territorialherren. Gewiß gab es unter den Einungsverwandten genug, die von dem Zusammenschluß ernstlich die Beförderung des Landfriedens, die Errichtung einer schnellen und unparteilichen Justiz erhofften, aber doch nur mit dem Vorbehalt, daß der Adel dabei unabhängig von dem Landesherren bleibe.

Gegen die landesherrliche Gerichtsbarkeit und die Steuerforderungen wandten sich seit 1402 vorzüglich die fränkischen Einungen. Sie beanspruchten Beede- und Steuerfreiheit für alle Mannlehen, Zoll- und Steuerfreiheit auch für ihre Hintersassen, für anerkaufte Bauern, verkaufte Rittergüter<sup>10</sup>.

Der Bischof von Würzburg besaß in seiner Diözese eine ordentliche weltliche Gerichtsbarkeit nicht bloß über Ritter, sondern auch über Grafen und Herren, die sich meist aus der alten gräflichen Gewalt, zum Teil auch aus der Landfriedensgerichtsbarkeit herleitete<sup>11</sup>. Dennoch bildete die gütliche oder rechtliche Entscheidung durch einen Austrag, nicht selten mit des Bischofs persönlicher Beteiligung,

---

der allerdings eben darum von Anfang an brüchige Bund von 1382 zwischen Hanse, Ritter und Städten in Schwaben, ein Vorläufer des schwäbischen Bundes.

10. cf. Fellner, Die fränkische Ritterschaft 1495—1524, historische Studien (Ebering, Berlin) Heft 50 1906, p. 82, 102, 121, 161, 178.

11. Das. p. 15 ff. Auf diese Arbeit stützt sich meine Darstellung der fränkischen Verhältnisse.



durchaus die Regel, sowohl bei Streitigkeiten der Mannen untereinander wie auch mit dem Landesherren<sup>12</sup>. Gerade in der Zeit, wo sonst die fehdelustigen Gesellschaften vor der erstarkenden Landeshoheit verschwinden, fangen sie in Franken an, eine steigende Bedeutung zu gewinnen. Die großen Landfriedenseinungen des XIV. Jahrhunderts haben noch die drei fränkischen Fürsten mit Grafen und Herren für alle ihre Dienstleute mit abgeschlossen, seit dem XV. Jahrhundert tritt die Ritterschaft als selbständiges Bundesglied auf, um die Mitte desselben ist sie „zu einer tatsächlich selbständigen, der fürstlichen ebenbürtigen Macht“ erstarkt<sup>13</sup>. Noch erheblich später, noch 1521 wird die fürstliche Gerichtsbarkeit als die einzige ordentliche vom Adel anerkannt, aber sie tritt nie in Kraft.

Nun aber ihrerseits gegen die adligen Friedbrecher energisch einzuschreiten, lag den Einungsverwandten so fern, daß vielmehr der verfolgte Heckenreuter auf ihren Versammlungen noch Unterstützung fand. Gegen das rechtlich unanfechtbare Einschreiten des ordentlichen landesherrlichen, des Reichs- und Bundesgerichts wandte sich 1522 die zu Schweinfurt versammelte Ritterschaft mit der Begründung, es möchten mit dem Uebeltäter auch Unschuldige getroffen werden, auch das kaiserliche Recht sage, „das besser sei, das vil mißhändler . . . sollen ungestraft übergangen werden, dann je zu zeiten einen unschuldigen zu strafen“<sup>14</sup>. So war denn Franken zu Beginn des XVI. Jahrhunderts eine Freistätte des Faustrechts. Die Schilderungen, die uns für diese Zeit über das Fehdewesen geläufig sind, passen, wenn wir von Ostdeutschland absehen, im wesent-

---

12. Das. p. 27.

13. Das. p. 81, 94, 103.

14. Beschwerdeschrift der in Schweinfurt am 25. nov. versammelten Ritterschaft an die Reichsstände. Deutsche Reichstagsakten, Jüngere Reihe III 1901 p. 712.

lichen nur noch für die fränkischen Lande. Hier ist die Heimat eines Götz v. Berlichingen und Hans Thomas von Absberg, um nur die bekanntesten Namen zu nennen. Der Bischof von Würzburg war dem Treiben seines Adels gegenüber ohnmächtig, seine Amtleute, selber adlig, versagten ihre Dienste gegen die Friedbrecher<sup>15</sup>, Streifkorps, welche Fürsten und Städte aussandten, erweckten allgemeine Erregung, auch der besser gesinnte Teil des Adels verabscheute das einzige Mittel, das Ordnung hätte stiften können, eine starke landesherrliche Gewalt.

Eine günstigere Wendung nahm das adlige Einungswesen in Schwaben dadurch, daß die Gesellschaft von St. Georgenschild dem 1487 gegründeten schwäbischen Bund als selbständiges Glied beitrug. Die dem Bunde eigene schnelle Exekution und seine militärische Kraft sorgten dafür, daß die schlimme Kehrseite des Einungswesens, Fehdelust und Heckenreuterei, mit Gewalt unterdrückt wurden. Gegen 140 Raubschlösser soll der Bund gebrochen haben. Als ihm 1521 Würzburg zur großen Erregung seines Adels beitrug, übte er auch hier prompte Justiz, indem er 1523 einige zwanzig der schlimmsten Raubnester zerstörte<sup>16</sup>.

Es sollte sich bald zeigen, daß nicht bloß in Schwaben und Franken der Adel sich genügend Unabhängigkeit von der Landesherrschaft mit ihren steigenden Anforderungen an die öffentlichen Leistungen des einzelnen und seine Unterordnung unter ihre Gewalt bewahrt hatte, um noch in letzter Stunde sich von ihr loszulösen, nämlich in einer ganzen An-

---

15. Im Markgräflerischen Gebiete erklärten die Amtleute, als sie gegen H. Th. v. Absberg aufgeboten werden sollten, dies nicht tun zu können, da die Hilfe nur zu ihrer aller Schaden verwendet werden solle, Fellner p. 226; im Bistum Würzburg legten 1522-14 Amtleute ihre Stellung nieder, um nicht gegen Franz v. Sickingen fechten zu müssen. Ulmann, Franz v. Sickingen 1872, p. 320.

16. cf. Fellner p. 224, 285.

zahl von Territorien am Rhein, namentlich Kur-Pfalz, Mainz und Trier.

Jene ununterbrochene Reihe von Ritterscheinungen wie in Schwaben, Franken, Bayern würden wir hier vergebens suchen. Schon 1381 vereinigten sich die rheinischen Kurfürsten als Antwort auf die Gründung der Löwengesellschaft zu einem Verbot ritterschaftlicher und städtischer Bündnisse<sup>17</sup>, zu einiger Bedeutung haben es die Einungen im Rheinland nie gebracht.

An der 1379 zu Wiesbaden gegründeten Löwengesellschaft<sup>18</sup>, die sich bald bis in die Niederlande und bayrischen Alpen erstreckte<sup>19</sup>, haben im rheinischen Gebiete außer Grafen und Herren nur die wirklich reichsfreien Ritter der wetterauischen Ganerbschaften sich beteiligt, auch ist diese Gesellschaft ebenso schnell verfallen, wie sie sich ausgebreitet hat. 1383 finden sich die letzten Spuren ihrer Existenz<sup>20</sup>.

Für das Jahr 1429 besitzen wir ein bestimmtes Zeugnis, daß Gesellschaften am Rhein nicht bestanden. Kaiser Sigismund schreibt nämlich der auf dem Gau und Westrich gesessenen Ritterschaft, er habe bemerkt, daß sie und andere Ritterschaft im Reich vast und merklich gedrungen würde; er halte es für nützlich und gut, daß sich Grafen, Herren und Ritter miteinander vereinigten und schicke ihnen deshalb seinen getreuen Diener Friedr. v. Flersheim. Sie möchten wohl merken und prüfen, was Nutz und Förderung das der Ritterschaft von St. Georgenschild gebracht habe und noch

---

17. Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins III 857; Günther III 590.

18. Bundesbrief der Löwengesellschaft abgedruckt bei Bürgermeister, Codex diplomaticus equestris I 865.

19. Gierke I 490; Riezler III 752.

20. Quidde, Der rheinische Städtebund 1381. Westdeutsche Zeitschr. II 354. 1389 vereinigen sich Grafen und Herren im Westrich, diesmal ganz ohne Ritterschaft, zu Zweibrücken. Bürgermeister I 870.

täglich bringe<sup>21</sup>. Von Erfolg scheint aber die Sendung Flersheims nicht gewesen zu sein.

1463 schlossen Grafen und Ritter im Waßgau (Pfalz) auf 10 Jahre eine „Heilige Geistgesellschaft“<sup>22</sup>. Sie nennt sich zwar eine geistliche Gesellschaft, unterscheidet sich aber in ihren Bestimmungen (Frieden unter den Einungsverwandten bzw. Austrag, gegenseitige Hilfe gegen Feinde) in nichts von den eben besprochenen Ritterschaften.

Endlich ist eine Urkunde vom Jahre 1495 überliefert<sup>23</sup>, in der ähnlich wie 1381 eine Reihe von Grafen und Herren, sowie Burggrafen, Baumeister, Ganerben und Gemeiner von sieben wetterauischen Reichsburgen (Friedberg, Gelnhausen, Reiffenberg, Cronberg, Falkenstein, Lindheim, Staden, Dorheim) sich auf fünf Jahre zu einem rechtlichen oder gütlichen Austrag vereinen, also auch hier fehlt wieder die landsässige Ritterschaft.

Daß aber schon damals der gesamte ober- und mittelrheinische Adel, ohne scharfe Begrenzung seines Bezirks, von der übrigen landsässigen Ritterschaft unterschieden und dem fränkischen und schwäbischen Adel gleichgeachtet wurde, darauf deuten die am Ende des XV. Jahrhunderts bestehenden Turniervesellschaften hin. Die vier Lande (Bayern, Schwaben, Franken, Rhein), jedes für sich in besonderer Ordnung zusammengeschlossen, vereinigten sich 1479 zur Abhaltung gemeinsamer Turniere. 1482 beschloß ein Rittertag zu Heilbronn, daß außer den obgenannten nur

---

21. Burgermeister I 31. Lünig, Reichs-Archiv 1710—22, VIII = part. spec. cont. II.

22. Burgermeister I 874.

23. Das. p. 1427. Dieselben treten in einer Einung von 1501 auf, an den älteren und späteren wetterauischen Grafenvereinen sind sie nicht mehr beteiligt; cf. W. Fabricius, Die älteren Landfriedens-einungen der Wetterauer Grafen. Archiv für hessische Geschichte, Neue Folge Bd. 3, 1904, p. 213.

noch der hohe Adel an den Turnieren teilnehmen dürfte<sup>24</sup>. Eine lange Dauer war hierauf den Turniargesellschaften nicht mehr beschieden, 1487 wurde wenigstens am Rhein das letzte Turnier zu Worms abgehalten<sup>25</sup>.

Bis zum Ende des XV. Jahrhunderts läßt sich also etwa soviel sagen, daß der Adel in Bayern, Schwaben, Franken und am Rhein sich eine weitgehende und fortschreitend zunehmende, aber örtlich sehr verschiedene und in einer Rechtsformel schwer faßbare Selbständigkeit vor der Landesherrschaft zu bewahren gewußt hat und dies selbst als Vorzug vor dem übrigen landsässigen Adel empfand.

## 2. Der südwestdeutsche Adel und der gemeine Pfennig.

Die Stellung, welche der südwestdeutsche Adel am Ende des XV. Jahrhunderts zu seinen Landesherren einnahm, war mehr tatsächlich, durch die Macht der Verhältnisse, als durch gemeinsames zielbewußtes Streben erreicht. Dieselben Vorbedingungen müssen in den vielen größeren und kleineren staatlichen Gebilden jener Gegenden die verhältnismäßig gleichartige, ungebundene und von staatlichen Fesseln kaum eingeeengte Verfassung des niederen Adels hervorgerufen haben. Von einer gemeinsamen Aktion kann zu dieser Zeit noch keine Rede sein, selbst in Franken vollzogen sich die Einungen streng abgesondert nach den Grenzen der drei Territorien (Würzburg, Bamberg und die markgräflerischen Lande). Die drei Landesherren waren sich der Gefahr wohl bewußt, als zu Beginn des XVI. Jahrhunderts der gesamte

---

24. cf. Riezler III 750, Turnierordnungen von 1482 u. 85 bei Burgermeister I 54, 58; Ordnung der Gesellschaft vom Esel in Schwaben 1481 u. 85, Lünig VIII, p. 2.

25. v. Piesports Collectaneum im St.-A., B. I 8.

fränkische Adel zur Vereinigung drängte, und stemmten sich dem nach Kräften entgegen, namentlich Würzburg<sup>26</sup>.

Nur ganz vorübergehend war es vorher zu umfassenderen wenig festen Verbindungen gekommen, die aber alsbald wieder in sich zusammenfielen, wie 1430 die Verbindung der fränkischen mit der schwäbischen, der schwäbischen Ritterschaft mit der bayrischen Gesellschaft von Eingehürn<sup>27</sup>, oder der Bund der bayrischen Löwler mit dem schwäbischen Bunde 1490<sup>28</sup>.

Ueberall ist der Kampf des Adels partikularistisch, an territoriale Grenzen geknüpft, vielleicht mit Ausnahme der schwäbischen Gesellschaft von St. Georgenschild, aber überall ist ihm gemeinsam die Richtung gegen die Territorialherrschaft. Es fehlt hingegen bis dahin die Tendenz, sich der Landesherrschaft völlig zu entziehen, sich als reichsunmittelbar, als Reichsritterschaft zu gebärden, es ist noch keine reichsritterschaftliche Bewegung, sondern, wie Riezler vom Löwenbunde sagt, ein Kampf der alten Privilegien gegen den modernen Staatsgedanken. Erst 1539 fällt auf einem der fränkischen Landtage vom Adel das Wort, sie seien freie Franken, keine Landsassen<sup>29</sup>.

Nur die schwäbische Ritterschaft ist auch hier wieder voraus. Mit den Reichsburgern Friedberg und Gelnhausen taucht sie bereits in der ersten Hälfte des XV. Jahrhunderts in der Reichsmatrikel auf<sup>30</sup>.

---

26. Fellner p. 111, 170.

27. Das. p. 86. Roth von Schreckenstein, Geschichte der ehemaligen freien Reichsritterschaft 1859, I 642.

28. Riezler III 536.

29. Fellner p. 297.

30. 1431, 67, 95. Neue Sammlung I 138, 221, II 22. Friedberg u. G. 1467, 80, 87, N. S. I 221, 270, 286. Die bekannte Unvollständigkeit und Unzuverlässigkeit der Reichsmatrikel bietet übrigens keinen sicheren Beweis für Reichsunmittelbarkeit. So ist 1467 die Ritterschaft von Jülich u. Geldern in ihr aufgenommen, 1467, 71, 80, 87 des Kloster St. Mathias in Trier, das nie Anspruch auf

Eine Wendung zur Reichsunmittelbarkeit hin bekamen die Bestrebungen der Ritterschaften erst durch die im Jahre 1495 ernstlicher einsetzende Reichsreform, unmittelbar anknüpfend an den gemeinen Pfennig und die Erklärung des ewigen Landfriedens.

Beide wirkten darauf hin, die staatsrechtlichen Beziehungen der unmittelbaren Gewalten zum Reich zu klären und dort wo sie noch zweifelhaft waren, eine Entscheidung in diesem oder jenem Sinne herbeizuführen. Damals bildeten sich allmählich die Grafenbänke im Reichstag heraus.

Für den niederen Adel konnte es nach seiner Vergangenheit nicht zweifelhaft sein, nach welcher Seite er sich zu schlagen habe.

Zunächst freilich machte sich bloß dieselbe Opposition gegen die Anforderungen des Reichs geltend wie bisher gegen die landesfürstliche Gewalt. Die den gemeinen Pfennig angehenden Reichstagsbeschlüsse von 1495 an sind oben besprochen worden. Die selbständigere Stellung und das höhere Ansehen, das die spätere Reichsritterschaft schon damals genoß, prägt sich im Abschied dadurch aus, daß Verhandlungen mit ihr durch die verschiedenen Landesherren besonders gefordert werden, während der Adel in den übrigen Territorien nicht genannt wird. Nämlich es soll handeln: Trier mit seiner Ritterschaft (§ 8), ebenso Köln (§ 9); mit der Ritterschaft am Rhein, was in der Pfalz ist, der Pfalzgraf (§ 27); desgleichen zu Bayern die drei Herzöge, jeder in seinem Land (§ 24); im Land zu Franken die beiden Bischöfe und der Markgraf (§ 19); mit Grafen und Ritterschaft um Metz und Westrich, Trier und Lothringen (§ 22); im Breisgau, Sundgau und Elsaß der König und der Bischof

---

Reichsunmittelbarkeit erhoben hat; cf. Moser, Staatsrecht von Kur-Trier, p. 64, § 17. N. S. I 221, 243, 267, 286; ferner die Vögte v. Hunolstein, trierische Ministeriale 1431, 67, 71, 80, N. S. I 139, 221, 242, 266 cf. oben p. 50.

von Straßburg (§ 23), in der Mortnau der Markgraf von Baden (§ 26), zu Schwaben Hauptleute und Räte des Bundes<sup>31</sup> (§ 20). Bis auf Bayern und Köln gelangte später in allen diesen Gebieten die reichsritterschaftliche Bewegung zum Durchbruch.

Auf einmal sah sich nun der Adel, der sich bisher teils im offenen und versteckten Kampfe, teils, wie im Elsaß und großen Teilen des Rheinlands unbehelligt eine fast unbegrenzte Selbständigkeit bewahrt hatte, von Seiten des Reichs in seiner altadligen Freiheit bedroht: er befürchtete zinsbar und verachtet wie die Bauern, einer steigenden Besteuerung ausgesetzt zu werden, wenn er den gemeinen Pfennig erst einmal bewilligt habe<sup>32</sup>. Die Berufung auf seiner Eltern ritterliche Taten und die Darreichung ihres Guts und Bluts im Falle der Not wurde um so eifriger von ihm erhoben, je weniger seine eigenen Taten und die veränderten Verhältnisse dem zu seiner Zeit entsprechen wollten.

Auch die bisher trägen Elemente am Rhein kamen jetzt in Bewegung, sie alle wandten sich gegen einen gemeinsamen Feind und damit war der erste Anstoß gegeben, der zum Zusammenschluß der drei Ritterkreise führen sollte. 1496 kam es zu einer Protestversammlung des gesamten oberdeutschen Adels zu Schweinfurt<sup>33</sup>. Die Verhandlungen des pfälzischen Kurfürsten blieben ebenso wie die der fränkischen Herren mit ihrem Adel erfolglos<sup>34</sup>. Dieser erste gelungene Widerstand vermochte zunächst nur, die Opposition gegen die folgenden Reichssteuerpläne noch zu verstärken. Am leidenschaftlichsten ging es dabei immer in

---

31. N. S. II 24f. Fellner p. 110. — Die acht Schlösser in der Wetterau sollen besonders beschrieben werden, § 18.

32. Programm eines Ortstags vom 24. febr. 1496, Fellner p. 110ff.

33. Fellner p. 119.

34. Das. n. 30.



Franken her. Die Beschlüsse des Reichstags von 1500 riefen dort eine stürmische Bewegung hervor. Der Adel drohte mit gewaltsamer Erhebung, wägte seine Streitkräfte ab und schrieb eine Vermögenssteuer aus, um Fußknechte gegen seine Landesherren anwerben zu können, die über seinen Kopf weg auf dem Reichstag dem gemeinen Pfennig zugestimmt hätten. Die fränkischen Fürsten standen hilf- und ratlos da. Der Bischof von Bamberg erklärte eingeschüchtert, er habe die Steuer nur für seine Leute, soweit er ihrer mächtig sei, nicht auch für den Adel bewilligt, schließlich ließen sie sich drängen eine gemeinsame Botschaft gleichen Sinnes an den König zu schicken<sup>35</sup>. Auch am Rhein versammelten sich 1501 eigenmächtig Grafen, Herren und Ritterschaft aus dem Elsaß, Waßgau, Gau, der Balze? und dem Grabgau. Ein weiterer Tag wurde für dasselbe Jahr nach Speyer angesetzt. Zu diesem sollten auch die Franken zum Abschluß einer Vereinbarung ihre Boten schicken, auch sollte die Ritterschaft aus der Eifel und dem Stift Trier vertreten sein.

In den folgenden Jahren hat der gemeine Pfennig schon seinen Schrecken verloren, 1505 zu Köln verzichtete König Max ganz darauf. 1512 verlangt der Abschied in vorsichtigen Ausdrücken nur die Einbeziehung der adligen Hintersassen in die Steuer. Wahrscheinlich steht hiermit eine erneute Versammlung des rheinischen Adels in Zusammenhang<sup>36</sup>. Erst 1529 bzw. 1532 tritt der Kaiser in Schwaben und Franken mit der Ritterschaft in diesmal erfolgreiche Unterhandlungen.

Gegen den gemeinen Pfennig opponierte der Adel leidenschaftlich, durch den ewigen Landfrieden ließ er sich in seinem ritterlichen Handwerk nicht stören. Das Fehdewesen in Franken blühte vielleicht nie üppiger als zu Beginn des XVI. Jahrhunderts, die wetterauischen Reichsburgern waren, wie anscheinend alle Ganerbschaften, ein beliebter Schlupf-

---

35. Roth II 156.

36. Ulmann p. 20.

winkel für allerlei verwegene adlige Gestalten<sup>37</sup>, im Rheinland brachte die außergewöhnliche Persönlichkeit Sickingens das Fehdewesen auf seinen Höhepunkt, seine großen Züge bewirkten bald eine allgemeine Unsicherheit, die den fränkischen Verhältnissen wenig nachstehen mochte und auch die Blicke des Kaisers auf sich lenkte<sup>38</sup>. Es hieß er habe 1517 nicht gewagt, von Oberlahnstein aus den Rhein zu befahren, sondern sei durch den Heinrich (im Taunus) gezogen. Zur selben Zeit erbat er sich vom Nürnberger Rat zwölf Geschütze, um den Adel im Odenwald zu meistern, der in Gemeinschaft mit Sickingen die Straßen unsicher mache. Der Mainzer Reichstag von 1517 machte einen schwachen Versuch, diesem Unwesen zu steuern.

Kaiserliche Kommissarien sollten mit dem Adel an vier Malstätten, in Friedberg, Gelnhausen, Bingen und Wimpfen verhandeln und ihm den Entwurf zu einem neuen Ritterrecht, zunächst auf sechs Jahre vorlegen. Hiernach sollten die Ritter zu einem gütlichen und rechtlichen Austrag vier, vom Kaiser zu besoldende Ritterrichter wählen, zwei am Rhein, je einen in Schwaben und Franken. Jeder Achtzehnjährige sollte in Zukunft dem Gerichtshauptmann an Stelle des Kaisers Gehorsam schwören und aller Heckenreuterei absagen. Der Eid sei an sich selbstverständlich, man habe ihnen denselben bisher nur wegen der ehrsamten Haltung ihrer Vorfahren erlassen. Bis jetzt sind nur Nachrichten von Gelnhausen und Friedberg über die Aufnahme dieses Entwurfs bekannt geworden. Annehmbar und wünschenswert erschien den dortigen Burgmannen nur ein Austrag für ihre Klagen mit den höheren Ständen. Sowohl den Austrag unter sich als auch den Eid an den Kaiser lehnen sie ab<sup>39</sup>. Der jeder Ordnung, auch wenn diese den landesherrlichen Ansprüchen

---

37. Ulmann 104.

38. Das. p. 74 ff.

39. Ulmann p. 236.

direkt entgegengesetzt war, widerstrebende Unabhängigkeits-sinn des Adels konnte sich nicht schärfer aussprechen, sehr mit Recht hatte bereits früher König Max an den Statthalter des Reichsregiments geschrieben, daß die Franken bei Anforderungen des Reichs sich auf ihre Pflichten gegen die Fürsten beriefen, und sich hinwiederum des Reiches bedienten, wenn ihnen von den Fürsten einiger Bezwang begegne, als ob diese nicht ihre Herren seien; das haltlose Schwanken hin und her, um von keinem von beiden in Abhängigkeit zu geraten, war typisch für diese Zeit des Uebergangs in der ritterschaftlichen Verfassung.

Es bedeutete einen kleinen Schritt näher zur Reichs-unmittelbarkeit hin, als es 1521 auf dem Reichstag zu Worms den fast vollzählig erschienenen fränkischen Grafen und Herren gelang, das von ihnen heiß erstrebte Ziel eines rechtlichen Austrags mit den Fürsten noch in letzter Stunde zu erreichen. Der bereits abgeschlossenen Kammergerichtsordnung wurde auf ihr Drängen ein Passus über den Austrag zwischen Fürsten einerseits, Grafen, Herren und Ritterschaft andererseits angehängt<sup>40</sup>.

Mit diesem Reichstagsbeschluß steht vermutlich die Landauer Einung des rheinischen Adels in engem Zusammenhange.

Bereits 1521 fand in Landau eine Versammlung der Ritterschaft aus dem Wasgau „und anderer mehr“ statt. Man erwartete wohl 500 Pferde, doch waren nicht mehr als 10 da. Was damals verhandelt wurde ist unbekannt<sup>41</sup>. Auch hören wir von einem unter Beisein von Sickingens nächsten Freunden am 22. Januar 1522 gestifteten wette-rauisch-mittelrheinischen Ritterverein mit denselben Bestimmungen wie der spätere Landauer<sup>42</sup>. Anfang August 1522

---

40. Reichstagsakten jüngere Reihe II 234, 244 ff.

41. Fellner p. 198 n. 88 aus einer Landauer Chronik.

42. Ulmann p. 248 ff.

traf, nach einer Nachricht aus der Flersheimer Chronik zu urteilen auf Sickingens Ausschreiben und Initiative der ober-rheinische Adel in Landau zusammen. Vertreten waren Kraichgau, Ortnau, Westrich, Wasgau, Rheingau, Hunsrück und Nahe, also etwa das obere Rheintal einschließlich Baden, die Pfalz, das nördliche Elsaß und der pfälzische Hunsrück. Die Zeitgenossen argwöhnten viel böse Anschläge, die auf diesem Tag verhandelt worden seien und denen man im Einungsbrief nur ein harmloses Mäntelchen umgehängt habe, doch haben wir nach Analogie der fränkischen Einungen allen Grund anzunehmen, daß dabei keine außergewöhnlichen oder besonders geheimnisvollen Pläne geschmiedet wurden. Die Bestimmungen des Einungsbriefes sind nicht grundsätzlich verschieden von den in Franken und sonst, auch am Rhein selbst, schon längst üblichen. Beginnend mit dem für diese Zeit häufig erlassenen und weniger denn je befolgten Verbot des überflüssigen Zutrinkens und gotteslästerlichen Fluchens enthält er in der Hauptsache Bestimmungen über die Einrichtung eines gütlichen oder rechtlichen Austrags der Genossen untereinander und namentlich auch mit fremden Gewalten höheren und niederen Stands. Alle Sachen, die vor den Lehnsrichter gehören, sind ausgeschieden; durch Fehden, bei denen der Ritter Grafen, Städten usw. zu Diensten verpflichtet ist, soll der Einung kein Eintrag geschehen. In allen dem liegt kein neuer Gedanke. Charakteristisch ist auch hier wie bei allen Einungen bis zu dieser Zeit, daß es nie gelingen wollte, den ganzen Adel darin zusammenzufassen. Der Beitritt erfolgte immer bloß persönlich. Auch diesmal fühlte man sich bewogen, „etlichen vom adel, die aus beweglichen ursachen itz gegenwertiger zeit nit haben können annehmen“, den späteren Beitritt offen zu lassen. Zeitlich war die Einung auf sechs Jahre begrenzt.

Sickingen hat zweifelsohne an ihrem Zustandekommen

---

43. Der Einungsbrief bei Lünig VIII, Absatz III p. 3, Bürgermeister I 151.

hervorragenden Anteil gehabt. Er hat den Tag berufen und ist auch zum Hauptmann gewählt worden. Aber es wäre falsch, darum den Rittertag, der gleichsam eine offizielle Vertretung des rheinischen Adels darstellte, für die trierer Fehde verantwortlich zu machen, diese anzusehen als eine auf gemeinsamen Beschluß erfolgte „reichsritterschaftliche“ Erhebung gegen Fürstenmacht und Pfaffentum. Fehde wie Einung haben zwar beide ihren Grund in der ritterlichen Ungebundenheit, aber beide Erscheinungen laufen doch selbständig nebeneinander her. Sickingens Unternehmung gegen Trier war ein rein persönlicher Raubzug, nur begnügte er sich nicht damit, wie die fränkischen Heckenreuter als adliger Wegelagerer bei guter Gelegenheit einen Warenzug abzufangen oder mit einer kleinen Bande verkappter Gesellen die Umgegend einer Stadt unsicher zu machen, sondern übersetzte seine Raubzüge, in der trierischen Fehde wie bei den übrigen, in größeren Stil, aus dem kleinen Raubritter ist ein zeitweilig mächtiger und vielumworbener abenteuernder Condottiere geworden. Sein Auftreten war zwar geeignet, das Selbstgefühl des niederen Adels bis zur Maßlosigkeit zu steigern, aber ihn als bewußten Führer einer reichsritterschaftlichen Bewegung zu bezeichnen, geht nicht an. Sickingen war überhaupt kein zielbewußter Politiker, er war ebenso wenig ein ritterschaftlicher Parteiführer. Die Wendung, die ein Jahrzehnt nach seinem Tode die ritterschaftliche Sache anzunehmen anfang, lag seinen Gedanken noch völlig fern. Auch läßt nichts darauf schließen, daß die Fürsten nach dem bekannten Zusammenbruch auch nur auf den Gedanken gekommen wären, ihren Sieg in der Weise auszubeuten, daß sie den widerspenstigen Adel in seiner Gesamtheit stärker unter ihre Landeshoheit beugten. Wohl lastete ihre Hand schwer auf der Familie des Unterlegenen und seiner nächsten Freunde, Hartmut v. Cronberg, Hilchen v. Lorch, Boos v. Waldeck und andere mehr, aber man wollte damit die einzelne Persönlichkeit, nicht den ganzen Stand treffen.

Doch war es mit Fehdewesen und Heckenreiterei jetzt jählings zu Ende. Die Niederlage Sickingens im Rheinland, die damit zeitlich zusammenfallende Exekution des schwäbischen Bundes in Franken mußte die Ritterschaften belehren, daß ihre Freiheit im Sinne einer völligen individuellen Unbeschränktheit sich allerdings nicht mehr behaupten ließ, nach einem tollen Kehraus wurde das Fehdewesen durch das „gut bürgerliche“ Geschütz ins Grab gesenkt. Aber die alte Neigung sollte bald in neuem Gewande und mehr den Zeitverhältnissen angepaßt wiederkehren. Allerdings im ersten Augenblick hatte es den Anschein, als wenn ein lähmender Schreck sich über die Kreise des niederen Adels verbreitet hätte. Die Einungen sind in Franken und am Rhein spurlos vom Boden verschwunden, als 1528 ein kaiserlicher Gesandter mit dem fränkischen Adel über eine Türkenhilfe verhandeln wollte, wußte er nicht, an wen er sich wenden sollte<sup>44</sup>. Die schwäbische Gesellschaft von St. Georgenschild bestand innerhalb des schwäbischen Bundes weiter.

Es war nach den letzten Ereignissen klar, daß auch der Adel sich jenem ewigen Landfrieden unterordnen müsse, der seit 1495 in der Theorie errichtet, in Reichskammergericht und Kreiseinteilung organisiert, seither ein ständiger Gegenstand der Reichstagsverhandlungen gewesen war. Die Frage war nur, wie sich die Ritterschaft dabei zur Territorialherrschaft stellen würde, und da waren die Charitativsubsidien, anknüpfend an den letzten gemeinen Pfennig, der Preis, um den sie sich endgültig und staatsrechtlich anerkannt der Landesherrschaft zu entziehen vermochte.

Direkte Beziehungen des niederen Adels zum Kaiser gehen zurück bis in die Tage Sigismunds. Er hatte 1422 im Gefolge der Hussitenkriege seiner und des Reiches Ritterschaft in Schwaben die bisher streng verpönten ritter-

---

44. cf. Fellner p. 291.

lichen Einungen erlaubt<sup>45</sup>, ein völliger Bruch mit der Tradition, er hatte im selben Jahre die Gesellschaft von St. Georgenschild bestätigt<sup>46</sup> und 1429 das erwähnte Sendschreiben an den rheinischen Adel erlassen<sup>47</sup>. Friedrich III. konnte bereits gegen die bayrischen Herzöge die Gesellschaft der Böckler und Löwler unterstützen; er begünstigte dort das in seinen Keimen erkennbare Streben von Landsassen nach Reichsunmittelbarkeit durch ihre Erhebung zu Reichsfreiherrn<sup>48</sup>.

Unter Maximilian beginnen dann direkte Verhandlungen des Kaisers mit der Ritterschaft um den gemeinen Pfennig. So sind schon 1495 in Franken neben den drei Landsherren auch kaiserliche Räte vertreten, ebenso 1512<sup>49</sup>, doch will der Adel zu dieser Zeit auch vom Kaiser noch nichts wissen. Es tritt nun eine längere Pause ein, in deren Mitte die besprochenen Ereignisse in Franken und am Rhein fallen.

Es mag unentschieden bleiben, ob 1532 der allgemeine Umschwung der Stimmung in Deutschland<sup>50</sup> und die handgreifliche Gefahr einer türkischen Invasion oder der Eindruck der letzten Niederlagen die Ritterschaft geneigter machte, in eine Türkenhilfe einzuwilligen, genug, in Schwaben und Franken fanden die kaiserlichen Kommissarien diesmal ein offenes Ohr. Die schwäbische Ritterschaft sandte Kriegsvolk, soviel sie in der Eile aufbringen konnte, erschien auch zum Teil persönlich, wem dies nicht möglich war, der sandte Geld. Das Eis war nun gebrochen, um mit Kerner zu reden<sup>51</sup>, und ein neuer Abschnitt beginnt

---

45. Bürgermeister I 30, Lünig VIII, I 21.

46. Roth I 550.

47. cf. p. 113.

48. Riezler III 536, 532, 746.

49. Fellner 112, 130, 131.

50. cf. v. Bezold, Reformationsgesch. p. 538.

51. Kerner, Staatsrecht der unmittelbaren, freien Reichsritter-

mit der Bewilligung der ersten Charitativsubsidie für den südwestdeutschen Adel, das bewußte Streben nach Reichsunmittelbarkeit.

1542 willigte auch die rheinische und elsässische<sup>52</sup> Ritterschaft zum erstenmal in einen Reiterdienst, doch sah der Kaiser von einer persönlichen Dienstleistung völlig ab. St. Georgenfahne sollte aus bewegenden Ursachen in Ruhe bleiben, allerlei Unordnung zu verhüten<sup>53</sup>.

Der Adel erlangte jetzt durch die Subsidien dauernd ein festes Verhältnis zum Kaiser, dieser unterstützte seine Interessen, indem er ihn durch reichliche Privilegien, die freilich größtenteils im Widerspruch standen zu älteren fürstlichen Rechten, nicht zuletzt den in der goldenen Bulle festgelegten, ausstattete. Der Kaiser war an der Ausbreitung und Erhaltung der Reichsritterschaft ziemlich lebhaft interessiert, denn ihre Subsidien bildeten immerhin keinen geringen Teil seiner Einnahmen. Bis unter Ferdinand III. (1637—57) nur in Türkenkriegen gefordert, verlangte der Kaiser sie dann auch bei anderen Gelegenheiten, selbst in Friedenszeiten<sup>54</sup>. Auch gehen die Subsidien nicht immer parallel mit den Matrikularbeiträgen der auf dem Reichstag vertretenen Stände.

---

schaft in Schwaben, Franken und am Rhein. 1786—89. p. 140 ff. Ausschreiben und Revers für die schwäbische Ritterschaft Bürgermeister II 405, 407, Lünig VIII, I 22, 23.

52. Alfred Overmann, Die Reichsritterschaft im Unterelsaß. Zeitschrift für die Gesch. des Oberrheins, Neue Folge Bd. XI, 1896.

53. Roth II 290.

54. Kerner III 151.

---



## **VI. Der Rheinische Ritterkreis.**

### **1. Sein Umfang.**

Die geringen Ansätze zu einer zudem rein freiwilligen Organisation, die wir bis zum Jahre 1522 in den Rheingegenden beobachten konnten, gaben ein wenig deutliches Bild von dem Umfang der „rheinischen“ Ritterschaft. Dieses mußte sich klären, seitdem sie zu Reichssteuern herangezogen wurde; nur wer Subsidien zu zahlen verpflichtet war, zählte auch zur Reichsritterschaft.

1544 ließ Karl V. Ritterschaft und Adel am Rheinstrom, vom Hagenauer Forst bis an das Erzstift Trier, Friedberg, Gelnhausen samt ihren Burgmännern und die Ritterschaft in der Wetterau beschreiben. Unter den Beschwerden, welche diese Versammlung vorbrachte, befand sich auch die Bitte, kaiserl. Maj. wolle den Adel rheinischen Bezirks nicht kürzen, sondern ihn „wie von altersher“ von Basel bis an das Land zu Jülich bestehen lassen<sup>1</sup>. In solchem Umfange hat nie ein Zusammenhang zwischen dem Adel bestanden. Die elsässische Ritterschaft bildete sich zur selben Zeit eine eigene Organisation, Mornau und Kraichgau in der badischen Rheinebene, die noch auf dem Landauer Tag vertreten waren, schlossen sich dem schwäbischen Kreise an<sup>2</sup>. Doch erging die kaiserliche Kredenzschrift vom Jahre 1547 an die Reichsritterschaft vom Hagenauer Forst bis an das Erzstift Köln, in der Wetterau und Westerwald bis an das

---

1. Kopialbuch der Ritterabschiede R. R. Kanton Niederrhein II 1.

2. Kerner II 19.

Land zu Bergen. Ein Verzeichnis der rheinischen Ritterschaft vom Jahre 1547 enthält eine genauere Begrenzung dieser Striche<sup>3</sup>.

1. Waßgau. Vom Hagenauer Forst das Gebirg hinab auf Zweibrücken bis gen Lautern, auf der anderen Gebirgsseite bis Neustadt (also die Hardt) weiter Westrich und Eberswald bis St. Wendel, die Brems hinab bis an die Saar bei Wallerfingen.

2. Hunsrück und Mosel. Von der Brems ab die Saar herunter bis an die Mosel, diese herunter, den Rhein herauf bis Bingen, die Nahe herauf bis St. Wendel, die Eifel hinein bis an Köln.

3. Wormser Gau. Vom Hagenauer Forst die Ebene bis an Rhein und Nahe.

4. Wetterau, Westerwald und Rheingau. (Von Mainz den Main aufwärts bis Aschaffenburg und von dannen wieder herum auf Gelnhausen, folgendes herüber auf den Lahnstrom und zu dessen Seiten den Westerwald).

## 2. Organisation des rheinischen Kreises.

Die Organisation des rheinischen Kreises hängt eng mit der Entwicklung der Charitativsubsidiën zusammen. Erst jetzt gelang es, den gesamten Adel in einer Genossenschaft zu vereinigen. Die früheren Einungen waren immer nur auf bestimmte Zeit geschlossen, die Zugehörigkeit an persönlichen Beitritt geknüpft. Jetzt änderte sich das Verhältnis in der Weise, daß jeder Adlige, der Güter und Renten besaß, zu der vom Ritterschaftstag bewilligten Steuer verpflichtet war; auch sein freiwilliger Austritt oder Ausstoßung aus der Genossenschaft, der man später erst durch Aufnahme in die Matrikel angehörte, konnten von dieser Verpflichtung nicht lösen. Bei den ersten beiden Versammlungen, 1542 und 1544 war noch keinerlei Organisation vorhanden, ab-

---

3. t. a. II 589. Weitere solcher höchst unvollständigen Personallisten von 1548, 52, 57 t. a. II 600, 623, 752.

gesehen davon, daß auf dem Rittertage selbst, wie auch später noch, jedesmal ein engerer Ausschuß gebildet wurde, der die Unterhandlungen zwischen den kaiserlichen Kommissarien und dem Plenum vermittelte. 1547 gab der Kaiser wie im Elsaß, so auch am Rhein den Anstoß zur ersten Organisation des rheinischen Kreises.

Damit alle vorfallenden Sachen mit wenigster Beschwerung und Anstoßen der Ritterschaft desto fürderlicher und bequemlich verrichtet werden mögen, fordert er sie auf, Hauptleute und einen ständigen Ausschuß unter sich auszuwählen<sup>4</sup>. Es wurden denn auch Franz Conrad v. Sickingen auf der linken, Joh. Brendel v. Homburg auf der rechten Rheinseite zu Hauptleuten ernannt und ihnen je sechs Räte zugeordnet<sup>5</sup>. Diese Räte sind in den folgenden Jahren mehrfach bei der Einnahme und Verwaltung der Subsidien tätig, doch verfiel die Einrichtung bald wieder. Neue Steuerforderungen des Kaisers im Jahre 1565 führten zu einer Reorganisation der Verfassung. Man beschloß den rheinischen Kreis in vier Orte mit zugeordneten Hauptleuten und Räten zu teilen. Es sind die oben umschriebenen vier Distrikte. Für jeden wählte man einen Hauptmann und sechs Räte. Die lange Dauer bis zur nächsten Umlage ließ nochmals die Tätigkeit von Hauptleuten und Räten einschlafen. Erst durch einen Rittertag im Jahre 1576 wurde diese neu belebt, damit es nicht notwendig sei, daß jedesmal die ganze Ritterschaft mit Rossen zusammen erfordert werde. Der Tag ernannte an Stelle der verstorbenen Räte neue, sie sollten sowohl eigene Ortskonvente berufen können,

---

4. Kais. Instruktion an Joh. Brendel v. Homburg, Burggrafen zu Friedberg t. a. II 10.

5. Kopialbücher der Kreisabschiede R. R. Kanton Niederrhein II 1—4: 1. 1544—99, 2. 1600—50, 3. 1650—99, 4. 1700 ff. Auf diese sei bei den folgenden Abschiedszitaten ein für allemal verwiesen.

wie auch mit den Ausschüssen der anderen Orte sich zu Beratungen vereinigen. Die seit diesem Jahr ziemlich ununterbrochene Erhebung von Subsidien machte von selbst ein Fortbestehen des Rittersrats notwendig, der nun auch bald seine Tätigkeit auf andere ritterschaftliche Angelegenheiten ausdehnte.

Seit Ende des XVI. Jahrhunderts hatte der Kreis nur noch drei Orte, Gau und Wasgau bilden den ober-rheinischen, Westrich-Hunsrück-Eberswald-Trier den nieder-rheinischen, die Gebiete des rechten Rheinufer den mittel-rheinischen Kanton. Diese Einteilung ist bis zur französischen Revolution geblieben.

1610 teilte man jedem der drei Hauptleute als weiteren Ausschuß 15 Räte für hochwichtige Sachen und als engeren Ausschuß für die gemeinen Sachen 12 Räte zu. Es hängt dies zusammen mit der zunehmenden Bedeutung des Ausschusses, seit Beginn des XVII. Jahrhunderts wurden in selteneren Fällen noch ordentliche Rittertage abgehalten und diese waren immer sehr schwach besucht, im allgemeinen kamen bloß die drei Hauptleute, allenfalls noch eine geringe Zahl von Räten zusammen. 1631 beschloß ein Ausschußtag, von nun an regelmäßig alle Vierteljahre zusammenzukommen, wenigstens zwei Hauptleute sollten sich alle Monate zusammenfinden.

Je zwei Hauptleute sollen das Direktorium des Kreises führen, von denen jedes Jahr einer abtritt. Von den Kreisgeschäften werden dem Direktorium in einem besonderen Passus alle Sachen überwiesen, die gemeine Freiheit gegen Fürsten und Herren angehen, auch wenn die Sache nur einen Ort betrifft.

Zu einer Kreiskasse, aus der die gemeinen Korrespondenztage, Schreibwerk, Boten usw. bezahlt werden, hat jeder Ort jährlich 100 Taler beizusteuern. Die dirigierenden Hauptleute haben dazu den Schlüssel und führen die Rechnung. Sitz der Kasse ist Mainz.

Einen Abschluß erreichte die Verfassung des rheinischen

Kreises durch die nach dem fränkischen Vorbilde von 1597 im Jahre 1652 erlassene Ritterordnung, die 1662 die kaiserliche Bestätigung erhielt<sup>6</sup>.

Diese richtet für den Kreis einen besonderen Ritterrat ein, zu dem jeden Orts Hauptmann und Räte ein Mitglied ernennen. Dieser Rat hat unter Zuziehung zweier Rechtsgelehrter<sup>7</sup>, eines Sekretärs und zweier Schreiber die Geschäfte zu erledigen, das Direktorium geht alle zwei Jahre auf einen anderen Ort über. Der Direktor hat die vierteljährlich in der Burg Friedberg stattfindenden Sitzungen zu berufen und zu leiten. Für das Einkommen der Ritterräte und die entstehenden Unkosten wird eine besondere Ratsruhe in Friedberg errichtet.

Der Inhalt der Ritterordnung ist damit nicht erschöpft. Sie enthält als Einleitung eine Reihe moralisierender Sätze wie: Von der Schuldigkeit gegen Gott und daraus folgendem christlichen Leben usw. Von besonderer Bedeutung sind aber die Bestimmungen über die genossenschaftliche Gerichtsbarkeit, die einem besonderen Abschnitt vorbehalten sein mögen.

### 3. Die Charitativsubsidiën.

Es wurde für den südwestdeutschen Adel bedeutsam, daß bei den Reichssteuern, denen auch er sich auf die Dauer nicht zu entziehen vermochte, keine Subkollektur der

---

6. Lünig VIII, III, p. 36.

7. Zur Erledigung der laufenden Schreiberei hatte man spätestens seit 1550 den Stadtschreiber von Oppenheim bestellt, 1551 verpflichtete man je einen ständigen Syndikus und Advokaten am Kammergericht für die R. R., die den einzelnen bei Beeinträchtigung seiner Freiheit Prozeß unterstützen sollen. 1567 erscheinen zwei Rechtslicentiate im Dienste der Ritterschaft, 1576 setzt ihnen der Rittertag eine jährliche Vergütung von 50 bzw. 31 Gulden fest (zu ratschreiben, protokollieren, registraturhalten).

Landesherrn stattfand, wie dies noch 1495 beim gemeinen Pfennig versucht wurde, sondern daß der Kaiser direkt, und zwar mit der Ritterschaft des ganzen rheinischen Kreises, nicht gesondert nach Territorien verhandelte. Anfangs waren die Forderungen des Kaisers nicht sehr häufig, den Beginn machte Karl V. in seiner besten Zeit. 1542, 44 und 47 sah sich auch die Ritterschaft veranlaßt, dem gefürchteten Kaiser nachzugeben. Es waren dieselben Tage, in denen die Reichsstände den gemeinen Pfennig, und zwar in der hohen Taxe einer zehnprozentigen Einkommen- bzw.  $\frac{1}{2}$ prozentigen Vermögenssteuer nicht bloß bewilligten, sondern wenigstens 1542 auch ablieferten, in denen 1548, nach dem Fürstenkriege, das bis dahin unerhörte Beispiel eines beständig auf seiner Höhe zu erhaltenden Kriegsschatzes, des Vorratsgeldes, gegeben wurde, das bei der Belagerung von Magdeburg seine erste, freilich auch die letzte Verwendung fand. Erst 1565 kam es dann wieder zu einer Subsidienbewilligung, höhere Bedeutung erlangte diese Steuerquelle für den Kaiser erst seit der 1577 übernommenen vierjährigen Anlage. Seitdem häufen sich die Subsidien, von 1595 bis 1615 fanden jährlich Erhebungen, meist in zwei Terminen, nach Lichtmeß und Martini statt.

Im Prinzip erhielt die Ritterschaft, ähnlich den Landständen, stets den Anspruch auf völlige Steuerfreiheit aufrecht. Sie betrachtete nicht etwa die Subsidien als eine Ablösung des persönlichen Lehnsdienstes, wie Jahrhunderte vorher der englische Adel nach der normännischen Eroberung, sie konnte auch nicht darauf verfallen, weil ja die Landesherrn, nicht der Kaiser ihr Lehnsherr war. Der Kaiser sicherte ihr jedesmal in besonderem Reverse bereitwillig zu, daß die Steuer ihrer altadligen Freiheit keinen Eintrag tun solle<sup>8</sup>.

Die beiden ersten Subsidien von 1542 und 44 schlossen

---

8. cf. Die Reverse bei Lünig VIII, Abs. III, p. 6.

sich an den gemeinen Pfennig der beiden Jahre an. Sie waren bei handgebender Treu ungezählt gegen eine Quittung der Ablieferung einzuwerfen. Als die Ritterschaft 1547 zum erstenmal in eine bestimmte Summe, einen Reuterdienst von 400 Mann auf drei Monate willigte, machte sie hiermit schlechte Erfahrungen. Viele zahlten überhaupt nicht, andere hatten sich „billigerweis“ angeschlagen, der erwartete Betrag kam bei weitem nicht heraus. Ausschuß und Räte sahen sich gezwungen, einen neuen Rittertag zu berufen, der die alte Steuer in derselben Höhe,  $\frac{1}{2}\%$  des Vermögens, zum zweitenmal ausschrieb. Die Scheu, sein Vermögen zu offenbaren, die bei den Ritterschaften nicht geringer war als bei den reichen Städtern, überwand man notgedrungen soweit, daß jeder bei adliger Treu Vermögen und Einkünfte den Einnehmern persönlich offenbaren oder unter Siegel mitteilen und dann seine Anlage erlegen sollte. Strengste Verschwiegenheit wurde zugesichert, auch sollten die Quittungen nicht die bezahlte Summe enthalten. Der Erfolg war auch diesmal höchst unzureichend. Das schlimmste Uebel, an dem die reichsritterschaftliche Verfassung unheilbar krankte, der Mangel jeglicher staatlicher Exekutive, kam nirgends krasser zutage als bei der Steuererhebung. Räte und Ausschuß mochten noch so viel Mahnschreiben ausgehen lassen, sie hatten keine Mittel, um die Säumigen zur Zahlung zu zwingen. Ihre schlimmste Drohung bestand darin, die Namen der Ungehorsamen kaiserlicher Majestät anzuzeigen. Nach etlichen Jahren machte man mit der Drohung ernst, es erfolgten 1558, 59, 60, beiläufig 11 Jahre nach Bewilligung des Reuterdienstes, kaiserliche Mahnschreiben, die mit fiskalischem Prozeß am Kammergericht drohten; wer nicht wollte, kümmerte sich auch darum nicht.

1565 wiederholten sich die trüben Erfahrungen von 47. Die Ritterschaft hatte eine Summe von 16 000 gd. als Türkenhilfe bewilligt. Wiederum mußte man sich dazu verstehen,

eine zweite Umlage zu erheben, auch dann blieben noch so viele rückständig, daß man vorläufig 3000 gd. bei Albrecht von Dirmsheim und 500 gd. beim Bürgermeister von Worms entlehnte, um den Betrag voll zu machen. Als 1577 der Kaiser mit der Forderung von 30 000 gd. an die Ritterschaft herantrat, suchte man wenigstens dem Mißstand zu entgehen, daß für die säumigen Zahler die anderen doppelt belastet wurden. Der Ritterschaft weigerte sich hartnäckig, eine bestimmte Summe zu übernehmen, sondern verpflichtete sich nur auf eine gewisse Steuerquote. Was dabei einkäme, sollte der Kaiser bekommen. Bei diesem Modus ist man mindestens bis in die Zeiten des dreißigjährigen Krieges geblieben, erst Gustav Adolf legte 1632 dem Kreis wieder eine bestimmte Kontribution auf, nämlich im März 1632 24 000 gd. und im Mai dazu 10 000 Taler. Die wenigsten kamen damals ihrer Verpflichtung nach. Doch fand 1648 eine Nacherhebung, die schwedische Satisfaktion, statt.

Was den Charakter der Subsidien angeht, so erhob man sie bis 1665 in der Form einer Vermögenssteuer von  $\frac{1}{2}$  0/0, wie den gemeinen Pfennig. Seit 1577 schied man in der Weise, daß die Adligen eine Einkommen(Renten)-steuer, ihre Untertanen eine Vermögenssteuer zahlten.

Für die Zeit von 1577—1607 ergibt sich in Prozenten ausgedrückt folgende Besteuerung:



	Ritter Rentenst.	Untertanen Vermögensst.	= % einer Rente von 5 %	Wirklich ein- gekommene Summen im Orte Niederrhein
1577—80	4%	$2\frac{1}{15}\%$	$2\frac{2}{3}\%$	
95	$12\frac{0}{10}$	$2\frac{1}{3}$	$13\frac{1}{3}$	?
96	12	$2\frac{1}{3}$	$13\frac{1}{3}$	1. 2371
97	12	$2\frac{1}{3}$	$13\frac{1}{3}$	2.+3. 5942
				4. ?
			97	1. ?
				2.+3. 5223
98	8	$1\frac{1}{2}$	10	98 4. 3617
99	4	$1\frac{1}{2}$	10	99 1. 2394
				2. 3292
1601	4	$1\frac{1}{2}$	10	01 1. 1868
				2. 3805
02	10	$2\frac{1}{3}$	$13\frac{1}{3}$	02 1. 2121
03	?			
04—07	5	$1\frac{1}{2}$	10	04 2933
				05 3239
				06 2901
				07 2583

Veranschlagt wurden

	das Fuder Wein	Mltr. Korn	Hafer und Spelt
1577	15	1	$\frac{1}{2}$
1597	40	2	1
1602	30	2	$1\frac{1}{2}$

Gulden.

1680 bildete man zwecks Errichtung einer Matrikel für den Wein zwei Klassen, es wurde von: 1. Neumagen bis Marienburg, Rheingau bis Oberwesel, das Fuder zu 30 gd., 2. Alf bis Coblenz, Wesel bis exkl. Hönningen, das Fuder zu 15 gd. angeschlagen<sup>9</sup>. Wie aus dem Verhältnis der Veranlagung zu den Einnahmen ersichtlich ist, legt jene mehr Zeugnis davon ab, was die Ritterschaft sich zumutete, als was

q. cf. R. R. X 5.

sie tatsächlich leistete. Die Einnahmen schwanken so unregelmäßig, daß sie nur sehr entfernt zu dem Steuersatz in Proportion stehen. Doch ist immerhin gegen Ende des XVI. Jahrhunderts eine erhebliche Verschiebung in der Besteuerung der Reichsritterschaft eingetreten. Das wesentlichste Motiv der reichsritterschaftlichen Bewegung war das Bestreben, sich der landesherrlichen Besteuerung und überhaupt allen „bürgerlichen“ Lasten zu entziehen. Jetzt ließen es sich die Kaiser gut bezahlen, daß sie ihre schützende Hand über die Reichsritterschaft hielten. Bis unter Ferdinand III. zog man sie dabei nur zu Türkenhilfen, seither auch in anderen Kriegen und selbst in Friedenszeiten heran. Kaiser Leopold benutzte die Bestätigung der alten und Verleihung einiger neuer Privilegien zur Schätzung seiner Ritterschaft.

Vielleicht stand sich schon Ende des XVI. Jahrhunderts die Reichsritterschaft in Betracht der Steuern schlechter als der landsässig gebliebene Adel, der sich persönlich in größerem oder geringerem Umfange steuerfrei erhalten hatte. Für die bäuerliche Bevölkerung wird kaum ein Unterschied bestanden haben. Bemerkenswert ist übrigens, daß die Reichsritterschaft bisweilen Rücksicht auf ihre Hintersassen nahm und ihnen ein Ziel der Steuer erließ, so 1548, 66 (jedesmal die zweite Anlage), 1596.

Im allgemeinen wurden die einkommenden Gelder direkt dem Kaiser eingeliefert. Doch kam es auch vor, daß die Ritterschaft selbst Reiter anwarb. 1552 erboten sich Conrad v. Sickingen und Joh. Brendel v. Homburg, die vom Kaiser geforderte Werbung zu übernehmen und die Reiter als Hauptleute zu führen. Ihnen wurden 6 Musterherren zur Seite gestellt. Die Kosten sollten von der 1547 bzw. 48 erhobenen Steuer bestritten werden. Der kurz darauf folgende Zusammenbruch Karls V. wird diese Anstalten ebenso vereitelt haben, wie die geforderte Auslieferung des gemeinen Pfennigs von 1544, die die Landesherren in so peinliche Verlegenheit setzte.

1596 und 97 warb der Kreis eine Fahne Reiter auf vier Monate an.

Als Legstatt dienten in der ersten Zeit Oppenheim und Friedberg, 1544 auch Speier. Die teilweise große Entfernung von dort mußte vielerlei Unzuträglichkeiten mit sich führen. Seit 1565 hatte denn auch jeder Ort seine eigene Legstatt, der niederrheinische zuerst schwankend zwischen Coblenz, Castellaun und Bingen, dieses seit Ende des XVI. Jahrhunderts dauernd, für die beiden anderen Orte Worms und Friedberg.

Erst die Aufzeichnung der ritterlichen Güter und Einkünfte in eine Matrikel konnte einen gewissen Anhalt bei der Erhebung der Steuern geben. Schon der regensburger Korrespondenztag von 1576 faßte die Errichtung einer Matrikel in allen drei Kreisen ins Auge, der niederrheinische Ort beschloß 1578, wegen der Erhebung der Türkensteuer eine Matrikel aufzurichten. Aber es blieb bei diesem Beschluß. 1592 erging eine entsprechende Aufforderung des Kaisers an den rheinischen Kreis, man ließ das Mandat mit einer vom ritterschaftlichen Advokaten besonders verfaßten Schrift an die Ritterglieder gehen, mit der ernstlichen Mahnung, jedem Ortshauptmann unter Ringpetschaft die Beschreibung der freien adligen Güter mitzuteilen, aber noch 1594 beschloß der Mainzer Ritterschaftstag, bei den anderen Kreisen anzufragen, ob man nicht das Werk der Errichtung einer Matrikel bis auf weiteres Anhalten kais. Maj. einstellen wolle<sup>10</sup>. Endlich sollte nach einem Abschied von 1598 jeder Hauptmann die Ritter seines Ortes zusammenkommen lassen, um mit ihnen absonderlich oder gemeinlich zu traktieren, was ein jeder an Geld leisten könne. Diesmal scheint man zum Ziele gelangt zu sein, denn 1609 bittet ein Adliger um die Aufnahme in die Matrikel, diese wird von dem Nachweis von acht Ahnen abhängig gemacht. Auch beschloß

---

10. R. R. II, 7, Or.

man 1614, jeden Orts die Matrikel nachzuprüfen. 1640 ist diese ältere Matrikel des niederrheinischen Orts bei der Einnahme Bingens von plündernden Soldaten verschleppt worden. 1666 wurde darauf eine neue angelegt, die noch heute vorhanden ist<sup>11</sup>. Sie enthält jedoch kein Verzeichnis der Güter, sondern nur der Steueranlage für Ritter und Untertanen. Auch ein Extrakt der niederrheinischen Matrikel von 1731, die adligen Güter im Erzstift Trier auf dem linken Rheinufer enthaltend, bringt bei manchen bloß den Anschlag nach einer alten Taxe, angeblich von 1642, bei den meisten allerdings auch ein Verzeichnis der Güter und Gefälle<sup>12</sup>.

Ein Hauptzweck der Matrikel war auch, die Entfremdung adliger Güter zu verhüten und bei solchen Gütern, die in bürgerliche Hände gerieten, wenigstens die Steuerpflicht zur Ritterkasse zu erhalten. Die überaus lückenhafte Beschreibung der Besitztümer mußte diesen Zweck ziemlich illusorisch machen, ein besonders angehängtes Verzeichnis bürgerlicher Besitzer adliger Güter enthält noch keine zehn Namen. Die Ritterordnung von 1652 setzt fest, daß beim Verkauf adliger Güter diese immer erst den Freunden oder der Ritterschaft überhaupt angeboten und bei Verkauf an Bürgerliche immer das Retraktsrecht vorbehalten werden soll.

#### 4. Das Verhältnis der Reichsritterschaft zur Landesherrschaft und die Entwicklung der genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit.

Von jeher reichsunmittelbar waren im rheinischen Kreis nur die wetterauischen Reichsburgern, der übrige Adel zählte zur landsässigen Ritterschaft. Die größere linksrheinische Hälfte wurde hauptsächlich eingenommen von

---

<sup>11</sup>. R. R. X 3, vol. 1.

<sup>12</sup>. R. R. X 3, vol. 2.

Kur-Pfalz, Mainz und Trier, auf der rechten Rheinseite lag eine Reihe kleinerer Grafschaften, so die wetterauischen, ferner Nassau, Wied, Sayn, Katzenelnbogen (seit 1479 hessisch).

Als entscheidende Merkmale der Landsässigkeit galten schon im XVI. Jahrhundert Landstandschaft und Unterwerfung unter das Hofgericht. Beides läßt sich im rheinischen Kreise hier und dort nachweisen, ohne daß es darum gelungen wäre, die reichsritterschaftliche Bewegung aufzuhalten. Auffallend ist es, daß in zwei der bedeutendsten Territorien, in Pfalz und Mainz, die Ritterschaft nicht landständisch war. Die Pfalz kannte überhaupt keine Landstände<sup>13</sup>. In Mainz verlor 1525 infolge des Bauernkrieges der Rheingau und das Oberstift seine Landstandschaft. An die Stelle von Adel und Städten trat das Domkapitel<sup>14</sup>. Es blieb also in der kritischen Zeit nur noch ein bedeutenderes Territorium mit landständischer Ritterschaft, Kur-Trier. Die kleinen Grafschaften waren wenig geeignet, eine kräftige landständische Verfassung zu entwickeln. Wo sich eine solche beobachten läßt, wie in Sayn, trägt sie den kleinen Verhältnissen entsprechend einen bäuerlich-patriarchalischen Charakter an sich<sup>15</sup>.

Die Landstandschaft vermochte wohl, eine hemmende Wirkung auf die reichsritterschaftliche Bewegung auszuüben, nicht aber sie auf die Dauer zu unterdrücken. Meist laufen beide eine Zeitlang nebeneinander her. Am frühesten ist auch dieser Zug wieder in Schwaben und

---

13. Ueber einen Ansatz hierzu cf. Glasschroeder in der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 1895, p. 470f. Ueber eine spätere Neubildung Gothein, die Landstände der Kurpfalz, Z. f. d. Gesch. des Oberrheins, 1888.

14. Bodmann, 1819 I 16 ff.

15. cf. Moser, Staatsrecht der Reichsgrafschaft Sayn 1749. Hier ist die landständische Verfassung später verfallen. cf. Moser von der teutschen Reichsstände Landen, 1769, p. 396.

Franken zu beobachten. In allen drei fränkischen Territorien war der Adel landständisch noch bis tief in das XVI. Jahrhundert hinein und doch hatte er daneben andauernd seine Sondereinungen<sup>16</sup>. In Württemberg zählte die landständische Ritterschaft gleichwohl zur Gesellschaft von St. Georgenschild und zog sich erst seit der ersten Hälfte des XVI. Jahrhunderts vom Landtag zurück<sup>17</sup>.

Die Art und Weise der Landtagsverhandlungen, die strenge Trennung nach Kurien erleichterte diesen Vorgang. Eine einzelne Kurie, namentlich wo sie durch die Interessen einer bevorrechten Klasse zusammengehalten war, vermochte eher, ihre eigenen Wege zu gehen. In Trier weigerte sich schon lange vor Beginn des bekannten Prozesses (1576) der Adel, mit den beiden andern Ständen sich irgendwie in Unterhandlungen einzulassen, seinen Abschied vereinbarte er mit dem Kurfürsten gesondert. Zudem konnte das Band, mit dem der Adel an die Landstandschaft geknüpft war, sehr verschieden stark sein. Es fragt sich immer, ob er darin bloß Rechte, oder auch Pflichten anerkannte. Die Pflichten drehten sich wesentlich nur um den einen Punkt, die Steuern. Ueberall beobachtet man im XVI. Jahrhundert das Streben auch den Adel zu Steuern heranzuziehen<sup>18</sup>, aber in unterschiedlichem Maße führte dies zu Erfolgen. Es war möglich, daß man die Ritterschaft auch zu persönlichen Leistungen, etwa wie in Jülich-Berg zu einer Rentensteuer vermochte. In Trier gelang dies trotz

---

16. Fellner p. 298.

17. Stälin IV 705.

18. cf. von Bezold in der Kultur der Gegenwart, Teil II Abt. V, 1, p. 37, über den savoischen Adel „der stolze Adel mußte sich dazu bequemen, statt des entwerteten Ritterdienstes Steuern zu entrichten“. — Der später ebenfalls reichsfreie württembergische Adel erkannte keine Uebernahme der gemeinen Lasten für sich an. Stälin IV 795.

mannigfacher Versuche der anderen Stände nicht. Wahrscheinlich in allen Fällen erreichte man aber, die adligen Hintersassen teilweise oder ganz zu den Landsteuern heranzuziehen. Je stärker und länger der Adel an den landständischen Steuern mitbeteiligt war, um so unzweifelhafter mußte seine Pflicht zur Landstandschaft erscheinen. Der trierische Adel, dessen Hintersassen mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit erst seit den 30er Jahren des XVI. Jahrhunderts dauernd zu Landsteuern herangezogen wurden, bedurfte eines 150 jährigen Kampfes, um sich endgültig zu emanzipieren, in der kleinen Grafschaft Sayn bewilligte die Ritterschaft während des ganzen XVI. Jahrhunderts ihrer von Gott verordneten Oberkeit Reichs- und Landsteuern und steht nicht an, sich als landsässig zu bezeichnen<sup>19</sup>, auch in der Grafschaft Nassau scheint eine Steuerpflicht des Adels ziemlich weit zurückzugehen. Nach einer nassauischen Denkschrift ließe sich mit Registern belegen, daß mehr denn vor hundert Jahren, ehe die Reichsanlagen im Gang gewesen (1542 richtig als erstes Mal angegeben), die adligen sich den landesherrlichen Anlagen als gehorsame Untersassen erzeigt hätten. Als der kaiserliche Kommissar Brendel v. Homburg die nassauische Ritterschaft beschrieb (vermutlich 1544 oder 47), entschuldigte sie sich, daß sie in den westfälischen Kreis gehöre und bat auch den Landesherrn um Beistand. Der Graf wandte sich

---

<sup>19</sup>. cf. das Schreiben Phil. v. Irmtraudts vom 1. sept. 1584 Moser 401—16. — Lünig VIII, Abs. III, p. 14. 1580. Der rheinische Kreis hat sich beim Kaiser beschwert, die Grafen Hermann u. Heinr. v. Sayn unterständen sich, unter dem Schein angemaßter Regalien und Landshoheit, Ritter und Landtage auszuschreiben, den Adel zu besteuern und zu pfänden. Heinr. hat dem v. Bicken seine Behausung aufbrechen und 40 Malter Frucht pfänden lassen. Der Kaiser mahnt sie davon abzustehen und den saynischen Adel nicht weiter zu beschweren.

darauf mit einer Denkschrift an den kaiserlichen Kommissar wie auch an den Obersten des westfälischen Kreises mit der Bitte, die Beschwerde an den Kaiser kommen zu lassen. Der Burgraf antwortete auf das Schreiben, daß er die Ritterschaft auf kaiserlichen Befehl beschrieben habe (1548)<sup>19\*</sup>. Hier scheint sich denn auch die Landesherrschaft als widerstandsfähig erwiesen zu haben, denn zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts wurden die westerwäldischen Reichsstände klagbar, daß die Burg Friedberg ihre Landsassen ihrer Landeshoheit entziehen wolle und vom Reichshofrat darin unterstützt werde. Wo nicht solche unbestrittenen Verpflichtungen den Adel an die Landstandschaft banden, mußte es ihm erleichtert sein, sich ihr zu entziehen, schon weil der Landesherr und die Mitstände dann ein geringeres Interesse an seiner Beteiligung hatten. In noch viel höherem Maße gilt die verhältnismäßige Gleichgültigkeit der Landesherrn für solche Territorien, wo es keine Landstandschaft des Adels und demnach auch keine außerordentlichen Steuern von ihm gab<sup>20</sup>. In Pfalz und Mainz scheinen die Kurfürsten gar keine besonderen Anstrengungen gemacht zu haben, ihren Adel landsässig zu erhalten<sup>21</sup>.

Erst als dieser anfang, sich auch der Hofgerichtsbarkeit zu entziehen (Ende des XVI. Jahrhunderts), kam es in der Pfalz zu Kontroversen. Der Kurfürst ließ erklären, er könne dem pfälzischen Adel keine sonderbare Exemption, Immunität und Freiheit zugestehen, sondern hielte ihn für unmittel-

---

19\*. In v. Piesports Collectaneum St.-A. B. I 8.

20. cf. Moser von der Landeshoheit deren teutschen Reichsstände überhaupt, 1713, p. 135.

21. cf. Gothein a. a. O. „Die pfälzer Kurfürsten hatten es selber nicht anders gewollt, kein Versuch das Band der Landsässigkeit etwas straffer anzuziehen, ist von ihnen gemacht worden.“ — 1548 beschreibt der Pfalzgraf selbst als kaiserlicher Kommissar den Adel des rheinischen Kreises, cf. t. a. II 84.



bar landsässig (1590). Doch erklärte er 1594, er erkenne die Ritterschaft für reichsfrei an und trank bei einem Gastmahl auf den freien Adel<sup>22</sup>.

Erst gegen Ende des XVI. Jahrhunderts vollzog sich allgemein im rheinischen Kreise die Emanzipation des Adels von der fürstlichen Hofgerichtsbarkeit, wenn er auch bereits 1542, bei der ersten Subsidienbewilligung vom Kaiser frei und reichsunmittelbar genannt wurde. Vorher trat er wohl in Fällen, die ihm unbequem waren, mit dem Anspruch auf, daß Reichskammergericht oder Reichshofrat (gegründet 1559) seine einzige zuständige Instanz sei, aber an eine ernsthafte Durchführung desselben war wegen der Kostspieligkeit und Langwierigkeit nicht zu denken. Erst mit ihrer zunehmenden Organisation fing die Ritterschaft an, vor ihren Räten eine austräglichke Instanz einzurichten.

In einem Ritterabschied zu Mainz von 1614 finde ich zum erstenmal die Bemerkung, Hauptleute, Räte und Ausschuß jeden Orts sollten bei Streitigkeiten der Ritterschaft mit höheren Ständen erst gütlich, dann rechtlich verhandeln, doch hatte sie unter sich diese Praxis schon länger, wenn auch anscheinend nicht mit besonderer Vorliebe gehandhabt. Ein rubrum der Prozesse am Direktorium weiß aus der Zeit von 1595—1651 bloß sechs Sachen aufzuzählen<sup>23</sup>, erst dann wächst ihre Zahl, wohl infolge der 1652 erlassenen Ritterordnung.

1627 richtete man eine Ordnung der genossenschaftlichen Gerichtsbarkeit auf, die in dem statutum generale der rheinischen Ritterschaft<sup>24</sup> niedergelegt ist. Die Parteien sollen, wo ihnen das ordentliche Gericht (Reichskammergericht oder Hofrat) nicht bequemlich ist, aus Hauptleuten, Räten und Ausschuß des ganzen Kreises oder eines Ortes Schiedsrichter wählen. Bei jeder Appellation, Revision oder sonstigen Verwerfung des Urteils soll der daran schuldige Teil in eine

---

22. Bürgermeister I 723, 826, 828.

23. R. R. VIII 5.

24. R. R. I 1.

Konventionalstrafe verfallen, doch steht es dem verurteilten Teile frei, seine gravamina, und dem anderen seine Defension mit den Prozeßakten je an eine Juristenfakultät zu senden, und wenn deren Urteile ungleich ausfielen, die Sache einer dritten zum Endurteil zu übersenden.

Den adligen Mitgliedern wird bei Poen verboten, kurfürstliche, städtische oder andere „unordentliche“ Gerichte zu benutzen oder um Exekution anzurufen, wer aber durch ein fremdes Gericht einen Befehl in Personal-, Real-, Religions- oder anderen Sachen zugestellt bekommt, ist verpflichtet, dagegen um kaiserliche oder kammergerichtliche Mandate nachzusuchen, auch hat er Hauptleuten und Räten Anzeige davon zu machen. Damit alle gezwungen werden, sich bei Klagen gegen den Reichsadel dieser ersten Instanz zu bedienen, will man den Kaiser um entsprechende Pönalprivilegation angehen.

Wer von den Rittern gegen diese Ordnung handelt, dem droht Exklusion und eine Strafe von 10 Mark lötligen Geldes, halb an den Kaiser und halb an den Hauptmann zu entrichten. Die Ritterordnung von 1652 änderte daran nichts wesentliches, nur erlaubte sie die Appellation an Reichskammergericht und Hofrat, auch enthielt sie noch Bestimmungen über Entmündigung und Vormundschaft. Auch jetzt hatte man also bloß einen Notbehelf, denn von ständigen Gerichten kann bei diesen Austrägen noch keine Rede sein, erst gegen Ende des XVII. Jahrhunderts dachte man daran, solche einzurichten.

Theoretisch war jedoch jede staatsrechtliche Abhängigkeit von den Landesherren gelöst. Es blieb bloß noch die lehnrechtliche, die praktische Bedeutung nur insofern hatte, als der Landesherr beim Aussterben von Familien die Güter einzog und mit seinem Kammergut vereinigte.

Der Reichsritter konnte sich in seiner Herrschaft als

König dünken, sich von seinen Untertanen huldigen<sup>25</sup> und einen festlichen Einzug bereiten lassen, vorausgesetzt, daß er überhaupt einen einigermaßen geschlossenen Herrschaftsbezirk besaß. Nur die wenigsten konnten sich im Rheinland dessen rühmen, es war „ein kompliziertes System von Einkünften und Berechtigungen, auf das sich ihre Existenz gründete“<sup>26</sup>. Der Ritter konnte selbst Güter in Bewirtschaftung haben oder nur Rentenempfänger sein. Das grundherrliche Besitztum blieb nach wie vor in Gemengelage zerstreut. Die Erträgnisse des Landbesitzes blieben durchaus nicht seine einzige Einnahmequelle. Namentlich aus den Hoch- und Niedergerichten flossen manchen von ihnen reichliche Erträge an Geld oder Naturalien, bestehend in Gerichtsbußen, Diensten, Vogtsbeeden<sup>27</sup>. Denn sehr verschieden waren auch die Hoheitsrechte über die Untertanen. Hier besaß der Ritter bloß die grundherrliche, dort die Nieder- und Mittelgerichtsbarkeit, allein oder mit anderen zusammen, dann wieder in derselben Weise die Hochgerichtsbarkeit, an vielen Stellen verbunden mit einer Huldigungspflicht der Untertanen, an anderen kam diese wieder dem Landesherren zu. In der mannigfaltigsten Weise durchkreuzten sich private und öffentliche Rechte, die eine nie versiegende Quelle von Streitigkeiten abgeben sollten. Kur-Mainz kam schließlich soweit, dem Kanton Odenwald alle Zentgerichte zum Verkauf anzubieten, die es daselbst in Besitz hatte<sup>28</sup>. Es waren ihrer nicht allzuvielen, die daraus wie vorher die Territorialherren mit ihren vom Reich verliehenen Privilegien ein ge-

---

25. cf. Kerner I § 47 p. 151. Von der Huldigung reichsritterschaftlicher Untertanen.

26. Territorium u. Stadt p. 34.

27. Grosch, Das spätmittelalterliche Niedergericht auf dem platten Lande am Niederrhein, in Gierkes Untersuchungen z. dt. Staats- u. Rechtsgeschichte, Heft 84, 1906.

28. cf. Weiss, aus der Geschichte eines fränkischen Städtchens. Zeitschr. f. d. G. des Oberrheins III p. 226.

schlossenes Konglomerat, einen abgerundeten Herrschaftsbezirk zu bilden vermochten, die meisten noch in Schwaben, manche, die sogenannten Personalisten<sup>29</sup>, hatten überhaupt keinen Grundbesitz. Die Reichsunmittelbarkeit der Ritter war persönlich, an die Aufnahme in die Matrikel, nicht wie bei den alten Landesherren an das Territorium geknüpft.

Schließlich bildete die Reichsritterschaft doch nur eine besonders bevorrechtete Klasse des landsässigen Adels. Die Privilegien, welche ihr einst als einem bevorzugten Stande des Territoriums eingeräumt waren, Beedefreiheit, Befreiung vom Zoll für den eigenen Bedarf und eigenes Wachstum, Schankgerechtsame, Akzise und Steuerfreiheit in den Städten und was dergleichen mehr ist, hielt sie auch jetzt noch aufrecht. Hierin wehrte sie sich wohl, wenn der Landesherr, der ihr Gebiet umschloß, sie nun auch konsequent als „Ausländer“ behandeln wollte. Eine Fülle von Reibereien und Streitigkeiten war unvermeidlich. Nur wenige Fürsten, die zudem ein größeres Hinterland mit Landsassen hatten, konnten den Adel einfach durch Arreste von Renten und Gefällen zur Landsässigkeit zwingen, wie Sachsen in der Koburger Pflege<sup>30</sup>, oder Hessen in der Grafschaft Katzenelnbogen<sup>31</sup>.

Eine Unmenge jener unsterblichen Prozesse, wie sie Kerner einmal nennt, schwebte am Kammergericht über die adlige Freiheit. Der Rittertag von 1567 beschwert sich bei

---

29. Kerner II § 51.

30. Fellner p. 123 n. 45.

31. cf. die Aussagen des Amtmanns und des Kellners zu St. Goar und des hessischen Rates Dr. Knüttel t. a. I 140, 151, 158, 141. — Auch der auswärtige Reichsadel mußte wegen seiner in Katzenelnbogen liegenden Güter dem Landgrafen steuern. Etlichen, die sich weigerten, wurden die Güter mit Arrest belegt. Es schwebten deswegen die unvermeidlichen Prozesse am Kammergericht; cf. die kaiserl. Reskripte von 1580 u. 1630 bei Lünig VIII 91.

den kaiserlichen Kommissarien zugleich über die Kur-Pfalz, Pfalz-Zweibrücken, Hessen, Nassau-Saarbrücken, Solms und Sayn. Derartige Beschwerden kehren ständig wieder. Die Nachkommen der fehdelustigen Genossen Sickingens scheinen die alte Streitsucht nur auf ein anderes Gebiet verlegt zu haben. In endlosen Prozessen und dickleibigen Deduktionen, die das Menschenmögliche an Rechtsverdreher leisten, suchen sie eine staatsrechtliche Unabhängigkeit zu behaupten, nachdem ihre persönliche Ungebundenheit so katastrophenartig der neuen Zeit hatte weichen müssen. Die Landesherren waren schwach genug, sich auf solche rechtliche Wege einzulassen. Zwar schreibt 1559 Friedrich v. d. Pfalz an Christoph v. Württemberg, es sei ein Bauernkrieg, desgleichen ein Fürstenkrieg gewesen, es müsse auch einmal ein Edelleutkrieg werden<sup>32</sup>, aber die Fürsten hatten aus der Sickingschen Fehde und der Exekution des schwäbischen Bundes nicht die rechte Lehre gezogen, sie haben kaum den Versuch gemacht, vereint gegen die reichsritterschaftliche Bewegung vorzugehen, im Gegenteil, die fränkischen Einungen hatten aus der Rivalität der drei Landesherren ihre beste Kraft gezogen. Die ganze Bewegung als eine reine Machtfrage zu behandeln, wie es wohl am besten gewesen wäre, lag offenbar dem Rechts- und Standesbewußtsein jener Tage fern, die Fürsten fühlten sich doch noch zu sehr als Adelsgenossen, als daß sie in der rücksichtslosen und durchgreifenden Weise eines Joachim II. von Brandenburg die landesherrliche Autorität hätten geltendmachen können, der seine aufsässigen Junker dutzendweise köpfen und hängen ließ. Es ist bezeichnend, daß sein Oheim, der Markgraf Friedrich v. Ansbach sich bei ihm, freilich vergeblich, zugunsten des Adels verwandte.

Nur kleine Herren, wie die Grafen von Büdingen in der

---

32. Stälin IV 704.

Wetterau oder der Fürst von Dessau bei seinem landsässigen Adel, konnten den lästigen ritterschaftlichen Besitz einfach auskaufen<sup>33</sup>.

---

33. cf. Tudichum, Rechtsgeschichte der Wetterau I, p. 28. Die Grafen kauften die Güter teils an sich, teils fielen sie heim. 1593 erließen sie eine Verordnung, nach der in- und ausländischen Adligen und Kirchen der Erwerb von Grundeigentum verboten worden; über Dessau: Moser von der teutschen Reichsstände Landen, 1769, p. 275. Das. Im Köthnischen sind von 55 Rittergütern 18 an die Herrschaft gekommen.

---

## VII. Die reichsritterschaftliche Bewegung im Kurstaate Trier.

Es ist zum Verständnis der reichsritterschaftlichen Bewegung in Kur-Trier unerlässlich, zuerst wenigstens in großen Zügen die Entwicklung des rheinischen Ritterkreises zu verfolgen, in dem der trierische Adel als besonderes Glied enthalten ist. Nur die Bedeutung des Kurfürstentums, der Widerstand, den die Bestrebungen des Adels bei der Landschaft fanden, nicht zuletzt der monströse Prozeß von 150 Jahr Dauer haben gerade der trierischen Reichsritterschaft einen gewissen traurigen Ruhm eingetragen und zugleich den Anschein erweckt, als handle es sich allein bei ihr um ein Streben ursprünglicher Landsassen nach Reichsunmittelbarkeit.

### 1. Untergang der alten Reichsministerialen.

Die alten Reichsministerialen waren im Kurstaate in der kritischen Zeit längst verschwunden. Das Interregnum bildet auch hier die große Scheide. Bis zu dieser Zeit standen die nicht sehr zahlreichen Reichsministerialen, die sich in einzelnen Burgen und der Stadt Boppard erhalten hatten, in persönlichen Beziehungen zum Reichsoberhaupt. Noch 1258 taucht ein Elias v. Boppard, Burgmann in Kochem, als

Zeuge in einer Kaiserurkunde zu Toledo auf<sup>1</sup>, dann schwindet der persönliche Zusammenhang, doch retten einige Burgen ihre Eigenschaft als Reichslehen bis in das XIV. Jahrhundert hinüber. Sie gehören der im Erzstift verhältnismäßig geringen Zahl von starken Festungen an, die sich im Besitz von einzelnen Familien oder von Ganerben befanden. Die große Mehrzahl der Burgen zählt zu dem System landesherrlicher, mit Burgmannen und Burggrafen, später Amtsmännern besetzter festen Schlösser, mit denen das Territorium überzogen war und die das sicherste Gewähr boten, daß ein Raubrittertum wie in Schwaben, Franken, der Wetterau und sonst, wo immer wegelagernde Gesellen in Privatburgen Unterschlupf fanden, in Trier sich nicht breit machen konnte. Bereits Balduin, die bedeutendste politische Persönlichkeit unter den Erzbischöfen, ein mächtiger Mann in einem unansehnlichen Körper<sup>1\*</sup>, zeigte den Gemeinern von Elz, Schöneck, Ehrenberg und Waldeck, vier nahe beieinanderliegenden Burgen, daß sie einen starken Herrn über sich hatten. Als sie zum Räubern, Sengen und Brennen sich verschworen hatten (1333), belagerte er ihre Burgen, errichtete gegen sie Baldenelz (1333) und Rauschenberg (1334) und zwang sie am 10. Januar 1335, mit ihm Frieden zu schließen<sup>2</sup>.

Die letzten Reichsburgen gingen in derselben Zeit in trierische Lehnsabhängigkeit über, wo in Schwaben die Verpfändungen der Städte zu einem neuen Aufblühen der Städteteinungen führten. In Trier standen die Reichsritter zu vereinzelt da, als daß sie sich mit Erfolg hätten wehren

---

1. *Mittelrheinische Regesten* III 1473.

1.\* der was ein klein man unde det doch groß Werk, sagt die *limburger Chronik*. *M. G. Deutsche Chroniken* IV 1, p. 40.

2. *Wytttenbach* II p. 250ff. Die *Friedensurkunde* bei Hontheim II 125.



können. 1354 hat Karl IV. Schöneck und Elz dem Erzbischof Balduin zu Lehen übertragen und die Gemeiner ihres Eides gegen das Reich entbunden<sup>3</sup>. 1374 fügte er Schönenberg bei Wesel und Hammerstein hinzu, vorausgesetzt, daß die Gemeiner damit einverstanden seien oder der Erzbischof sie ob ihrer Missetat und Uebergriffe, der man sie vor dem Reiche erweisen möchte, an sich gewänne<sup>4</sup>. Erst 1397 erkannten Ludwig und Wilhelm v. Hammerstein je in einer besonderen Urkunde die Burg als trierisches Lehen an. Widerwillig mußten sie sich dem Kurfürsten fügen, der Gedanke an die alte Reichsunmittelbarkeit schloß nicht sofort ein. 1434, in den Wirren zwischen Raban v. Helmstadt und Ulrich v. Manderscheid ließ sich Peter von Schöneck wiederum von Sigismund, dessen freundliche Gesinnung für die Ritterschaft wir schon zu erwähnen Gelegenheit gefunden hatten, belehnen<sup>5</sup> und weigerte Ulrich den Lehnseid. Er sollte es teuer bezahlen. Seine Lehen wurden für verfallen erklärt und das galgenscheider Hochgericht, das seit 1241 bei der Herrschaft war, mußte er 1454 dem Bischof lassen<sup>6</sup>. Bis auf Elz, das bekanntlich heute noch im Besitz der Familie ist, hatten die Burgen bis zu Beginn des XVI. Jahrhunderts alle das Geschick, als erledigte Lehen heimzufallen und Sitz eines Amtmanns zu werden.

Auch die Reichsritter waren also im XIV. Jahrhundert in jener Genossenschaft aufgegangen, die zu dieser Zeit bereits die letzten Fesseln der Ministerialität von sich streifte und aus ihren verschiedenen Bestandteilen, bischöflichen, klösterlichen und einigen Reichsministerialen eine einheit-

---

3. Günther, III 2 nr. 418, 419.

4. Reichstagsakten, ältere Reihe I, p. 14.

5. Günther IV 153.

6. Das. 246.

liche „Ritterschaft“ bildeten. Das Privileg Karls IV. vom Jahre 1346<sup>7</sup> enthält die bezeichnende Bestimmung, daß jeder beliebige Vasall des Kurfürsten, auch belehnte Geistliche und Prälaten, *ac etiam ministeriales et castrenses una cum aliis vasallis eccl. Trev. im Lehngericht in jeder Weise fungieren können, etiamsi causa et quaestio hujusmodi liberos et ingenuos vulgariter dictos „freyen“ dicte eccl. Trev. vasallos . . . respiciat.* Der Unterschied zwischen freien Lehnsleuten und Ministerialen ist also damals im völligen Ausgleich begriffen.

## 2. Ritterschaft und Hofgericht.

Das Verhältnis der trierischen Ritterschaft zur landständischen Verfassung ist oben behandelt worden. Wie verhielt sie sich aber zur Gerichtsverfassung? 1309 gewährte Kaiser Ludwig der trierischen Kirche das Privileg, daß keiner ihrer Vasallen, Ministerialen, Burgmannen, Bürger oder Untertanen gegen ihren Willen in Zivil- oder Kriminalen vor das kaiserliche Hof- oder ein anderes Gericht gezogen werden könne, sondern vor dem Erzbischof oder seinen Richtern Recht suchen müsse<sup>8</sup>. Bereits 1314 erhielten die Trierischen Kurfürsten das *privilegium de non appellando et evocando*<sup>9</sup>, das in der goldenen Bulle den Kurfürsten generell bestätigt wurde. Damit ist nun aber noch nicht gesagt, was als ordentliches Gericht für die Ritterschaft zu gelten habe. Rudolf behauptet ohne Begründung, das aus dem alten Landgericht entstandene

---

7. Hontheim II 164.

8. Hontheim II 1309, dasselbe Kaiser Ludwig 1332, das. II 119.

9. Hontheim II 191.

Rittergericht<sup>10</sup>. Mit mehr Grund nimmt Lamprecht den Lehnshof als spezifisch ritterschaftlich-ständisches und ordentliches Gericht in Anspruch<sup>11</sup>.

Vorausgeschickt möge werden, daß bis tief ins XVI. Jahrhundert die Gerichtshoheit des Kurfürsten über seine Ritterschaft nie bestritten worden ist. Am deutlichsten tritt sie in den zahlreichen Einungsbriefen zutage, in denen der Erzbischof mit benachbarten Territorialherren, ohne seine Ritter zu befragen, rechtliche Instanzen für sie einsetzt für ihre Streitigkeiten mit fremden Untertanen. Und sullen von beiden herrn iglicher sine undersassen, si sin ritter, knechte oder gemeine lude uf ire eide dun bevellen, ware kond na iren besten sinnen zu sagen, heißt es in einer Einung mit Köln von 1409. 1473 erbietet sich Johann Vogt zu Hunolstein zu einem rechtlichen Tag vor dem Erzbischof als seinem Landesherren<sup>13</sup>.

Die Gerichtshoheit des Erzbischofs steht also unbestritten fest. Eine andere Frage ist aber, ob es ein ständiges und ordentliches Gericht für den Adel gegeben hat. iuxta sententiam et definitionem nobilium vasallorum heißt es 1340 in einem Lehnbrief an Sayn<sup>14</sup>, nach seiner wolgeborenen manne urteil in einer Vereinbarung mit dem Wildgrafen von 1342, solle der Erzbischof entscheiden. Das könnte für Lamprechts oder auch Rudolfs Auffassung sprechen. Was aber damit gemeint ist, geht aus anderen Bezeichnungen hervor.

---

10. Rudolf, Die Entwicklung der Landeshoheit in Kur-Trier bis zur Mitte des XIV. Jhdts. Trierisches Archiv Erght. V 1905 p. 54; cf. Rörigs Rezension, historische Vierteljahrsschrift B. 10, p. 412, 1902; ferner: Westdeutsche Zeitschrift, Ergänzungsheft 13.

11. Lamprecht, Wirtschaftsleben I 2, 1267.

13. Regest. der Erzbischöfe, 2. febr. 1473, cf. 5. mrz.

14. Hontheim II 145. Der Passus bezieht sich jedoch nicht auf den Lehnshof, sondern die öffentliche Gerichtsbarkeit.

Nach einer Einung mit Köln und Mainz<sup>16</sup> (1357) soll jeder Kurfürst alle zwei Monate einen Rat nach Koblenz deputieren, um alle Streitigkeiten der Herren und ihrer Untertanen gütlich oder rechtlich zu entscheiden, nach mehreren andern soll der, mit dessen Untersassen von der Ritterschaft des anderen Untersassen auch von der Ritterschaft zu tun hätten, einen gütlichen Tag setzen vor fünf oder sieben seiner Räte<sup>17</sup>.

Nun könnte man einwenden, es handle sich hier nur um Austräge mit fremden Landesherren, aber die meisten jüngeren und mehrfach auch die älteren Einungen befolgen den Grundsatz, daß bei bürgerlichen Untertanen jeder Auswärtige vor dem zuständigen Gericht des betreffenden Landes, also bei Personalklagen am Wohnort des Beklagten, bei Realklagen in foro rei sitae sein Recht zu suchen habe<sup>18</sup>. Es lag kein Grund vor, dann für die Adligen des Erzbischofs „rete und frunde“ zu Richtern zu bestellen, wenn für sie ein anderes ordentliches Gericht da war.

Aber auch dort, wo nur von des Erzbischofs Untersassen allein die Rede ist, finden sich dieselben Bestimmungen, so verpflichtet sich 1355 Nicolaus v. Hunolstein, Recht zu geben und zu nehmen vor des Erzbischofs „fründen oder amptluden, den sy das zu ziten bevellen willent“<sup>19</sup>, ebenso 1337 Jöh. v. Elz vor seinem Herrn v. Trier oder seinen Amtleuten nach seiner Mannen Urteil<sup>20</sup>.

Es bilden also seit dem XIV. Jahrhundert die erzbischöflichen Räte, vom Kurfürsten jedesmal besonders dazu be-

---

16. Scotti I 85.

17. So 1458 mit Köln, 1465 Katzenelnbogen-Dietz, Scotti I nr. 25 u. 30.

18. 1362 Urfehde der in der isenburgischen Fehde gefangenen Ritter Hontheim II 225, cf. 1406 Einung mit Karl v. Lothringen, 1479 mit Hessen, Scotti I nr. 14, 34.

19. Hontheim II 188.

20. Günther IV nr. 227.

auftragt, die einzige anerkannte rechtliche Instanz für den Adel. Der Erzbischof konnte dabei selbst den Vorsitz führen oder einem seiner Beamten damit betrauen. Da der Rat nur aus Adligen und Geistlichen bestand, brauchen wir kein besonderes Rittergericht (abgesehen vom Lehnshof), von dem sonst jede Spur fehlt, anzunehmen, wenn oben ein Urteil der „*manne*“, der *nobilium vasallorum* erwähnt wird. Es war natürlich nicht ausgeschlossen, daß kurfürstliche Räte zugleich auch Lehnsrichter waren, der Lehnshof bildete nach Lamprecht einen regelmäßigen Rekrutierungskörper für den Hofrat<sup>20\*</sup>, aber darum muß doch scharf geschieden werden zwischen Lehnsgericht und der durch die deputierten Räte geübten öffentlichen Gerichtsbarkeit. Auch mehrere Einungsurkunden betonen diesen Unterschied<sup>21</sup>.

Bei der gegen Ende des Mittelalters wachsenden Neigung zu gütlichen Austrägen bediente man sich ebenfalls durchweg der erzbischöflichen Räte<sup>22</sup>, es bildet eine Ausnahme, wenn 1358 Gerhard Vogt v. Hunolstein für alle Streitigkeiten, die ihm mit dem Erzbischof über ihre gemeinsamen Herrschaftsrechte (Hochgericht usw.) erwachsen, einen Austrag vereint, zu dem auch er einen Schiedsmann selbständig ernennt.

Aus der kommissarischen Verwendung der Räte ist endlich das ständige Hofgericht erwachsen, die erste der zentralen Behörden, die sich nacheinander aus dem Hofrat heraus entwickeln. 1458 erhält der Erzbischof ein kaiserliches Privileg zur Errichtung eines Hofgerichts, ein anderes gleichdatiertes bestimmt eine regelmäßige Appellation aller

---

20.\* Lamprecht I 2 p. 1265.

21. Scotti I nr. 14, 1406; I, p. 158 nr. 30, 1465; I, nr. 25, 1458.

22. Reg. der Eb. 26. apr. 1451. Eb. an H. v. Schöneck, er werde ihm seine Räte zu einem gütlichen Tag nach Coblenz beordnen. 1473, 5. mz. erklärt sich bereit den Vögten v. Hunolstein einen gütlichen oder rechtlichen Tag zu setzen.

weltlichen Gerichte des Stifts an den Erzbischof, d. h. das Hofgericht<sup>23</sup>. Bis über die Mitte des XVI. Jahrhunderts bleibt dieses das ordentliche Gericht für alle Ritterbürtigen. Ein reiches Material ist darüber niedergelegt in den Zeugnisaussagen mehrerer Hofgerichtsmitglieder, namentlich den Aussagen des Christoph Brandt. Er war ein kenntnisreicher und gewandter Kopf, dessen sichere und geschäftskundige Antworten wohlthuend abstechen von den zögernden und vorsichtigen Aeüßerungen der großen Mehrzahl geistlicher, bürgerlicher und bäuerlicher Zeugen; diese verraten meist eine überraschende Unkenntnis aller Verhältnisse, die nicht in ihren engsten Interessenkreis hineingehören. Brandt war eine zeitlang Stadtschreiber in Boppard, seit 1563 Notar am Hofgericht, seit 1574 Schultheiß zu Koblenz.

Es geht aus den Aussagen evident hervor, daß der Adel bis in diese Zeit hinein vor dem Hofgericht „in realibus quam personalibus actionibus active et passive“ zu Recht gestanden habe, vornehmlich bei Personalklagen in erster und zweiter Instanz<sup>24</sup>. Auf die Zitation hin . . . „heischen und laden wir dich, unsern lieben getreuen N von gericht, recht und obrigkeit wegen ernstlich gepietend“ pflegte er gehorsamlich zu erscheinen<sup>25</sup>. Gegen Ungehorsame wurden Exekutorialurteile erlassen mit darauffolgender Pfändung<sup>26</sup> „wiewol sie es gemeiniglich soweit nit kommen lassen“. Der Schultheiß von Boppard hatte noch vor wenigen Jahren auf ein Hofgerichtsurteil hin einen v. Oberstein einsetzen lassen<sup>27</sup>. Die Zeugen haben eine Menge von Prozeßakten vorgelegt, aus denen etliche Exekutorialurteile abgeschrieben sind, der unermüdliche Brandt bringt eine Liste von 121 Prozessen vor, die in den Jahren 1471 bis

---

23. Scotti I nr. 27. 28.

24. t. a. I 477.

25. das. 492, 628.

26. 440, 491.

27. 505.

1551 von adligen Personen geführt worden sind und deren Akten „uf dem haus“ zu Ehrenbreitstein zu finden seien<sup>28</sup>.

Realklagen scheinen auch von Adligen regelmäßig vor den gewöhnlichen Landgerichten verhandelt worden zu sein, wenigstens wurden in Boppard die im Gerichtssprengel begüterten Adligen auch von Bürgern häufig vor dem Schultheißen verklagt, auch wurde mit Pfändungen gegen sie vorgegangen<sup>29</sup>. Eine besondere Tätigkeit des Hofgerichts bestand darin, adligen Waisen Vormünder zu setzen. Ursprünglich kam dieses Recht dem Lehnsherren zu<sup>30</sup>. Aber schon das Privileg von 1346 bestimmt ganz allgemein, daß bei jedem im Gebiet der Kurfürsten gestorbenen Familienvater, wo die Vormünder nicht rechtlich oder testamentarisch feststehen, der Erzbischof sie stellen soll, ein Zeichen, daß dies schon damals als eine Pflicht obrigkeitlicher Fürsorge angesehen wurde. Für die Lehen war nur die Sonderbestimmung getroffen, daß bei ihnen dem Erzbischof unter allen Umständen Tutel und Administration zukommt. Doch scheint dann auch bei Lehen das Setzen der Vormünder vom Gesichtspunkt obrigkeitlicher Gewalt aus geschehen zu sein: „aus landfürstlicher oberkeit und unser ordentlichen macht und gewalt“ lautet bei ihnen die Formel<sup>31</sup>.

Es kann demnach keine Frage mehr sein, daß der trierische Adel stets der Hofgerichtsbarkeit des Erzbischofs unterworfen war, und es ist kaum noch nötig, auf die unrechtmäßigen Eingriffe fremder Gerichte, namentlich der Freigrafschaften im XV. Jahrhundert und des Hofgerichtes

---

28. 485—90, 505.

29. 163; cf. Holtz, Das Nachspiel der bopparder Fehde. Stralsunder Gymnasialprogramm 1903 p. 9. Der Schultheiß von Lützel wurde abgesetzt, weil er für Joh. v. Elz (einem alten Feind des Eb.) ein günstiges Urteil gefällt hatte, um 1500.

30. Schroeder R. G.<sup>4</sup> p. 416.

31. t. a. I 505.

zu Rottweil, sowie die dagegen gerichteten Privilegien einzugehen. Soweit dem kurfürstlichen Hofgericht derartige Uebergriffe bekannt wurden, versäumte es nicht seine Anforderungen zu erlassen.

### 3. Zur Bedeutung der Gerichtsverfassung für die reichsritterschaftliche Bewegung.

Der Nachweis, daß der gesamte trierische Adel der kurfürstlichen Gerichtsbarkeit unterworfen war, ist noch in einer anderen Beziehung bedeutsam, die ich nur flüchtig streifen kann, nämlich für die ritterschaftlichen Herrschaftsrechte auf dem Lande, namentlich ihre Hochgerichtsbarkeit.

Eine Untersuchung über die Niedergerichte am Mittelrhein, die man aber wohl auf „Schwaben, Franken, Elsaß und Deutsch-Lothringen“ verallgemeinern darf, hat Grosch geliefert<sup>32</sup>. Im übrigen ist die gesamte Entwicklung der Gerichtsbarkeit mit Einschluß der Hochgerichte noch nicht behandelt worden; die treffliche Abhandlung Rörigs<sup>33</sup> beschränkt sich leider auf ein zu kleines Gebiet, als daß sie die Fülle der Erscheinungen fassen könnte und eine einfache Verallgemeinerung zuließe.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß in ganz Südwestdeutschland Grundherrschaft, Nieder- und Hochgerichtsbar-

---

32. Grosch, Das spätmittelalterliche Niedergericht auf dem platten Lande am Mittelrhein, in den Untersuchungen zur deutschen Staats- u. Rechtsgeschichte v. O. Gierke, Heft 84, 1906.

33. Rörig, Die Entscheidung der Landeshoheit des trierer Erzbischofs zwischen Saar, Mosel u. Ruwer u. ihr Kampf mit den patrimonialen Gewalten. Westdeutsche Zeitschrift, Ergänzungsheft XIII 1906, cf. die beachtenswerten Einwendungen in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Germanistische Abteilung Bd. 28, 1907, von H. Wopfner.

34. cf. Kerners Staatsrecht.



keit auseinandergehen. Alle drei können an demselben Orte in verschiedenen Händen liegen. Vielfach befand sich die Niedergerichtsbarkeit, teils in vollem Umfange, teils in verschieden abgestuften Berechtigungen bis hinab zu bloßen Zinsen und Diensten, deren Rechtsgrund längst vergessen war, in den Händen des niederen Adels.

In erheblichem Maße ist aber auch die Hochgerichtsbarkeit im Besitze niederer Gewalten, und damit dem Landesherrn in mancher Hinsicht die Einwirkung auf die Hochgerichtsinsassen entzogen. Am weitesten scheint auch diese Erscheinung in Schwaben ausgebildet zu sein, dort waren die meisten abgerundeten Gebiete, in denen Grund- und Gerichtsherrschaft vereinigt waren<sup>34</sup>. Für Franken erwähnt Fellner beiläufig, daß die Hochgerichtsbarkeit sich vielfach in den Händen des Adels befunden habe<sup>35</sup>. Die Uebersicht bei Fabricius<sup>36</sup> vermag ein annäherndes Bild zu geben, in wie weitem Maße auch in Kur-Trier die Hochgerichtsherrschaft dem Landesherrn entzogen war, ausnahmslos hat er nur die städtischen Gerichte im Besitz. Zum Teil als Vogteien geistlicher Institute, zum Teil als landesherrliche Lehen verschiedenen Ursprungs (Lehnsauftrag, Belehnung), wohl auch als freies kaiserliches Gericht<sup>37</sup> haben der niedere Adel, geistliche Korporationen, schließlich auch einzelne Landgemeinden, die frihen hemgerede, sich die Hochgerichtsbarkeit zu bewahren gewußt<sup>38</sup>.

Die damit verbundenen Berechtigungen sind womöglich noch verschiedener und verwickelter als bei der Nieder-

---

35. Fellner 104.

36. Fabricius, Geschichtlicher Atlas der Rheinprovinz, Erläuterungen II 150ff.

37. Detzem ein freies kaiserliches Hochgericht des Abtes von St. Maximin. Weistum von 1597, Grimm, Weistümer II 319.

38. Rudolfs Ansicht einer völligen Aufsaugung der alten Vogteien durch den Landesherrn ist eine voreilige Verallgemeinerung; cf. p. 152, n. 10.

gerichtsbarkeit. Den Hochgerichten stand das Urteil in allen peinlichen Sachen, über Hals und Bauch zu, die einkommenden Bußen fielen dem Hochgerichtsherren zu, bei geistlichen Lehnsvögten fand im allgemeinen eine Teilung zwischen Vogt und Lehnsherren statt. Die Hochgerichtsinsassen waren ferner zu mannigfach verschiedenen Abgaben und Frohnden verpflichtet. Besonders bemerkenswert ist, daß auch in Trier sich die Beobachtung bestätigt, daß die Abgabe der Beede an die Gerichtsherrschaft geknüpft sei<sup>39</sup>, beide werden häufig im Zusammenhange genannt. Die Gemeinde Uerzig, die als freies Heimgerede sich ihren Zehnder selbst wählte, ist „von allen frönen, diensten und beeden ganz frei, ußgenommen, daß wir jährlichs uf ansuchen des hern kelnern zu Wittlich unsern gn. churf. und herrn als unserm schirmherrn das heuwe machen . . . wir sein auch aller jaresschatzungen frei, ußgenommen wane es sich begeben, daß dorch das gantz romisch reich ein landschatzong oder Türkensteuer gelegt wurd“ .<sup>40</sup>. In Horschheim bekamen von der Weinbeede  $\frac{1}{2}$  der Kurfürst,  $\frac{1}{4}$  die Herren von Brandenburg, die von Heddersdorf und v. Reifenberg je  $\frac{1}{8}$ <sup>41</sup>, solche und ähnliche Beispiele lassen sich in Fülle aus den Weistümern anführen.

Einer eingehenden Untersuchung bedürfte es namentlich, ob und in welchem Umfang an den Hochgerichtsbezirk „der zug, die reise, der glockenclang“ usw. das heißt das in bestimmter Weise beschränkte Recht des militärischen Auf-

---

39. cf. v. Below in den Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 1904 p. 455ff. Landständische Verfassung III 6. — Weiß, Die ordentlichen direkten Staatssteuern von Kur-Trier im Mittelalter, 1893. Dissertation.

40. Weistum von 1568, Grimm II 364. Aus dem Feuerbuch geht hervor, daß 1556 die Gemeinde, wie auch die Ritterschaft in ihren Hochgerichten, Landsteuer gezahlt hat.

41. Schöffenaussage im t. a. I 652.

gebots der Bevölkerung, ferner der Wildbann und wahrscheinlich auch die Hoheit über die Almende sich anlehnte. Aber schon die Tatsache, daß die Erhebung der Beede an den Hochgerichtsbezirk geknüpft war, ist hinreichend, zu erklären, wie die Ritterschaft 1547 und später mehrfach den Anspruch erheben konnte, daß ihre Untertanen überall von den Landsteuern befreit sein sollten, wo sie Hochgerichtsherr sei<sup>42</sup>.

Aber selbst wenn der Ritter die volle Gerichtsbarkeit besaß, brauchte er darum noch kein Landesherr zu sein. Wopfnr wendet dies sehr richtig gegen die Usurpationstheorie Rörigs ein.

Zunächst ist oben der Nachweis geführt, daß der Adel selbst bis gegen Ende des XVI. Jahrhunderts der Gerichtshoheit der Kurfürsten unterworfen, also nicht reichsunmittelbar war.

Sodann stand von den Landgerichten immer noch die Appellation an das Hofgericht frei. Als 1598 der Erzbischof den Hans Gerhard v. Enschringen, der das Hochgericht von Weiersweiler ohne Blutbann besaß, auch eine Exekution zugestand, fügt er in der Urkunde hinzu<sup>43</sup>: dabey wir aber uns unsern nachkommen und ertzstift die landfürstliche obrigkeit, zusamt derselben anhangenden stücken, als, landhüldigung, herschaue<sup>43\*</sup>, schatzung, appellation, und was dergleichen actus und gewaltsachen mehr sein, per expressum vorbehalten. Der Erzbischof beanspruchte also auch über die fremden Hochgerichte eine landesfürstliche Oberhoheit, die mehrfach in die Formel gefaßt wird, daß er oberster Schutz- und Schirmherr sei. Das findet noch im Vergleich mit der Ritterschaft von 1729 darin seinen

---

42. cf. p. 84 ff.

43. Hontheim III 185, cf. das. p. 165 für den Abt von St. Maximin.

43\*. cf. I. Kremer, Studien zur Geschichte der trierer Wahlkapitulationen, Westdeutsche Zeitschrift, Erght. 16, auch bonner Dissertation 09 p. 41 ff.

Ausdruck, daß die adligen Hintersassen (hier allerdings die grundherrlichen, nicht die Hochgerichtsinsassen!) den Schirm- und Ehegulden zahlen müssen. Daß die Ritterschaft auch abgesehen von ihrem persönlichen Untertanenverhältnis den Kurfürsten als Landesherren anerkannte, geht schon daraus hervor, daß sie immerhin 1532—56 in eine Besteuerung ihrer sämtlichen Untertanen einwilligte.

Beachtung verdient auch die Verordnung Jacobs vom 30. Mai 1577, daß Landstraßen der landesherrlichen Jurisdiktion unterliegen. Bei Streitigkeiten, die im fremden Hochgericht neben der Landstraße beginnen und auf ihr endigen, findet gemeinsame Kognition von Landes- und Hochgerichtsherr statt<sup>44</sup>. Also behauptete der Kurfürst auch im fremden Hochgericht sein Straßenregal.

Im ganzen macht denn auch die Ritterschaft nur einen sehr schwachen Versuch — eben in der erwähnten Begründung ihrer Steuerverweigerung — ihr Streben nach Reichsunmittelbarkeit auf ihr öffentliches Hoheitsrecht zu begründen. Die treibenden Kräfte zu ihrer Bewegung waren rein wirtschaftlicher Natur. Wie der ostdeutsche Adel um diese Zeit mit der Ausbildung der Gutsherrschaft beginnt, so sucht der südwestdeutsche seine grundherrlichen Hintersassen und sich selbst den zunehmenden staatlichen Lasten zu entziehen und dieser Prozeß mußte naturgemäß auf der Grundherrschaft fußen. Für diese, nicht für die Gerichtsherrschaft erlangte schließlich der trierische Adel seine exzeptionelle Stellung und so entstand jenes merkwürdige *mixtum compositum*, in dem der Adel persönlich und staatsrechtlich, seine grundherrlichen Hintersassen, wenn man so sagen darf, bloß steuerpolitisch reichsunmittelbar waren.

Doch muß dabei im Auge behalten werden, daß die eigenartige Entwicklung der Gerichtsherrschaft, trotzdem die späteren Verhältnisse nicht direkt aus ihr hergeleitet werden

---

44. Scotti I nr. 121.

können, doch zu ihnen den Grund gelegt hat. Hieran wird es in letzter Linie liegen, daß die reichsritterschaftliche Bewegung nur bis Trier und nicht noch weiter nach Köln und Berg um sich gegriffen hat. Es besteht an dieser Grenze ein merklicher Unterschied in der Gerichtsverfassung. In Trier sind Hoch- und Niedergerichtsbezirk im allgemeinen noch scharf voneinander geschieden. In Köln, Jülich, Berg hingegen waren die Landesherrn mit geringen Ausnahmen auch Hochgerichtsinhaber, daher denn in Jülich und Köln die auffallende Tatsache zu beobachten ist, daß es keine Trennung von Hoch- und Niedergerichtsbezirk gibt und die obrigkeitlichen Rechte, die am Mittelrhein mit dem Hochgericht verbunden sind, hier durchgängig auf den Niedergerichtsbezirk übergegangen sind<sup>45</sup>. Die Vereinigung von Hoch- und Niedergerichtsbezirk mußte andererseits der schärferen Abschließung der Unterherrschaften gegen das Territorium zugute kommen.

#### 4. Der Prozeß der trierischen Ritterschaft mit Landesherr und Ständen.

Es war dem trierischen Adel zu Anbeginn nicht eben viel daran gelegen, als reichsunmittelbar zu gelten. Erst als er einsah, daß er sich nicht anders den Anforderungen von Landsteuern entziehen könne, schlug er sich entschieden zum rheinischen Kreise. Bis 1544 war er an den Kreisversammlungen überhaupt nicht beteiligt, damals erließ der Ritterkreis die bekannte Bitte an den Kaiser, und 1547 wurde dann auch der trierische Adel beschrieben. Dies

---

45. cf. H. Schöningh, Der Einfluß der Gerichtsherrschaft auf die Gestaltung der ländlichen Verhältnisse in den niederrheinischen Territorien Jülich u. Köln im XIV. u. XV. Jhd. Leipziger Dissertation, 1905.

hatte aber keinen Erfolg und man beschrieb ihn nochmals gesondert nach Coblenz. (25. April 1547.) Auch hier war der Adel nur teilweise erschienen und der Kaiser gab Weisung, diejenigen, die in die Hilfe noch nicht gewilligt hätten, nochmals zum 17. September 1548 zu versammeln<sup>46</sup>. Die Ritterschaft spielte jene Schaukelpolitik zwischen Landesherren und Kaiser, die wir auch in Franken vorher beobachten konnten. Als der Erzbischof 1548 vom Augsburger Reichstag zurückkehrte, bat sie ihn als ihren Landesfürsten, ihr gegen den Kreis behilflich zu sein, damit sie nicht mit ihren Untertanen der kaiserl. Maj. Ungnade und allerhand Beschwerung erführe. Der Kurfürst wandte sich auch in einem Schreiben vom 23. Juli 1548 an die kaiserlichen Kommissare und setzte ihnen auseinander, daß der trierischen Ritterschaft Unrecht geschehe und sie zu aller Zeit dem Erzstift einverleibt gewesen sei und zu den Ständen zähle. Er zweifele nicht, daß kaiserl. Maj. seiner Ritterschaft nach guter Unterrichtung diese Anforderung erlassen werde<sup>47</sup>. Die Kommissare hatten sich auch hier, gerade wie bei Nassau, hinter dem kaiserlichen Befehl, d. h. dem von ihnen veranlaßten korrigierten Ausschreiben, versteckt. Auch zu einem Ritterschaftstag vom 16. Oktober 1564 ist der trierische Adel nicht erschienen, obschon er 1557 auf dem Landtage unter Beziehung auf seine Verpflichtungen gegen den rheinischen Kreis jede Landsteuer verweigert hatte. Man beschloß wiederum, ihn gesondert in Kirchberg zu versammeln<sup>48</sup> (zum 2. Januar 65). 1565 und 66 waren jedesmal nur einer oder zwei beim Ritterschaftstag vertreten, doch sind 1566 wenigstens 1919 gd. Reichssteuern, beinahe die Hälfte der dem Orte auferlegten Summe, eingekommen. Es fehlte damals

---

46. t. a. II 870; cf. 722, Phil. Cratz v. Scharpfenstein überschickt seine Türkensteuer samt einer Rechnung, wieviel er und W. v. Schwindburg ao. 48 als Kommissare gebraucht haben.

47. R. R. II 8, Abschrift des XVI. Jhdts. An dem wertvollen Blatt ist leider grade ein wichtiger Abschnitt weggerissen.

48. t. a. II 836.

noch jeder gute Wille, sich dem rheinischen Kreise anzuschließen. Als der Syndikus der Burg Friedberg einigen vom Rittertag dazu bestimmten trierischen Adligen 150 leere Ausschreiben zum 21. Mai 1567 übersandte, die sie ausfüllen möchten, da man dort die Namen der Einzelnen nicht kannte, und ihnen dann zukommen lassen sollten, ließen die einen die Ausschreiben einfach liegen, ein anderer schrieb zurück, er wolle sich um die Sache nicht bekümmern. In einem scharf gehaltenen Schreiben aus Landstuhl vom 17. April 1567 antwortet Frz. Conrad v. Sickingen ganz richtig, sie wollten keinem Landesfürsten Türkensteuer geben, indem sie sich auf den Kreis zögen und diesem wollten sie auch nicht steuern. Auch sonst scheinen Differenzen vorgekommen zu sein, denn Sickingen fügt hinzu, es sei ihm ein Schreiben der 1566 zu Trier versammelten Ritterschaft zugekommen, in dem ihm zugemessen, was er sein Lebtage nicht gedacht, viel weniger getan habe, worauf er aber die gebührende Antwort nicht schuldig geblieben wäre<sup>49</sup>.

Dennoch tut der Kreis alles Mögliche, damit der Kaiser selbst beim Kurfürsten vorstellig werde, und dieser entsandte auch seinen Rat Reifenberg und später Hegemüller, daß er bei seiner Werbung beim Erzbischof ihn angehe, die freie Reichsritterschaft daselbst nicht zu beschweren<sup>50</sup>.

Erst der Prozeß brachte eine Aenderung in der Haltung der Ritterschaft, es blieb ihr jetzt nichts anderes übrig, als von zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Wenn es eine Zeitlang, bis 1557 geschiehen hatte, als werde sie sich wenigstens in die Besteuerung ihrer Hintersassen fügen, so trat sie jetzt entschieden mit dem Anspruch auf Reichsunmittelbarkeit hervor.

Noch 1557 erklärte sie zu Zell im Hamm, daß sie

---

49. t. a. II 354, 348.

50. t. a. II 167, 178 kaiserl. Schreiben. Brünn 12. u. 18. I. 67.

„alles, was getreuen lehenmann und landsassen irem herrn zu leisten gepüert, mit hohem vleiß zu erzeigen willige“, aber in betreff der Türkensteuer habe sie kais. Maj. in den rheinischen Kreis erfordert und daselbst hätten sie auch ihre Gebür erlegt<sup>51</sup>. 1566 rückte sie schon deutlicher mit der Sprache heraus und behauptete, sie sei als gefreite vom Adel dem rheinischen Kreis unterwürfig und s. ch. gn. nur „lehenpflichten halben“ verwandt<sup>52</sup>. Der Landtag im Februar 1576 brachte dann die Entscheidung. Erzbischof und die beiden anderen Stände beschlossen, die Ritterschaft rechtlich vorzunehmen. Diese beanspruchte dagegen in ihrem besonderen Abschied volle Reichsfreiheit.

Von Landsteuer, Schätzung, Beede und allen bürgerlichen Lasten sei sie befreit, auch den fürstlichen Hof- und Untergerichten nicht unterworfen<sup>53</sup>. Gerade hierüber war auch in der letzten Zeit Streit ausgebrochen.

Der von Hagen zur Motten hatte seine Untertanen zu Ober- und Niederduppenweiler gepfändet, der Kurfürst aber als Schutz- und Schirmherr ihm alsbald geboten, die Pfänder zurückzustellen und sich ans Hofgericht zu wenden. Als aber v. Hagen direkt ans Kammergericht ging, ließ ihm der Kurfürst etliche Fuder Wein im Werte von 200 fl. durch seinen Amtmann zu Pfalzel pfänden und verkaufen. Auf ein Mandat des Kammergerichtes erklärte der Erzbischof, der ganze trierische Adel sei seiner Gerichtsbarkeit unterworfen. Die auf dem Landtag versammelte Ritterschaft griff diesen Anlaß auf und beschloß die hagensche Sache zu ihrer eigenen zu machen<sup>54</sup>. Doch war es wohl mehr eine Rechtspraktik, daß sie nun, wo sie wußte, daß der Kurfürst

---

51. Abschied t. l. V.

52. Abschied R. R. VIII 4, 12. aug. 66.

53. Abschied R. R. VIII 4, 16. febr. 1576. Or.

54. Vollmacht an Dr. Grunberg, bisherigem Prokurator der hagenschen Sache vom 10. febr. 1576, R. R. II 8 p. 117.



mit dem Prozeß wirklich Ernst machen wollte, den Spieß umkehrte und erklärte, sie hätte sich jederzeit zu Recht erboten und nichts lieber gewünscht, als daß die Sache längst mit Recht erörtert worden sei, hätte aber immer gehofft, Kurfürst und Landschaft gingen endlich vor. Sie hätte aber keine Lust, den Dingen länger stillschweigend zuzusehen, wodurch sie und ihre Nachkommen in unwiederbringlichen Schaden geraten möchte. Sie sei entschlossen, den Kurfürsten an gebührlchen Orten mit Recht vorzunehmen<sup>55</sup>. Die Klage wurde dann doch vom Kurfürsten als Haupt- und den Ständen als Nebenkläger erhoben. Beide Teile betrieben nun mit Eifer den Prozeß, aber schon die einleitenden Schritte gingen mit verheißungsvoller Langsamkeit vor sich. Dem Kurfürsten sollten die Städte Coblenz, Boppard, Wesel, die Stifte St. Florin und St. Simeon Vertrauensleute zur Seite stellen. Nachdem man im Februar 1576 beschlossen hatte, den Prozeß zu beginnen, erging am 22. September 1578 ein kaiserliches Ausschreiben an Dr. Conr. Betzdorpf und Peter Steinweg, der Stadt Köln Syndici und Professoren, die von Erzbischof und Landschaft herangezogenen Zeugen zu vernehmen. Das Ergebnis dieser Zeugenaussagen ist in dem oft zitierten *tomus attestationum* I. im Original erhalten<sup>56</sup>. Der letzte der 63 Zeugen wurde am 27. September 1580 verhört. Die Verhöre fanden nach Bedarf in verschiedenen Orten des Landes statt, nach einem im voraus festgelegten System von Fragen. Von der Ritterschaft ist nur der alte Freiherr von Winnenberg vernommen worden.

In einer 69 Sätze enthaltenden, durchweg zutreffenden Klagschrift, dem *libellus articulatus* faßte Januar 1579 Eb.

---

55. Ritterabschied v. 1576.

56. R. R. VIII 1. Die trierischen Prozeßakten sind nach einer Nachricht vom Beginn des XVIII. Jhdts. größtenteils nach Wetzlar gerettet worden und vermutlich bei der Ordnung des Reichskammergerichtsarchivs (1821—53) in das koblenzer Staatsarchiv gekommen.

Jacob das Verhältnis des Adels zu Ständen und Landesherren zusammen. Die Ritterschaft erwiderte in den schwächlichen articuli defensionales. Eins ihrer Hauptargumente war, daß sie auf dem Landtage mit den im Umkreis von 10—20 Meilen gesessenen Grafen gleichberechtigt seien, die auch keiner Landeshoheit unterständen! In diesen und schlimmeren Formen bewegt sich die Polemik der Ritterschaft. Es folgten noch articuli additionales replicatorii des Erzbischofs und articuli decloratoriales des Adels<sup>57</sup>. Auch dieser war nicht müßig und setzte alle Hebel in Bewegung. An den Kaiser und die Reichsritterschaft wandte er sich um Beistand, am 13. Juni 1577 ging ein kaiserliches Mandat, am 20. Juli ein Schreiben des Korrespondenztages an den Kurfürsten ab, er möge den Adel bei seiner alten Freiheit lassen. Am 18. August antwortete der Erzbischof dem Kaiser mit einer durchaus zutreffenden Begründung und bemerkte dabei ganz richtig, erst seit 1548 habe sich der Adel zum rheinischen Kreis geschlagen, er selbst habe noch im Namen seines Vaters neben anderen vom Adel ins Erzstift seine Gebühr erlegt (1544 cf. t. a. I. 239)<sup>58</sup>. Den Kaiser und die drei Kreise, ebenso jeden einzelnen Adligen bat die Ritterschaft um Mitteilung aller Dokumente, die ihr in dem Prozeß nützlich sein könnten, einem Abgeordneten, den man nach Friedberg sandte, um dort Auszüge herzustellen, wurde eingeschärft, dabei alles zu umgehen, was des Heiligen Reichs freier Ritterschaft bedenklich sei, auch in die Abschiede niemanden hineinsehen zu lassen<sup>59</sup>. Gleich im Jahre 1576 ernannte man einen Ausschuß von 12 Edelleuten, der den

---

57. Alle liegen gedruckt vor mit einer Liste der 63 vernommenen Zeugen, R. R. II 8, p. 162—210.

58. R. R. Mittelrheinische Ritterschaft II 2, 3.

59. R. R. II 2. Dasselbst ein Verzeichnis der Dokumente, welche der Bote dem Kammergerichtsadvokaten in Speier mitgenommen hat. Es geht keins über das Jahr 1542 zurück.

**Prozeß** zu führen und jedes Jahr Lichtmeß ein Protokoll seiner Tätigkeit aufzusetzen hatte. Zur Aufbewahrung der **Dokumente** stellte man eine Kiste mit drei Schlössern im **Deutsch-Ordenshause** zu Coblenz, dem heutigen Staatsarchiv, auf. Von jedem Ritter verlangte man eine schriftliche Erklärung, daß ihm alles, was die 12 Deputierten in Sachen des Prozesses handelten, recht sei<sup>60</sup>.

Prozesse kosten Geld. Bereits 1580 hatte die **Ritterschaft** über 1000 gd. Unkosten gehabt, der rheinische Kreis leistete keine Beihilfe. 1576 beschloß man, für die Dauer des Prozesses eine Steuer von 4 gd. jährlich zu erheben. Aber es ging hier, wie überall bei der **Reichsritterschaft**, man bewilligte Steuern und die wenigsten zahlten. 1578 wollte man eine Einkommensteuer von 1 0/0 das erste, und 1 1/2 0/0 die folgenden Jahre umlegen, 1580 einmal 4, dann 1 0/0 jährlich, 1582 sollte jeder neben seiner Anlage noch 150—160 gd. leihweise vorstrecken, so geht es weiter. 1592 beklagt sich der Erbmarschall v. Elz, daß in den letzten sechs Jahren kaum etwas erstattet sei, er selbst habe 1500 gd. ausgelegt. 1593 ist nach Bericht des kaiserlichen Fiskals „in der Hauptsache zwischen kf. Gn. und der Ritterschaft definitive beschlossen worden und das Endurteil mochte betrieben werden“<sup>61</sup>. Aber 1729 war das Endurteil immer noch nicht gefällt. In seiner Erwartung schief der Prozeß ein. Er wurde häufig genug wieder aufgenommen und es sind noch endlose Aktenkonvolute darüber zusammengeschrieben worden, von denen die meisten wertlosen Ballast bedeuten, nur hin und wieder tauchen dazwischen wertvollere Dokumente älteren Datums teils in Original, teils in Abschrift auf. Nur auf diese Weise sind verschiedene Landtagsabschiede und Ausschreiben erhalten. Es wäre fruchtlos, im einzelnen zu verfolgen, wie oft, immer auf

60. R. R. II 8, 141.

61. R. R. VIII 5.

Betreiben der Landschaft, der Prozeß wieder aufgenommen wurde. Zum erstenmal geschah es 1606, mehrfach in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren des XVII. Jahrhunderts.

Dazwischen spielen Vergleichsverhandlungen. Bereits 1582 stellte der Kurfürst auf Betreiben des Domkapitels, hinter das sich schon damals die Ritterschaft gesteckt hatte, das Ansinnen, die Rechtfertigung eine Zeitlang einzustellen und eine gütliche Einigung unter Vermittlung des Domkapitels zu versuchen. Der Ausschuß zeigte sich nicht abgeneigt, jedoch ist aus der Sache nichts geworden<sup>62</sup>. 1622, 14. März, kam es zu einem später vielberufenen Vertrage zwischen Eb. Lothar und der Ritterschaft<sup>63</sup>. Da sie ebenso wie das Stift vom Feinde bedroht, auch durch die Kanonikate wesentlich an seinem Wohl interessiert sei, ist sie bereit, unangesehen ihrer Unmittelbarkeit freiwillig eine Kompagnie Harquebusiere werben zu lassen und sechs Monate zu unterhalten. Der Erzbischof reversiert sich, daran kein Präjudiz zu nehmen. Unterzeichnet ist die Urkunde von Erzbischof, Domkapitel und Ritterschaft<sup>64</sup>. Die darin unbestreitbar liegende Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit wurde später von der Ritterschaft gründlich ausgenutzt, damals mußte sich der Ausschuß des niederrheinischen Orts einen Verweis des Kreistages dafür gefallen lassen, an Kurfürst und Domkapitel wurde ein Protestschreiben gegen den Vertrag erlassen (20. April 1622)<sup>65</sup>.

An den Vertrag anknüpfend, unternahm man auf dem Landtag vom 14. Januar 1625 wieder Vergleichsverhandlungen, die gänzlich ergebnislos blieben<sup>66</sup>.

---

62. R. R. II 8, 256, Abschied vom 7. apr. 1582.

63. Hontheim III 272.

64. Hontheim III.

65. Kreisabschied R. R. II 2.

66. R. R. II 8, 317.

Karl Kaspar, der 1652 zur Regierung kam, hatte gleich von Anfang eine gütliche Beilegung des Streits ins Auge gefaßt und mit Ritterschaft, Kapitel und Ständen darüber verhandelt. Er schlug einen Vergleich vor, wie ihn sich der Adel kaum günstiger und angemessener denken konnte, und der wenigstens ein erträgliches Verhältnis zwischen Kurstaat und Ritterschaft hergestellt hätte<sup>67</sup>.

Diese sollte wie herkömmlich im rheinischen Kreise belassen und als freie Reichsritterschaft anerkannt werden. Da es höchst beschwerlich sei, an den hohen Reichs-tribunalen zu prozessieren, soll die Ritterschaft in prorogierter Gerichtsbarkeit, unbeschadet ihrer Immediatät beim Hofrat oder Hofgericht zu Coblenz belangt werden können, es sei denn, daß sie selbst ein ordentliches Gericht zu Coblenz oder Trier errichte. Dem Kurfürsten soll in Zivilsachen eine Exekution der ergangenen Urteile zustehen. Weil der Ritterschaft Untertanen auch den Schutz und Schirm des Stifts genießen, sollen sie zu jedem Simpel der Landsteuer auch einen bestimmten Satz beitragen, jedoch mit Einquartierungen nicht belästigt werden. Der Kurfürst soll der Ritterschaft, weil sie keine Exekutionsmittel hat, auf ihr Begehren seine eigene militärische Exekution leihen. Dieser Vergleich, hier in seinen hauptsächlichsten Bestimmungen angeführt, wollte also die Reichsunmittelbarkeit der Ritterschaft anerkennen, aber doch die größten rechtlichen Unzuträglichkeiten, die nun einmal mit ihrer Existenz verbunden waren, abstellen. Diesmal scheiterten die Verhandlungen am Widerstande des ständischen Ausschusses, mit dem im September 1654 und zugleich auch mit der Ritterschaft verhandelt wurde<sup>68</sup>. Karl Kaspar scheint seine Hoffnung nicht ganz aufgegeben zu haben, noch 1657 (17.—20. Juli) und 1666 (31. März) liest man von vergeblichen Bemühungen desselben.

---

67. R. R. VIII 9.

68. cf. den Abschied R. R. II 3, 10. sept. 1654.

### 5. Neubelebung des Streites zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts und der Vergleich im Jahre 1729.

Zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts macht sich allgemein eine reichsfürstliche Bewegung gegen die Ritterschaft bemerkbar. Die sämtlichen nassauischen Häuser, die Grafen von Wied und von Sachsen-Eisenach suchten 1707 mit dem Herzoge von Württemberg zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Reichsritterschaft anzuknüpfen<sup>69</sup>. Bereits 1704 hatten die Reichsstände vom Kaiser verlangt, er sollte die ihr erteilten Privilegien wieder aufheben<sup>70</sup>. Auch in Kur-Trier fing der Landesherr an, sich auf seine alten Hoheitsrechte zu besinnen. Im Jahre 1706 erhob sich ein Streit, ob die Ritterschaft vor Entscheidung des Prozesses ein Retraktsrecht ausüben dürfe<sup>71</sup>. Am 11. Mai reichte der Ritterschaftssyndikus ein Beschwerdelibell wegen Beeinträchtigung der adligen Freiheit ein, nicht dem Kurfürsten, von dem nichts Gutes zu erwarten war, sondern dem verbündeten und verschwägerten Domkapitel, das sich bald als zuverlässiger Freund der Ritterschaft bewähren sollte. Am 10. September beriet es über die Eingabe und beschloß, das Libell mit einem befürwortenden Schreiben an den Kurfürsten weiter zu geben<sup>72</sup>. Dieser antwortete mit einer „Ahnung“, die unter dem Adel große Bestürzung hervorrief. Er teilte darin seinen Beamten mit, er habe mit Mißfallen beobachtet, daß die Ritterschaft lite pendente Neuerungen einführe<sup>73</sup>. Sie schreibe förmliche Ritterkonvente aus, führe sich als niederrheinische Ritterschaft auf, maße sich Exekution ihrer Anlagen an, richte eine Matrikel auf und verleibe ihr Güter ein, die ihr nicht zu-

---

69. Roth II 445.

70. Kerner I 11, Anm.

71. Moser, Staatsrecht, § 38, p. 148.

72. R. R. VIII 9.

73. R. R. VIII 14.

ständig wären, verböte ihren Mitgliedern Rekurs an die landesfürstlichen Gerichte und habe dem Vernehmen nach unbefugterweise heimlich in Coblenz ein eigenes Gericht eingerichtet. Er habe darauf den Adel durch öffentliche Ahndung abmahnen lassen und befehle seinen Beamten an, des Stifts Recht und Gerechtigkeit wahrzunehmen (12. September 07). Das war eine scharfe Absage an die reichsritterschaftlichen Privilegien. Am selben Tage erschienen die weltlichen Landschaftsdirektoren vor einem kaiserlichen Notar und reichten ihm eine Protestschrift gegen die Errichtung des Rittergerichts in Coblenz und der Matrikel ein, die dieser der Ritterschaft insinuieren solle<sup>74</sup>; tags drauf übersandte der Kurfürst dem Domkapitel mit einem Begleitschreiben eine Klageschrift der ober- und niederstiftischen weltlichen Stände und bemerkte dabei, seine landesfürstliche Autorität gestatte nicht die täglich anwachsenden Neuerungen des Adels. Das Domkapitel sei nicht weniger als der Landesfürst an der Erhaltung der Regalien interessiert und werde des Adels widerrechtliche Anmaßung sicher mißbilligen<sup>75</sup>. Die Ritterschaft mußte einsehen, daß sie einstweilen nicht durchkommen könne, sie verhielt sich ruhig, um ihre Zeit abzuwarten, aber auch Kurfürst und Stände betrieben die Sache nicht mit dem nötigen Eifer. Als es im Jahre 1710 mit Johann Hugo nach einer langen Regierung (seit 1676) zu Ende ging, fand die Ritterschaft wieder ihren Weg zum Kapitel. Der ritterliche Syndikus erschien daselbst mit einem Memorial, das Domkapitel möge den trierischen Adel nach dem Vorbilde seiner Vorfahren unter Eb. Lothar (1622) für immediat erklären<sup>76</sup>, dieses antwortete mit einem Verweis auf seine Erklärung vom Jahre 1708, in der es die durch jene Urkunde erwiesene Tatsache

---

74. Trier, Stadtbibliothek ri, 14.

75. R. R. VIII 9.

76. R. R. VIII 9.

der Immedietät anerkannt habe. In demselben Jahre erlangte die Ritterschaft ein kaiserliches Reskript beim Reichshofrat, der Kurfürst möge die Ahndung von 1707 aufheben und den Adel, solange der Prozeß anhängig sei, nicht an seinen Gerechtsamen kürzen<sup>77</sup>. Aber die Gelegenheit war diesmal insofern ungünstig, daß schon zu Lebzeiten Johann Hugos am 24. September 1710 Karl v. Lothringen zum Koadjutor gewählt worden war und bei dem am 6. Januar 1711 erfolgenden Tode des Erzbischofs also keine kapitularische Zwischenregierung, von der der Adel alles zu erhoffen hatte, eintrat. Die kurze Regierungszeit Karls († 4. Dez. 1715 zu Wien) verging ohne nennenswerte Ereignisse, gleich nach seinem Tode gingen aber Ritterschaft und Kapitel Hand in Hand vor, um die Lage gründlich auszubeuten. Bereits im Jahre 1714 war der Adel mit einer, von seinem Syndikus Speckmann verfaßten Deduktion auf dem Plan erschienen<sup>78</sup>. Am 14. Januar 1716 nun erließ das Kapitel ein Edikt, in dem es die Ritterschaft für reichsunmittelbar erklärte. Landstände, Hof-, und andere Gerichte wurden aufgefordert, sich jeder Beeinträchtigung der Unmittelbarkeit zu enthalten<sup>79</sup>. Um mit diesem Gewaltstreich ganz sicher zu fahren, holte sich die Ritterschaft die unvermeidliche kaiserliche Bestätigung des Erlasses<sup>80</sup>. Es war zu erwarten, daß die Landschaft diese gewaltsame Niederschlagung des alten Streits nicht ruhig hinnehmen werde. In neun Artikeln verfaßten die geistlichen und weltlichen Direktoren des oberen und niederen Erzstifts eine Widerlegungsschrift, die durch drei Notare dem Kapitel insinuiert werden sollte<sup>81</sup>. Aber dieses

---

77. Moser, Staatsrecht p. 147, § 37.

78. Gründlicher Unterricht und Demonstration, daß die im Erzstift Trier gesessene und begüterte von Adel je und allezeit denen römischen Kaiser und Königen von Kaiser Karolo Magno bis auf jetzt allerglorwürdigst regierende Majestät . . . immediat gewesen sei.

79. R. R. VIII 17.

80. R. R. VIII 17.

81. ri, 24.



suchte mit rücksichtsloser Gewalt zu erzwingen, was es mit Recht und gutem Gewissen nicht hätte erreichen können. Als die Notare am 27. Februar beim Kapitel erschienen, ließ der Domsekretär ihnen die Tür zur Vorstube verschließen. Er trug dann selbst die Schrift hinein, kam aber alsbald zurück mit dem Bemerken, es gebühre ihnen nicht, an einen solchen Ort zu kommen und warf ihnen zum Zeichen ihrer unnützen Verrichtung die übergebene Schrift zerrissen vor die Füße. Nicht genug damit. Am folgenden Samstag erschien der Pedell des Kapitels bei den Notaren und bedeutete ihnen, ein jeder müsse wegen der Präsentation der Schrift 10 Gulden Strafe zahlen. Bis zum 2. März warteten diese ab, da kam der Pedell wieder mit dem Stadtzehnder und Diener vor den Maximiner Hof, wo einer der Notare wohnte. Aber der hielt seine Behausung verschlossen und nach stundenlangem Warten zog der Pedell weiter zu dem nächsten und drohte mit Exekution. Hier war man ängstlich genug ihn einzulassen und er ließ sich einstweilen durch reichliche Weinspenden, die er unverschämt genug war, selbst zu fordern, besänftigen. Bis abends sieben Uhr hatte er 4—5 Maß Wein getrunken. Aber am folgenden Tage erschien er wieder, diesmal mit einem starken Aufgebot Soldaten und hielt bis Mittag den Maximiner Hof besetzt, auch drohte er den Notaren, sie würden in den Kerker gesetzt, wenn sie ihre Strafe nicht zahlten. Der Notare Frauen bekamen es nun so mit der Angst, daß sie, um ihre Männer zu „salvieren“, das Geld bei guten Leuten in der Nachbarschaft liehen und damit den Pedell zufriedenstellten. Aber das Kapitel schien es darauf abgesehen zu haben, seinen Mut an der Landschaft ganz gründlich zu kühlen und ihr durch ein neues willkürliches Machtgebot die Ohnmacht ihres Widerstandes vorzudemonstrieren. Es verlangte nun von den Notaren Abbitte, und „als hätten sie das größte Bubenstück getan“, ließ es unter

Trommelschlag ihre Enthebung vom Amte verkündigen. Dies wirkte in der Tat so entmutigend, daß kein Notar mehr mit der Sache sich zu befassen getraute und die Stände sich gezwungen sahen, die nötigen Schritte von einem Notar in Wetzlar ausführen zu lassen<sup>82</sup>. Sie wandten sich in einer Supplikation an das Kammergericht und erreichten auch soviel, daß durch ein kaiserliches Mandat vom 30. März verfügt wurde, alle vom Domkapitel zugunsten der Ritterschaft erlassenen Erklärungen und Verordnungen, dergleichen die Suspension der Notare seien zurückzunehmen und diesen die Strafgelder wiederzugeben. Dem Prozeß sollte man seinen ungehinderten Lauf lassen. Das Kapitel würde vor das Kammergericht geladen, um Bericht zu tun, ob es dies alles gehorsam ausgeführt habe. Ob dieser Erlaß großen Eindruck auf das Kapitel gemacht hat, mag dahin gestellt bleiben, aber es hatte sich diesmal doch verrechnet, der neugewählte Erzbischof, Franz Ludwig von Pfalz-Neuburg, sollte ihm unangenehme Ueberraschungen bereiten. Er war nicht gewillt, vor dessen Vetternwirtschaft seinen landesherrlichen Rechten irgend etwas nachzugeben. An die Wahlkapitulation hielt er sich nicht gebunden. Sein Gesandter hatte diese zwar bei der Wahl beschworen, er behauptete aber, dergleichen pacta und conventiones seien durch einen päpstlichen Erlaß vom Jahre 1695 und im geistlichen gemeinen Recht verboten und annulliert, soweit sie der ordentlichen erzbischöflichen Gewalt, der Landesherrlichkeit und der hergebrachten Landesverfassung zuwider seien<sup>83</sup>. Ein energischer, auch auf seine weltlichen Herrscherpflichten bedachter Kirchenfürst kündigt sich gleich in dieser Aeüßerung an. Das Domkapitel war indes unbefangen genug, trotzdem den Kurfürsten zu bitten, die während der

---

82. ri, 23, Bericht dcr oberstiftischen an die niederstiftischen Direktoren.

83. Moser, Staatsrecht, p. 13, § 6.

Sedisvakanz der Ritterschaft erteilte Immedietätserklärung zu bestätigen, doch wurde ihm von Wien aus unterm 18. Februar 1718 der Bescheid, er sei, solange der Prozeß schwebe, nicht befugt, eine derartige Erklärung abzugeben, ebensowenig wie das Domkapitel und er wolle der Justiz ordentlichen Lauf nicht hemmen<sup>84</sup>. Bereits am 20. August 1717 hatten die Stände dem Kurfürsten eine genaue Darstellung der Sachlage nach Breßlau gesandt<sup>85</sup>. Sie waren jetzt obenauf, zusammen mit dem Erzbischof bemühten sie sich, es sollte das letzte Mal sein, um die Wiederaufnahme des Prozesses, wozu sie schon 1715 unter Protest der Ritterschaft einen Anlauf genommen hatten<sup>86</sup>. Aber das oberste Reichsgericht verleugnete nicht seine alte Art. Jahr für Jahr verrann unter den formellen Vorbereitungen, die für die Redintegration nötig waren. Nach einem kaiserlichen Erlaß vom Jahre 1693 mußten die Wetzlarer Akten, soweit sie unvollständig waren, nach Möglichkeit aus den Hausakten der Parteien ergänzt werden und diese eidlich versichern, daß sie nichts zurückbehalten hätten. Die Stände ließen es sich teures Geld kosten, um die nötigen Auszüge zu bereiten, aber die Ritterschaft war darum um so säumiger. Dafür schwätzten und intriguierten wohl ein Dutzend Adliger am Kammergericht herum<sup>87</sup>.

Die Stände taten jedenfalls ihr Bestes, um ein Endurteil zu erreichen. Auch versäumten sie nicht, auf die 1714 erschienene Deduktion eine Gegenschrift zu veranlassen, mit deren Abfassung der Stadtschreiber Hitzeler von Trier beauftragt wurde, ein „in Rechten ausgeführtes, auch in die Posterität asservierungswürdiges schönes Stück“ sollte es

---

84. R. R. VIII 21.

85. ri, 28.

86. ri, 22, 25.

87. ri, 35.

sein, das zu Beginn des Jahres 1720 der Drucklegung entgegensah. Wir betrachten heute diese wie die beiden anderen erschienenen Deduktionen mit gemischten Gefühlen. Wenigstens aber konnten die Stände neben manchem unnützen Ballast auch gute Gründe anführen, während die erste und namentlich die zweite 1728 im Druck erschienene ritterschaftliche Deduktion mit ihren Rechtsverdrehungen und Spitzfindigkeiten schlechterdings als verlogen bezeichnet werden muß. Aber das gehörte zu den selbstverständlichen Grundsätzen im Rechtsverfahren jener Zeit, es ist charakteristisch für den ganzen Zweig der Deduktionsliteratur. In einer verständigen und objektiven Geheimrelation, die Syndikus Speckmann nach Abschluß des Vergleichs für die Ritterschaft verfaßte, macht er aus den Spiegelfechtereien seiner Streitschrift gar keinen Hehl. So meint er neben anderem, es sei nach den produzierten Hofgerichtsakten unwidersprechlich, trotz Deduktion usw., daß der Adel tam active quam passive zu Recht gestanden und bei einem Urteil sei dieser Punkt der gefährlichste gewesen<sup>88</sup>.

Es war nicht abzusehen, wie unter den besprochenen Umständen der Prozeß ein Ende finden sollte und die Regierung ging nun ihrerseits mit Gewaltmaßregeln vor. 1714 hatten sich der geistliche und weltliche Stand über die Grundzüge einer Steuerverfassung geeinigt, die bis zum Ende des Kurstaates bestehen geblieben ist. Demnach sollte

1. Jeder selbständige Haushalt einen Schirm- oder Ehegilden zahlen, Witwen die Hälfte;
2. eine Gewerbesteuer,
3. eine Grund- und Rentensteuer erhoben werden.

Eine Katastrierung und Bonitierung des Grundbesitzes sollte die Grundlage für die Veranlagung zur Grundsteuer werden. Ausgenommen von der Besteuerung waren die

---

88. Relation R. R. VIII 29.

Domänen (Kammergut) und das Grundeigentum des Domkapitels<sup>89</sup>.

Im Jahre 1722 wurde die Landesvermessung beendet und zum 1. Oktober 1723 trat die 1714 entworfene Steuerfassung ins Leben. Die vom Ackerland erhobene Grundsteuer, *quarta colonica* nach dem veranschlagten Viertel des Reinertrages genannt, wurde nun auch den adligen Hintersassen aufgebürdet.

Auch erließ der Kurfürst am 14. September 1726 eine Verordnung<sup>90</sup>, durch die Geistlichen der ihrem Stande unangemessene Weinschank gänzlich untersagt wurde, die adligen Hofleute aber zur Entrichtung der Akzise angehalten werden sollten, weil Hofkammer und Landstände sich beklagten, daß durch die beanspruchte Zapffreiheit der Geistlichkeit und der ritterlichen Untertanen die Pachterträgnisse der Akzise ganz erheblich heruntergegangen seien. Die Stadt Koblenz verlangte nun auch von ihren Edelbürgern die Entrichtung des auf der Weineinfuhr liegenden Pfortengeldes und zog einzelne Beträge zwangsweise ein. Am 29. Januar 1726 endlich wiederholte der Kurfürst die 1707 gegen die Ritterschaft erlassene Ahndung<sup>91</sup>. Interventionen des Domkapitels, der drei Ritterkreise, kaiserliche Mandate und Reskripte, Klagen beim Reichshofrat, der ganze verfügbare Apparat wurde von dem Adel in Bewegung gesetzt, um diese Maßregeln rückgängig zu machen. Die Aussichtslosigkeit, gegen diesen Sturm anzukämpfen, wird er dem Kurfürsten, der wie keiner seit Jacob v. Elz seine landesherrlichen Rechte wahrgenommen und eifrig für die Organisation und Reform der Staatsverwaltung gewirkt hatte, leichter gemacht haben, am 3. März 1729 dem trierer Erzbistum zu entsagen und den mainzer Kurstuhl zu übernehmen. Bei der nun eintreten-

---

89. Scotti III, p. 1733.

90. Scotti III, nr. 404.

91. Moser, Staatsrecht, p. 147, § 37.

den Regierung des Domkapitels erfolgte, wie zu erwarten, ein völliger Umschwung. Das Domkapitel erneute alsbald die 1716 erlassenen Erklärungen und schlug den Prozeß nieder<sup>92</sup>. Durch Erlaß vom 9. April hob es die Ahndung von 1726 auf und erließ an Regierung und Hofgericht, an das Kommissariat zu Trier und sämtliche Aemter den Befehl, über die Adligen weder in Real- noch in Personalklagen eine Jurisdiktion auszuüben. Alle den Adel betreffenden Prozeßakten sollten reichsritterschaftlichen Kommissarien ausgeliefert, alle gegen den Adel erlassenen Rechtsakte und Arreste aufgehoben werden. Die Hofrichter müssen in einem eigenhändigen Revers sich zur Beobachtung dieses Erlasses verpflichten<sup>93</sup>. An sämtliche Aemter, General- und Spezial-einnehmer, erging das Gebot, die Adligen und ihre Untertanen entsprechend einem kaiserlichen Pönale vom 10. July 1724 nicht mehr mit der quarta colonica und ähnlichen Schatzungen zu beschweren (12. April). Die Stadt Koblenz mußte der Frau v. Heddesdorf und Frau v. Zandt, sowie dem Grafen v. Bassenheim das zwangsweise eingezogene Pfortengeld zurückstellen.

Aber nach reiflichem Ueberlegen mußte das Kapitel doch einsehen, daß mit seinen einseitigen Befehlen keine dauernde Ruhe herzustellen sei. Es wandte sich daher an beide Parteien mit dem Vorschlage eines Vergleichs und diplomatischer als 1716 wußte er mit verbindlichen und verständigen Worten auch die Landschaft diesem Gedanken zugänglich zu machen.

Von dem teuren Prozeß sei kein Ende abzusehen, zumal bei einem Endurteil immer wieder eine Berufung zu erwarten stehe. Der Kaiser habe der Ritterschaft bis jetzt immer kräftigen Schutz angedeihen lassen. In Territorien mit unbestrittener Landsässerei sei die Ritterschaft auch gefreit, auch würde der Kaiser dann das seinerzeit nachgelassene

---

92. Schreiben an den Kaiser R. R. VIII 27.

93. R. R. VIII 20, nr. 1 u. 2; VIII 27.

Drittel der Reichssteuer wieder erheben. Das Domkapitel habe sich diese Schwierigkeiten zu Herzen genommen und der Ständen gütliche Abkunftspunkte zukommen lassen, so schloß die Landtagsproposition vom 21. April 1729.

Die Stände zeigten sich anfänglich nicht abgeneigt, bedenklicher war die Ritterschaft. Nachdem die erwünschten Verfügungen vom Kapitel erlassen waren, schien es ihr wenig angebracht, sich noch in Unterhandlungen einzulassen, zumal das Interregnum schon zu Ende ging. Als sie dann aber überlegte, wie wenig ihr das Eingreifen des Kapitels im Jahre 1716 geholfen, und daß selbst eine entsprechende Verpflichtung in der Wahlkapitulation keine Sicherheit böte, wie noch kürzlich eine würzburgische vom Papst aufgehoben worden sei, beschloß sie doch, auf den Vergleich einzugehen. Der Dompropst Graf v. Schönborn, der dann auch zum Kurfürsten gewählt wurde, erhielt die Leitung der Verhandlungen, zwei Hofräte wurden ihm als Kommissare zugeordnet. Aber als die Stände den Vorschlag des Domkapitels durchgelesen hatten, wurden sie stutzig und versuchten, die Sache bis zum Regierungsantritt des neuen Kurfürsten zu verschleppen. Die Ritterschaft parierte dies Manöver. Sie bat das Domkapitel, noch während der Wahl eine Urkunde zu veröffentlichen, in der der Kurfürst alle vom Domkapitel erlassenen Verordnungen bestätige und diese Erklärung auch in die Wahlkapitulation aufzunehmen. Dies geschah auch und die Stände, die einsehen mußten, daß auch der neugewählte Erzbischof nicht auf ihrer Seite stehen würde, machten nun keine Schwierigkeiten mehr, in die Verhandlungen einzutreten. Diese wurden am 9. Juni begonnen und am 2. Juli zu Ende geführt.

In dem Vergleich<sup>94</sup> wurde die trierische Ritterschaft von vornherein als immediat anerkannt.

Aber volle Reichsunmittelbarkeit erreichte der Adel nur

---

94. Abgedruckt bei Scotti II nr. 427; Hontheim III 940.

für sich persönlich, seine Wohnung und sein Gesinde, soweit es in den freiadligen Burgsitzen und Schlössern, Höfen, Häusern und Mühlen wohnte. (Art. 6.)

Falls sich ein Verbrecher in ein freiadliges Haus flüchtet, darf er daraus nur mit Willen des Ritters oder seines Bevollmächtigten entfernt werden. (Art. 8.)

In Betreff der Gerichtsbarkeit stellte man den Grundsatz voraus: actor sequitur forum rei. (Art. 2.)

Die Ritterschaft verpflichtete sich, ein eigenes Gericht mit drei Instanzen einzurichten, die erste bestehend aus dem Rittersrat, die zweite und dritte aus einem ritterbürtigen Präsidenten und zwei Rittern, zu denen noch jedesmal zwei kurfürstliche Räte traten; um die Unparteilichkeit zu wahren, weil der ganze Adel miteinander verwandt sei, erläutert Speckmann diese Bestimmung<sup>95</sup>.

Das Rittergericht ist zuständig für den Adel und seine oben bezeichneten unmittelbaren Untertanen in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit.

Alle anderen adligen Hintersassen sind „privative“ allein den erzstiftischen Amtsgerichten unterworfen. Die alte Niedergerichtsbarkeit ist zu dieser Zeit völlig zerfallen und scheint sich auch dort, wo sie im Besitz des Adels war, nicht erhalten zu haben. Durch landesherrliche Verordnung vom 3. Februar 1719 waren alle ländliche Schöffengerichte auf die Akte freiwilliger Gerichtsbarkeit beschränkt worden, während Streitsachen allein dem Amtsgericht vorbehalten blieben<sup>96</sup>. Speckmann bezeichnet es als einen besonderen Erfolg der Ritterschaft, daß wenigstens ihre unmittelbaren Untertanen dem Ritterschaftsgericht unterworfen seien, weil man kaum ein Exempel ausfindig machen könne, daß sie jemals anders als vor den erzstiftischen Aemtern und Gerichten belangt worden seien.

---

<sup>95</sup>. Relation.

<sup>96</sup>. Scotti II nr. 360, § 38, 39.



In der Kriminaljustiz war nach wie vor der betreffende Hochgerichtsherr zuständig. (Art. 8.)

Zur Exekution sollen die kurfürstlichen Aemter den ritterschaftlichen Gerichten auf deren Anforderung „die starke Hand bieten“. (Art. 10.)

Alle adligen Hintersassen, die der kurfürstlichen Zivilgerichtsbarkeit unterworfen sind, sind verpflichtet, den Ehe- oder Schirmgulden an die Landschaftskasse abzuliefern, im übrigen sollen hinfort die adligen Güter der Ritterschafts-, die bürgerlichen der Landschaftskasse zuständig sein. Alle Ansprüche der Landstände auf sonstige Steuern (quarta colonica) werden durch eine Abfindungssumme von 30 000 Reichstalern abgelöst. (Art. 14.)

Bei Streitigkeiten, ob ein Gut bürgerlich oder adlig sei, soll der Stand bei Beginn der Vermessung (1718) maßgebend sein, bei entstehenden Zwistigkeiten ein Schiedsgericht angerufen werden. (Art. 15, 16.)

Hinsichtlich des adligen Retraktrechts einigte man sich dahin, daß alle vor 1655 entfremdeten Güter irretrahibel seien. Die Ausübung des Retraktrechts wurde an Beschränkungen, namentlich auch über das justum pretium gebunden. (Art. 24, 25.)

Krämer und Handwerker, die auf einem ritterschaftlichen Hof sitzen, aber auch an erzstiftische Untertanen verkaufen wollen, haben sich (wegen des Nahrungsgeldes) mit den Gemeinden abzufinden. (Art. 21.)

Auf dem Lande kann jeder Ritter in seinen freiadligen Häusern akzisefrei seinen Wein verzapfen, in den Städten jedoch nur soviel, als er durch besonderes kurfürstliches Privileg nachweisen kann. In den Städten sind die vom Kurfürsten befreiten adligen Häuser, aber keine anderen, von allen Real- und Personallasten frei, bürgerliche Mieter und Einwohner solcher Häuser, die nicht zum ritterschaftlichen Gesinde zählen, sind zwar der Einquartierungslast überhoben,

jedoch zu allen Personallasten, wie Wachten, Frohnen, Aufzug, Musterung und dergleichen mehr verpflichtet.

Auf diese Weise, so beschließt Speckmann seine Relation darüber, sei der Rechtsstreit, in dem die Gegenteilen dem Adel keine geringen fundamenta entgegengesetzt und der Ausgang am Kammergericht dubitissimus war, überaus günstig erledigt worden und der Adel habe mehr erreicht, als er vielleicht seit unvordenklicher Zeit ohne Kontradiktion gewesen zu sein sich rühmen dürfte.

Die etwas überschwänglichen Worte sagen nicht zu viel. Es war weniger ein Vergleich als eine volle Anerkennung aller Ansprüche, die der Adel nur erheben konnte, zustande gekommen. Der Schirmgulden und die Abfindungssumme bildeten nur eine bescheidene Gegengabe dafür. Wenigstens waren aber jetzt für das Verhältnis zwischen Kurstaat und Ritterschaft feste rechtliche Normen aufgestellt, die Ungeheuerlichkeit eines freien reichsunmittelbaren Adels, der wie ein fremder Eindringling den Staatsorganismus durchsetzte, hatte ihre staatsrechtliche Sanktion erhalten. Mannigfache Reibungen mit diesem Staate im Staat ließen sich nicht vermeiden, das ganze XVIII. Jahrhundert ist mit gegenseitigen Beschwerden und Prozessen angefüllt.

Unter der französischen Revolution und ihren Folgen brach dann das künstliche Gebäude zusammen, sie fegte den Kurstaat und das heilige römische Reich mit samt der Ritterschaft, die sich bei der ganzen Erbärmlichkeit ihrer Verfassung nur zu sehr mit Recht nach ihm benannte, vom Boden hinweg.

---







